

18. DGB-Bundeskongress

1. Tag – Montag, 22. Mai 2006

(Beginn des Kongresses: 11.04 Uhr)

(Video „Berlin erwacht“ – Berliner Menschen auf ihrem Weg in den neuen Tag – Tanzperformance – Lebhafter Beifall)

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Meine Damen und Herren, liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte! Hiermit eröffne ich den 18. Ordentlichen Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes. (Beifall)

Früher nannten wir unseren Bundeskongress selbstbewusst „Parlament der Arbeit“. Irgendwann haben uns wahrscheinlich sehr kluge Imageberater empfohlen, das sein zu lassen; das sei ja nun wirklich nicht mehr zeitgemäß. Ich bedaure, dass auf diese Berater gehört wurde; denn was anderes als das Parlament der Arbeit soll dieser Bundeskongress denn sein, liebe Kolleginnen und Kollegen? (Beifall)

Wir sind die Stimme der arbeitenden Menschen in diesem Land, wir sind, um an ein Wort von Johannes Paul II. anzuknüpfen, die Stimme der lebendigen Arbeit im Gegensatz zum toten Kapital. (Beifall)

Dieses Selbstbewusstsein werden wir übrigens nicht nur auf diesem Kongress demonstrieren; dieses Selbstbewusstsein zeichnet uns aus, aus ihm schöpfen wir die Kraft, die Interessen unserer Mitglieder und die Interessen derer zu vertreten, die arbeiten oder arbeiten wollen; denn nicht arbeiten zu können oder zu dürfen, abgeschoben zu sein, Existenzangst zu haben, sich aus der Solidarität der Gesellschaft ausgegrenzt zu fühlen, das kennzeichnet nicht unwesentlich den Zustand unserer heutigen Gesellschaft. Mehr noch: Die Angst vor Armut geht um, Angst vor Altersarmut und Angst vor Arbeitsarmut. Die Menschen sorgen sich um den eigenen Arbeitsplatz und vor weiterem Stellenabbau. Genau deshalb stemmen wir uns gegen Arbeitszeitverlängerungen, weil sie das Gegenteil aktiver Beschäftigungspolitik sind. (Beifall) Längere Arbeitszeiten zerstören Beschäftigungsmöglichkeiten und sie sind ein gesellschaftlicher Rückschritt, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren. (Beifall)

Weil wir uns mit solchen Zuständen auch in Zukunft nicht abfinden werden, machen wir mit dem Motto unseres Kongresses „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“ deutlich, worin wir unsere Aufgabe sehen. Wir verteidigen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte. Wir ringen um bessere Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Wir kämpfen dafür, dass die sozial Schwachen Schutz erfahren und dass keiner gegen den anderen ausgespielt wird und jeder beziehungsweise jede in jedem Alter Platz findet in unserer Arbeitsgesellschaft und eben nicht ausgegrenzt wird. Das verstehen wir unter menschenwürdigem Leben in unserem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Die gesellschaftliche Realität sieht vielfach anders aus. Wir werden vielfach Gelegenheit haben, auf diesem Kongress die Missstände in dieser Gesellschaft anzuprangern und gleichzeitig deutlich zu machen, wie wir sie beseitigen wollen.

Ich bin gewiss: Unsere Beratungen werden die notwendige Beachtung finden bei den Arbeitgebern, bei den Politikern, in der Wissenschaft, auch in den Medien, vor

allem aber bei unseren 6,8 Millionen Mitgliedern in den DGB-Gewerkschaften und bei den vielen Millionen Menschen, die wir für unsere Ideen begeistern wollen und begeistern müssen. Dass wir Beachtung finden, zeigt die Gästeliste dieses Kongresses.

Zuallererst möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, danken, dass Sie gleich zu uns sprechen werden. (Beifall) Sie setzen damit die gute Tradition aller Bundespräsidenten fort, die in früheren Jahren auf DGB-Kongressen wichtige Botschaften für die Vertreter der arbeitenden Menschen hatten. Ich freue mich sehr auf Ihre Rede.

Ich will nicht versäumen, den dritten Redner am heutigen Vormittag, den Regierenden Bürgermeister unserer Gastgeberstadt Berlin, Klaus Wowereit, herzlich zu begrüßen. (Beifall) Lieber Klaus, wir wissen, diese Stadt hat viele Probleme. Ich denke nur an den Verlust Tausender industrieller Arbeitsplätze. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, dass Du von Samsung bis CNH immer an führender Stelle den Kampf der Menschen für ihre Arbeitsplätze maßgeblich mit unterstützt hast und weiterhin unterstützen wirst. Die Menschen in dieser Stadt wissen sich bei Dir schon deshalb gut aufgehoben, weil auch Du nicht nachlässt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. (Starker Beifall) Du hast mit dazu beigetragen, dass in dieser Stadt nicht nur Arbeitsplätze gesichert wurden, sondern – das vergessen viele – auch neue hinzugekommen sind.

Ich begrüße an dieser Stelle Matthias Platzeck, den Ministerpräsidenten von Brandenburg. (Lebhafter Beifall) Lieber Matthias, herzlich willkommen! Und Dir herzlichen Dank für Deine Anstöße in der Grundsatzdebatte, die ja wohl über die SPD hinausgehen wird, und für Dein Werben für ein besseres Verhältnis zwischen SPD und DGB.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste! Gewerkschaftskongresse sind sicher nicht der Ort zum alleinigen Austausch von Freundlichkeiten. Die Stimme der Arbeit muss manchmal auch etwas lauter werden. Und natürlich kann der DGB-Vorsitzende nicht darauf verzichten, den Gästen aus Politik und Wirtschaft von den Sozialverbänden und anderen wichtigen Partnern klare Botschaften zu übermitteln. Sie wissen, wir haben an zentralen politischen Vorhaben der Bundesregierung und damit der Großen Koalition teilweise harsche Kritik. Die Rente mit 67, die in Wahrheit ein Rentenkürzungsprogramm ist, stößt ebenso auf unseren Widerspruch wie die Pläne, das angloamerikanische System des Heuerns und Feuerns durch eine faktische Abschaffung des Kündigungsschutzes in den ersten beiden Beschäftigungsjahren einzuführen. (Starker Beifall)

Ich glaube, die Große Koalition wäre gut beraten, beides noch einmal zu überdenken. Gut nachdenken sollte sie aber auch über die Gesundheitsreform, und zwar bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist. (Starker Beifall) Ich warne ausdrücklich vor dem Versuch, die Kopfpause über die Hintertür einzuführen, den Arbeitgeberbeitrag einzufrieren und die Privatversicherten weiter zu privilegieren. Das ist eine klare Botschaft, die wir auf diesem Kongress mehrfach wiederholen werden! (Starker Beifall)

Ihnen, meine Damen und Herren, die derzeit in der Großen Koalition darüber verhandeln, will ich sagen: Wir, die Gewerkschaften, werden wachsam bleiben – vor, während und nach der Fußball-Weltmeisterschaft. (Starker Beifall) Wir werden uns weder mit Pauschalklärungen noch irgendeiner Form von Salamtaktik in die Irre führen lassen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allem aber erwarte ich von einer Großen Koalition, dass sie energisch Arbeitgeber und Unternehmer in die Pflicht nimmt, in Arbeit zu investieren und endlich aufzuhören, Menschen in der Mitte ihres Lebens aus dem Arbeitsprozess auszusondern. (Starker Beifall)

Und weil ich gerade bei der gesellschaftlichen Verpflichtung von Arbeitgebern bin, frage ich: Wo bleiben die dringend benötigten Ausbildungsplätze für die jungen Menschen in diesem Land? (Starker Beifall) Und die Politiker frage ich, wie lange sie noch tatenlos zusehen wollen, wie die Zahl der ausbildungsbereiten Betriebe ständig sinkt und somit das duale System weiter zu verkommen droht. Ich weiß, das ist für manchen Politiker nicht einfach zu hören; machen wir doch so auf gravierende politische Fehler aufmerksam. Dazu zähle ich den Verzicht auf die Ausbildungsplatzumlage, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Und es ist doch auch nicht so, als ob nur wir schlechte Erfahrungen mit Selbstverpflichtungserklärungen der Wirtschaft gemacht hätten. Ich kenne viele Politiker, die sich eigentlich düpiert fühlen müssten. Mich treibt die Sorge um, dass wir noch lange nicht am Ende des Versuchs der Wirtschaftslobby sind, Politik für ihre Interessen einzuspannen – von der Unternehmenssteuerreform bis hin zur Gesundheitspolitik.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte! Was wir wollen und was wir nicht wollen, das wird dieser Kongress deutlich machen. Ich hoffe sehr, dass die Verantwortlichen zuhören und nachdenklich werden. Sicher, man kann versuchen, Probleme auszusitzen und Proteste zu ignorieren. Weiter bringt das unser Land mit Sicherheit nicht.

Allerdings will ich auch davor warnen, Politiker und Politik generell zu verteufeln; denn erstens sind sie für die meisten Missstände in unserem Land, vor allem für die größte, die Massenarbeitslosigkeit, nicht verantwortlich. Zum anderen wird bei viel Kritik leicht vergessen, dass auch manches Positive geleistet wurde.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Partei von Bündnis 90/Die Grünen haben in den vergangenen vier Jahren wie ein Mann und eine Frau gestanden, wann immer es ging um die Verteidigung von Tarifautonomie und Mitbestimmung. Dafür gebührt auch der Dank dieses Kongresses. (Lebhafter Beifall) Denn wir wissen, wie wichtig für die Vertretung der Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen diese sozialstaatlichen Strukturelemente sind.

In diesem Sinne begrüße ich Peer Steinbrück, den stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bundesfinanzminister. Herzlich willkommen. (Starker Beifall)

Ich freue mich sehr, dass auch Hubertus Heil, der seit sechs Monaten Generalsekretär der SPD ist, zu uns gekommen ist. (Starker Beifall)

Und nicht zuletzt verbindet uns mit Peter Struck, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, ein vertrauensvolles Verhältnis. Peter, herzlich willkommen! (Starker Beifall) Peter, von Dir stammt ja bekanntlich das Strucksche Gesetz, wonach kein Gesetz den Bundestag so verlässt, wie es hineingekommen ist. Ich hoffe, das gilt auch für die Föderalismusreform. (Starker Beifall) Ich weiß, dass die so genannte Mutter der Reformen das politisch derzeit wichtigste Projekt der Großen Koalition ist. Aber ich hoffe sehr, dass Ihr die Kraft findet, es in einigen Punkten deutlich zu korrigieren. Die Verantwortung für die Beamtenbesoldung und -versorgung auf die Bundesländer zu übertragen und letztlich den Boden für 17 unterschiedliche Beamtengesetze zu bereiten, ist schlicht unsinnig. (Starker Beifall)

Diese Überzeugung teile ich übrigens mit dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Peter Heesen. Peter, ich freue mich, dass Du heute zu uns gekommen bist; und ich freue mich auch, dass wir genau zu dem Thema Föderalismusreform am 22. Juni zu einer ersten gemeinsamen Veranstaltung von DGB und Beamtenbund auf Bundesebene einladen. Peter, natürlich bleiben wir Konkurrenten, aber wir beide sind fest entschlossen, dass mit den früheren Feindseligkeiten ein für allemal Schluss ist.

Liebe Delegierte, liebe Gäste! Ebenso Unfug sind die Pläne der Föderalismusreformer, die Schul- und Hochschulpolitik in die alleinige Zuständigkeit der Bundesländer zu geben. (Starker Beifall)

Nach PISA- und IGLU-Studien ist das nun die falscheste Antwort, die wir auf die Bildungskrise geben können. Kleinstaaterei kann doch nicht die Antwort auf Globalisierung sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir jedenfalls werden uns weiter aktiv an der Diskussion für eine gute Föderalismusreform beteiligen, obwohl der Deutsche Bundestag offensichtlich meint, auf unseren Sachverstand bei den laufenden Anhörungen verzichten zu können. Wir werden andere Wege finden, uns genauso Gehör zu verschaffen wie die Wirtschaftslobbyisten. (Beifall)

Diese Mahnung richte ich an alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, und so freue ich mich - vielleicht in dem Zusammenhang ein bisschen zugespitzt, aber ich freue mich wirklich -, dass die Christlich-Demokratische Union Deutschlands prominent vertreten ist, und zwar mit ihrem Generalsekretär Ronald Pofalla. Herzlich willkommen. (Beifall) Ich heiße Sie und die übrigen Vertreter der Union hier herzlich willkommen. Besonders freut mich, dass es gelungen ist, in den vergangenen Monaten die Arbeitsbeziehungen zwischen Union und DGB wesentlich zu verbessern und zu verbreitern.

Ebenso bin ich froh darüber, dass unsere guten Kontakte zu den Bündnisgrünen auch in Oppositionszeiten Bestand haben. Ich begrüße den Vorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Reinhard Bütikofer. (Beifall)

Für die Linkspartei im Deutschen Bundestag begrüße ich deren stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping. (Beifall)

Für Mittwoch haben die Parteien die Delegierten des Kongresses zu ihren Parteienabenden eingeladen. Wir werden dort sicherlich Gelegenheit haben, das eine oder andere vertiefter zu diskutieren sowie alte Freundschaften zu pflegen und neue Freundschaften zu knüpfen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den guten Traditionen der deutschen Gewerkschaftsbewegung gehört es, dass wir auch die zu unseren Kongressen einladen, die vor uns die Fackel getragen haben. Zu ihnen zählen zwei frühere DGB-Vorsitzende, zwölf frühere Vorsitzende von Mitgliedsgewerkschaften sowie zahlreiche ehemalige Vorstandsmitglieder von DGB und Gewerkschaften. Bitte begrüßt mit mir zusammen Ernst Breit und Dieter Schulte. (Starker Beifall) Ich begrüße Willi Arens, Hans Berger, Konrad Carl, Werner Dick, Detlef Hensche, Bruno Köbele, Horst Morich, Rudi Schäfer, Gisbert Schlemmer, Norbert Spinrath, Monika Wulf-Mathies und last, but not least, Klaus Zwickel. Herzlich willkommen. (Starker Beifall)

Gewerkschaftsarbeit ist oft Bündnisarbeit, zumindest aber der Versuch, mit anderen Institutionen und Organisationen vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. So begrüße ich Präsident Otto Kentzler und Vizepräsident Klaus Feuler vom deutschen Handwerk. Herzlich willkommen. (Beifall)

Mein Gruß gilt Frank-Jürgen Weise, dem Vorstandsvorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit. (Beifall)

Stellvertretend für viele Vertreter von Sozialverbänden begrüße ich den Bundesvorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt, Wilhelm Schmidt, und den Präsidenten des Sozialverbandes Deutschland, Herrn Adolf Bauer. Herzlich willkommen. (Beifall)

Auch Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften geben uns die Ehre. Für sie alle begrüße ich Prälat Reimers vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und Dr. Ayyub Köhler vom Zentralrat der Muslime in Deutschland. Herzlich willkommen. (Beifall)

Auf früheren Kongressen konnten wir Paul Spiegel vom Zentralrat der Juden begrüßen. Er ist leider vor wenigen Wochen verstorben. Wir haben mit ihm einen treuen Mitstreiter im Kampf für Demokratie und Toleranz verloren.

Allen, die mit uns immer wieder aufstehen gegen Menschenverachtung und Ausländerfeindlichkeit, gegen alte und neue Nazis, gilt unser Bekenntnis, ja unser Erbe: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! (Starker Beifall) Ich freue mich daher sehr, den Vizepräsidenten des Internationalen Auschwitz-Komitees, Herrn Christoph Heubner, hier begrüßen zu dürfen. (Beifall)

Liebe Delegierte! Weit über 300 Ehrengäste nehmen an unserer Kongresseröffnung teil. Wir freuen uns über ihren Besuch, auch wenn ich sie nicht alle namentlich erwähnen konnte. Zu ihnen gehören übrigens auch 170 internationale Gäste aus mehr als 50 Ländern. (Beifall) Auch ihr Besuch ehrt uns, weil er Ausdruck dafür ist, dass unsere internationale Solidaritätsarbeit weltweit anerkannt wird. Wie wichtig die internationale Gewerkschaftsarbeit ist, beweist uns auch der Besuch mehrerer Botschafter und hier arbeitender Sozialattachés. Herzlich willkommen. (Beifall) Stellvertretend für unsere ausländischen Gäste werden John Monks und Guy Ryder noch die Gelegenheit haben, auf unserem Kongress das Wort zu ergreifen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Artikel 1 unseres Grundgesetzes spricht bewusst von der Würde des Menschen, aller Menschen. Jeder Mensch auf dieser Welt hat überall die gleichen unveräußerlichen Menschenrechte. Ich verspreche, dass die deutschen Gewerkschaften und ihr Bund diese unveräußerlichen Rechte überall gegen jeden verteidigen werden, der es unternimmt, sie anzufassen.

Ich wünsche dem Kongress einen guten Verlauf und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Starker Beifall)

(Auftritt von Klaus Hoffman und seinen Musikern – Anhaltender Beifall)

Horst Köhler, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Sommer! Ich habe mich gefreut, als Sie mich eingeladen haben, heute zum Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu kommen. Ich bin gern gekommen. Ich glaube, dass nicht zuletzt durch die Musik von Klaus Hoffmann mit seiner Band dieser Bundeskongress einen guten Auftakt genommen hat.

Ich selber, meine Damen und Herren, bin nicht in der Stimmung, eine Festrede zu halten. In Deutschland sind offiziell 4,79 Millionen Menschen arbeitslos. Sie werden daher von mir keine Festrede erwarten. Einmal mehr - zur Sache also:

Seit Jahrzehnten steigt die Arbeitslosigkeit bei uns mit jedem Konjunkturzyklus. Trotz der leichten Entspannung auf dem Arbeitsmarkt wissen wir: Für einen wirklichen Durchbruch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt es noch keinen Anhaltspunkt. In anderen Ländern gelingt es besser, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

Länger und länger vergebens nach Arbeit zu suchen, das ist eine schlimme Erfahrung. Ich weiß aus vielen Briefen und Gesprächen, wie sehr Menschen darunter leiden - in Mecklenburg-Vorpommern wie im Ruhrgebiet. Sie wollen von eigener Arbeit leben, sie wünschen sich das Miteinander am Arbeitsplatz, sie wollen dazu gehören. Jeder Arbeitslose hat seine eigene Geschichte: der Auszubildende, dessen Firma im zweiten Lehrjahr pleite ging; der Zuwanderer ohne Schulabschluss, der keinen Job findet; die gut ausgebildete Mutter von zwei Kindern, der nach mehreren Jahren daheim jetzt erläutert wird, leider habe sie beruflich den Anschluss

verpasst; der Facharbeiter, der gesagt bekommt, er sei mit seinen 50 Jahren zu alt. Aber auch viele Menschen, die Arbeit haben, sind verunsichert. Sie fürchten, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, und haben Angst, dann keine neue Stelle mehr zu finden.

Früher ging es vor allem darum, die Ausbeutung der arbeitenden Menschen zu verhindern - heute lautet die soziale Frage: Wie stellen wir sicher, dass alle Menschen erfahren, sie werden gebraucht und sie haben an der Gesellschaft teil? Die massenhafte Arbeitslosigkeit trifft uns ins Mark. Sie spaltet unsere Gesellschaft mehr und mehr, und sie verschlingt enorme Ressourcen. Da hilft es gar nichts, mit dem Finger auf andere zu zeigen und Schuldige zu suchen. Deutschland ist durch jahrzehntelange allseitige Versäumnisse in die heutige Lage geraten. Nun brauchen wir eine entsprechend große Gemeinschaftsanstrengung, um da wieder herauszukommen. Dafür gilt es die Weichen neu zu stellen, und dazu müssen alle ihren Beitrag leisten: der Staat, die Tarifpartner, jede und jeder von uns.

Es geht um das Land, das wir lieben. Es kann nicht falsch sein, dass sich alle bei ihrem Tun und Lassen immer auch die Frage stellen: Hilft das den Menschen ohne Arbeit, oder schadet es ihnen?

Ich bekräftige darum meinen Vorschlag: Verständigen wir uns auf eine politische Vorfahrtsregel für Arbeit! Was Arbeitsplätze nachhaltig sichert und schafft, das hat Vorrang vor allem anderen, und sei es noch so wünschenswert. Und in diesem Zusammenhang: Ich halte überhaupt nichts von der These, uns in Deutschland gehe die Arbeit aus. Deutsche Waren und Dienstleistungen sind weltweit gefragt wie nie, und auch hierzulande gibt es genug zu tun, was für alle nützlich wäre, für das Gemeinwesen, für Familien, in der Pflegearbeit oder zugunsten von Bildung und Kultur. Wir bleiben ökonomisch und von unserem Wesen als Menschen her darauf angewiesen, tätig zu sein. Die Arbeitsgesellschaft bleibt das richtige Leitbild. (Beifall)

Ich freue mich darüber, dass in der Großen Koalition offenkundig ein gutes Klima der Zusammenarbeit entstanden ist. Jetzt heißt es vorangehen und sich auf das Wesentliche konzentrieren. Ich sehe vier vorrangige politische Aufgaben:

Erstens: die Lohnnebenkosten zu senken, das bleibt ein zentraler Ansatz, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern und neue zu schaffen. Vieles spricht dafür, dass schon mehr Transparenz und Effizienz in den Sozialsystemen und ihrer Verwaltung Kosten eindämmen können. Legen wir da wirklich genug Ehrgeiz an den Tag? Ich halte es darüber hinaus für richtig, den Weg der Abkoppelung der Sozialbeiträge vom Arbeitsverhältnis und einer stärkeren Steuerfinanzierung zu beschreiten. Nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages vom Freitag wünschte ich mir, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen hauptsächlich zur Senkung der Lohnnebenkosten genutzt werden. (Beifall)

Zweitens: Wir müssen es den Menschen leichter machen, im schnellen Wandel der modernen Arbeitswelt gut zurecht zu kommen. Ein ganzes Erwerbsleben auf demselben Arbeitsplatz - das ist allmählich eher die Ausnahme. Schon jetzt wechseln immer mehr Berufstätige von Arbeitgeber zu Arbeitgeber, von Projekt zu Projekt, von Arbeit in Fortbildung und zurück. Diese Beweglichkeit sichert Arbeit. Auch dabei brauchen die Arbeitnehmer verlässlichen rechtlichen und sozialen Schutz. Aber genauso sehr brauchen sie Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, die den nötigen Wechsel und Wandel nicht behindern. Lässt sich da nicht so manches von den skandinavischen Ländern lernen?

Drittens: Es gehört schon fast zum politischen Standardprogramm, Entbürokratisierung und Deregulierung zu fordern. Doch die Praxis sieht anders aus: Ich habe immer neue Gesetze auf dem Tisch, die eher mehr Bürokratie schaffen und die Regelungsdichte noch erhöhen. Um jetzt wirklich voranzukommen, ist starker poli-

tischer Wille gefragt, und zwar auf allen Ebenen unseres Staates. Ich wünsche allen Anstrengungen, die dafür unternommen werden, von Herzen Erfolg.

Viertens: Bildung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Forschung und Entwicklung sind der Schlüssel für zukunftsfähige Arbeitsplätze. Der jüngste Bericht der Bundesregierung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands jedoch stellt fest, die „geringe Neigung zu investiven Anstrengungen und damit zu Strukturwandel und die schlechte Position, wenn es um Spitzentechnik, Spitzenforschung und Spitzenausbildung geht, rechtfertigt die Einordnung Deutschlands in das Mittelfeld der Industrieländer.“ Ich kann noch nicht erkennen, dass Politik und Wirtschaft schon hinreichend auf diesen Befund reagieren. Wie viel ein Staat und eine Gesellschaft für Bildung, Wissenschaft und Forschung ausgeben, das zeigt am besten, wie wichtig ihnen die Zukunft ist und wie sozial sie morgen noch sein können.

Zweifellos gibt es Bewegung in diesen vier Aufgabenbereichen. Der vor drei Jahren begonnene Reformprozess weist in die richtige Richtung, auch wenn sich jetzt zeigt, dass es bei der Umsetzung noch Vieles zu verbessern gibt. Es kommt darauf an, die Erneuerung Deutschlands entschlossen fortzusetzen.

Unser Ziel sollte es sein, einen Sozialstaat zu schaffen,
der bestmögliche Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung setzt,
der vor allem in die Zukunft investiert,
der sich nicht ausnutzen lässt und nicht die vor den Kopf stößt, die hart arbeiten,
sich an die Regeln halten und ihn mitbezahlen, sondern
der zielgenau und zuverlässig denen hilft, die wirklich darauf angewiesen sind
und dem gerade deshalb die Menschen vertrauen.

Das erfordert auch eine gründliche Aufgaben- und Ausgabenkritik. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben besinnen und darf den kommenden Generationen keine untragbare Schuldenlast aufbürden. Deshalb ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte so wichtig. Da können Steuererhöhungen nötig sein, aber sie dürfen nicht von der Entscheidung ablenken, welche Aufgaben und Ausgaben in Zukunft Vorrang haben und welche verzichtbar sind.

Deutschland verdankt den Gewerkschaften viel. Sie haben großen Anteil am wirtschaftlichen Aufstieg unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg. Der soziale Frieden in Deutschland ist in hohem Maß auch ihr Verdienst. Das hat zugleich unserer Volkswirtschaft immense Kosten erspart. Die Tarifautonomie, der Flächentarifvertrag und das Prinzip der Einheitsgewerkschaft sind konstitutive Teile unserer sozialen Marktwirtschaft. Ich sehe keine ernsthafte politische Kraft in dieser Republik, die diese konstitutiven Teile in Frage stellt. (Beifall) Jetzt geht es darum, ihr Zusammenspiel auf die Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts einzustellen. Das Tarifrecht war immer in Bewegung und hat sich an neue wirtschaftliche Entwicklungen und veränderte Arbeits- und Produktionsprozesse angepasst. Ich möchte die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände ermutigen, gemeinsam den Weg der tarifpolitischen Differenzierung fortzusetzen. Es hat sich bewährt, in den Flächentarifverträgen Spielräume für maßgeschneiderte betriebliche Lösungen zu schaffen und bei ihrem Zustandekommen zu helfen.

Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren insgesamt eine verantwortungsvolle Lohnpolitik verfolgt. Das sollten alle anerkennen und dankbar dafür sein. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich diese Politik auf die Dauer auszahlt auch in mehr Beschäftigung. Dabei ist mir bewusst, wie schwer es ist, Arbeitnehmern Mäßigung und Lohnzurückhaltung zu empfehlen, wenn andere gerade kein Maß mehr zu kennen scheinen. (Beifall) Ganz verquer wird es, wenn immense Vorstandsgehälter mit einem gestiegenen „shareholder value“ begründet werden, der auf

Lohnzurückhaltung und Entlassungen beruht. (Beifall) Mancher Arbeitgeber mag in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit die Position der Arbeitnehmer für geschwächt halten und entsprechende Vorteile für sich suchen. Gute Unternehmer sind anders: Sie denken immer auch langfristig und wissen, wie wichtig engagierte und motivierte Arbeitnehmer für den Unternehmenserfolg sind. Die Führungspersönlichkeiten der Wirtschaft sollten gerade jetzt eine besondere Kultur der Mäßigung und Verantwortung unter Beweis stellen. (Beifall) In diesem Zusammenhang zitiere ich Hans Merkle, den langjährigen Vorsitzenden bei Bosch: „Führen heißt dienen“. Ich kenne viele Unternehmensführer, für die es zu ihrem unternehmerischen Selbstverständnis gehört, Beschäftigung in Deutschland zu halten. Und mir fällt auf, dass es oft die besonders erfolgreichen sind.

Und noch etwas: die Mitbestimmung. Sie hat in Deutschland eine lange Tradition. Gerade steht wieder ein stolzes Jubiläum an. Sie hat sich insgesamt bewährt, wenn sie auch eigene Risiken in sich birgt. Der Mitbestimmung ist es zu danken, dass viele Differenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern frühzeitig und partnerschaftlich gelöst wurden. Aber auch in Sachen Mitbestimmung gibt es Modernisierungsbedarf, zum Beispiel mit Blick auf die Internationalisierung der Unternehmen. Hoffen wir darum auf gute Vorschläge der Biedenkopf-Kommission, in der auch die Gewerkschaften mitarbeiten.

Meine Damen und Herren! Die Arbeitswelt ist in einem tiefen Umbruch. 1970 war nur jeder sechste Arbeitnehmer in Teilzeit, befristet oder geringfügig beschäftigt - heute ist es schon jeder dritte. Das kann bisweilen den Wünschen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entsprechen, vor allem dann, wenn es die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert. Aber oft haben die Beschäftigten auch keine andere Wahl und leiden unter ihrer Lage. Hier liegt in meinen Augen eine große Aufgabe der Gewerkschaften. Sie sollten sich noch mehr all denen zuwenden, die in solchen - oft auch prekären - Beschäftigungsverhältnissen tätig sind. Das ist mühsam, weil diese Arbeitnehmerschaft so verstreut, so mobil und so schwer auf einen Nenner zu bringen ist. Doch umso größer ist der Bedarf jedes einzelnen an Beratung über seine Rechte und an einer professionellen Vertretung seiner Interessen. Darum weisen zum Beispiel die Tarifverträge zur Zeitarbeit in die richtige Richtung.

Auch die Tatsache, dass Frauen immer selbstverständlicher erwerbstätig sind, verändert die Arbeitswelt. Wenn Frauen im Beruf die gleichen Chancen haben sollen wie Männer, dann muss das für die Familien vereinbar sein mit der nötigen Fürsorge für Kinder und für ältere Angehörige und mit der Hausarbeit, die alle nicht weniger wichtig sind als die Erwerbsarbeit. Auch da sehe ich für die Gewerkschaften eine große Aufgabe: Sie können mit dafür werben und dafür sorgen, dass Tätigkeiten wie die Familienarbeit und das bürgerschaftliche Engagement einen guten Platz neben der Erwerbsarbeit finden. Dann stecken in den gewandelten Lebensentwürfen zusätzliche Chancen für ein tätiges Leben in Familie, Beruf und Ehrenamt. Umso mehr freut es mich, dass der Deutsche Gewerkschaftsbund in der „Allianz für die Familie“ mitarbeitet, die Renate Schmidt ins Leben gerufen hat und Ursula von der Leyen fortführt.

Und noch eine Frage beschäftigt mich sehr: Was soll aus Arbeitnehmern werden, denen nur einfache Tätigkeiten gelingen? Sollen sie zur Arbeitslosigkeit verurteilt sein wie leider heute so oft, weil ihre Arbeitskraft zu teuer ist und nicht nachgefragt wird? Sollen sie zu Löhnen arbeiten müssen, von denen sich nicht leben und nicht sterben lässt? Ich war vor kurzem in der Oberlausitz, da hat mich ein Mann gefragt: „Wie soll ich mit meinen drei Euro achtzig pro Stunde zurechtkommen?“ Ich finde: Wo Menschen so fragen, da liegt eine Aufgabe, der sich Staat und Tarifparteien stellen müssen. Ich weiß, wie schwierig sie ist. Umso mehr brauchen wir

Kreativität, Aufrichtigkeit und Achtung voreinander. Schließlich haben alle, die da um Lösungen ringen, ehrbare Motive. Wie gelingt es, Hilfe zu organisieren, die wirksam bei den Menschen ankommt, zugleich aber die Probleme des Arbeitsmarkts nicht noch verschärft? Wie schaffen wir einen geordneten und transparenten Niedriglohnsektor statt des bestehenden Dickichts, in dem oft die Trickser besser wegkommen als diejenigen, die sich an die Regeln halten? Es ist gut, dass die Politik diese Fragen jetzt aufgreift und mit dem Willen zur Entscheidung diskutiert. Und noch etwas brauchen wir: mehr Respekt vor den Menschen, die einfache Arbeit leisten. Vielleicht ist das sogar das Wichtigste. (Beifall) Je mehr Anerkennung ihre Arbeit findet, desto unbefangener wird sie nachgefragt und desto selbstbewusster geleistet. - Mehr Respekt für einfache Arbeit!

Meine Damen und Herren! Am Beginn der Arbeiterbewegung stand: der Arbeiterbildungsverein. Die Arbeiter wussten, wie entscheidend Bildung und Ausbildung für wirtschaftlichen Erfolg und für sozialen Aufstieg sind. Und Karl Marx riet ihnen sogar, die durch den wissenschaftlichen Fortschritt ermöglichte Arbeitszeitverkürzung nicht so sehr der Muße, sondern der weiteren „Entwicklung der geistigen Kapazitäten“ zu widmen - ein Programm lebenslangen Lernens also.

Und wie sehen die Dinge heute aus? Bei uns entscheidet immer noch vor allem die persönliche Herkunft über den Bildungserfolg, zehn Prozent der Schulabgänger haben keinen Abschluss, und zwanzig Prozent schließen keine Berufsausbildung ab. Die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen geht zurück, obwohl lebenslanges Lernen und die Förderung der Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer und älter werdender Belegschaften wichtiger sind als jemals zuvor. Deshalb bitte ich Sie: Arbeiten Sie weiter mit an dem Bewusstseinswandel, den unser Land in Sachen Bildung braucht! Werben Sie bei Ihren Mitgliedern und deren Familien für den Wert von Bildung, für die Bedeutung lebenslangen Lernens und für Wissen, Können und Leistung als Weg zum Aufstieg und als Waffe gegen Arroganz und Ungerechtigkeit. (Beifall)

Bleiben Sie auch am Ball bei der Nachqualifizierung der Arbeitnehmer und bei der beruflichen und betrieblichen Weiterbildung. Weit über fünf Millionen aller Erwerbstätigen in Deutschland haben keinen schulischen und beruflichen Abschluss. Die Schweden und die Dänen haben vorgemacht, wie durch das Zusammenwirken der Tarifpartner und der öffentlichen Hand eine breite Nachqualifizierung gelingen kann. Und für mehr und bessere Weiterbildung kommt es entscheidend auf entsprechende Tarifverträge an. Ich weiß, da bewegt sich mittlerweile durchaus einiges. Aber es könnte mehr geschehen. Das erscheint mir auch wichtig, um die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu sichern und zu fördern. Einerseits sollen sie demnächst von Gesetzes wegen länger arbeiten als bisher, andererseits haben bisher die Unternehmen ältere Arbeitnehmer viel zu wenig weiterqualifiziert und weit vor der Altersgrenze in den Ruhestand geschickt - und zwar überwiegend mit Zustimmung der Betroffenen, mit Unterstützung der Gewerkschaften und mit staatlicher Hilfe. Hier ist Umdenken erforderlich. Wir werden in Zukunft sehr auf das Erfahrungswissen und die Fähigkeiten der Älteren angewiesen sein. Wir sollten uns rechtzeitig darauf vorbereiten. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Für Sie als Gewerkschafter ist es selbstverständlich, auch in internationalen Zusammenhängen zu denken. Die Expansion des Welt Handels bietet gerade uns Deutschen riesige Chancen. Unser Land hat immer überdurchschnittlich vom weltweiten Handel und Wandel profitiert und tut das auch jetzt. Die deutsche Industrie kann dank ihrer Ingenieurkultur und Zuverlässigkeit wie kaum eine andere anspruchsvolle Ausrüstungsgüter und komplette Problemlösungen anbieten. Wir können wie wenige andere Volkswirtschaften am dynamischen Wachstum von Schwellenländern wie Indien, China und Brasilien teilhaben.

Unsere Wirtschaft wird auch gewinnen, wenn der Entwicklungsprozess in Afrika Fahrt aufnimmt. Es stimmt eben: Indem wir anderen helfen, auf die Beine zu kommen, helfen wir auch uns selbst, denn so gewinnen wir neue Handelspartner, Märkte und Kunden. Andererseits bringt die Globalisierung ganz neue Herausforderungen: Schon heute werten chinesische Radiologen die Röntgenbilder amerikanischer Kliniken aus, beraten indische Fachleute per Callcenter die amerikanischen Kunden deutscher Firmen. Da kommt sicherlich noch einiges auf uns zu.

Was tun? Am besten: sich drauf einlassen und mitgestalten. Wo also liegen Antworten auf die wachsende internationale Verflechtung und das immer größere Angebot an Wissen und Fleiß in der Welt? Die erste Antwort ist die Europäische Union. Sie so fortentwickeln, dass sie zur Lösung beiträgt, statt ein Teil des Problems zu werden - das ist die Aufgabe. Stärken wir also ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre wirtschaftliche Dynamik. Das wird auch der sozialen Dimension Europas dienlich sein. Bewahren wir uns ein weltoffenes Europa mit freien Märkten, ein Europa ohne inneren oder äußeren Protektionismus. Und sorgen wir dafür, dass unser Kontinent außenpolitisch mit einer Stimme spricht und sich weltweit für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit einsetzt - mit guten Argumenten und wenn nötig auch mit seinem wirtschaftlichen Potential.

Eine zweite Antwort besteht darin, die weltweiten Wohlstandsgewinne stärker als bisher auch den Arbeitnehmern zugute kommen zu lassen. (Beifall) Ludwig Erhards Ideal einer Gesellschaft von Teilhabern ist aktueller denn je. Während sich die Unternehmens- und Vermögenseinkommen in den letzten Jahren fast überall dynamisch entwickelt haben, bleiben demgegenüber die Lohneinkommen zurück. Wenn Arbeit überall auf der Welt erledigt werden kann, dann lässt sich ihr Preis immer weniger innerhalb von Landesgrenzen bestimmen. Deshalb ist es wichtig, den Arbeitnehmern eine zweite Einkommensquelle zu erschließen, und zwar über den Zugang zu Produktivvermögen und Kapitaleinkommen. Dabei sollten auch überbetriebliche Lösungen kein Tabu sein. Und was spricht eigentlich dagegen, auch die modernen Formen der internationalen Kapitalbildung für die Arbeitnehmer zu nutzen, solange dabei vernünftige Sicherungen eingebaut werden?

Das leitet gleich über zur dritten Antwort: Deutschland muss sich mit seinen Freunden und Partnern noch viel energischer für einen fairen weltwirtschaftlichen Ordnungsrahmen einsetzen. Globalisierung bedeutet, dass Grenzen weniger wichtig werden, aber Entgrenzung darf nicht in Regellosigkeit umschlagen. (Beifall) Wir müssen jetzt ernsthaft und konkret über die Gestaltung der Globalisierung diskutieren. Der Markt allein wird es nicht richten. Wir brauchen klare Spielregeln, die für alle gelten. Wer ist zuständig und verantwortlich für die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter? Da geht es um Rechtssicherheit, ein stabiles Finanzsystem, eine faire Welthandelsordnung, humane Arbeitsbedingungen und weltweiten Umweltschutz. Reichen die vorhandenen Mandate internationaler Organisationen wie Weltbank, Welthandelsorganisation oder Internationale Arbeitsorganisation dafür aus, oder sollten sie neu durchdacht und gestaltet werden?

An den Antworten auf all diese und auf viele andere Fragen sollten die Gewerkschaften mit Rat und Tat mitarbeiten. Aber das ist Arbeit. Da braucht man Expertise. Da reicht nicht das politische Bauchgefühl. Da muss man hart arbeiten und sich mit den Argumenten auseinandersetzen.

Wenn wir die Globalisierung zum Wohle aller gestalten, wenn wir aufhören, immer wieder mit zweierlei Maß zu messen, wenn wir auch weltweit Wettbewerb mit sozialem Ausgleich verbinden, wie es uns in Deutschland mit der Sozialen Marktwirtschaft gelungen ist, dann bleibt unser Bekenntnis glaubhaft, dass alle Menschen auf unserem Planeten Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben haben. Und das ist meine eigene Position. (Beifall)

Ein kluger Zeitgenosse hat gesagt, bei freien Gesellschaften wie der unseren hänge die Entwicklung wesentlich von ihrem Selbstbild ab. Welches Bild also haben wir von unserem Land? Meines ist von Zuversicht geprägt. Wir sind eine offene Gesellschaft, die durch Handel und Wandel gedeiht und die alle Möglichkeiten dafür bietet, die Menschen zu ertüchtigen und zu ermutigen: damit sie stets aufs Neue ihre Kräfte und Talente erproben - in Freiheit und in Solidarität. - Ich danke Ihnen. (Starker Beifall)

(Auftritt der Musiker und Sänger von Culcha Candela – Starker Beifall)

Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin

Keine Angst! Es geht nicht mit Rap weiter.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Lieber Michael Sommer, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen die Grüße von 3,4 Millionen Berlinerinnen und Berlinern und im Namen von Matthias Platzeck von 2,5 Millionen Brandenburgerinnen und Brandenburgern zu Ihrem 18. Bundeskongress übermitteln. Herzlich willkommen in Berlin-Brandenburg! (Starker Beifall)

„Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“ oder „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Das gilt in der Arbeitswelt, aber das gilt erst recht in unserer ganzen Gesellschaft. Und dies gilt für alle Menschen – egal, welche Hautfarbe sie haben; egal, welcher Religion sie angehören, egal, welche Lebensweise sie haben oder welchen kulturellen Hintergrund sie haben. Alle Menschen sind gleich – in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt. (Lebhafter Beifall)

Eine offene, eine tolerante Gesellschaft entsteht nicht per Dekret, nicht durch Anordnung, nicht dadurch, dass wir eine Rede halten, sondern sie muss tagtäglich gelebt werden. Auch Demokratie muss sich verteidigen – jeden Tag, in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft. Und das, was gerade jüngst wieder passiert ist, dürfen wir nicht dulden. Die Anständigen müssen aufstehen, wenn Intoleranz herrscht. Wenn Menschen verfolgt werden, nur weil sie anders aussehen, dann müssen wir Gesicht zeigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall) Und es ist völlig egal, ob Gewalt gegen Ausländer oder von Ausländern gegen deutsche Mitbürgerinnen und Mitbürger ausgeübt wird; wir müssen uns dagegen wehren!

Der DGB ist ein verlässlicher Partner nicht nur auf Kongressen, sondern im täglichen Alltag. In vielen Initiativen machen gerade jüngere Mitglieder der Gewerkschaften mobil gegen Rechtsextremismus. Und ich bin außerordentlich dankbar, dass der DGB der starke Partner am 8. Mai des letzten Jahres war, als wir verhindert haben, dass Neonazis am Tag der Befreiung durch das Brandenburger Tor gezogen sind oder wollten. Das haben wir verhindert – gemeinsam im Schulterchluss der demokratischen Kräfte in der Republik. (Lebhafter Beifall)

Und Integration muss auch gelebt werden. Das bedeutet, dass wir Menschen, die hierher kommen, mit offenen Armen empfangen. Das bedeutet aber auch, dass Menschen, die hierher kommen, sich integrieren lassen wollen. Und das bedeutet auch, dass wir mit allen Organisationen, mit allen Verbänden, mit den Menschen mit Migrationshintergrund über ein Prinzip diskutieren, das bei unseren Eltern eigentlich selbstverständlich war: Dir soll es einmal besser gehen. Dafür zu arbeiten, dass es den Kindern und Kindeskindern einmal besser gehen soll, das muss im Migrantenviertel selbstverständlich auch gelten. Deshalb ist das Erlernen der deutschen Sprache nicht etwas, was man nur für uns tut, um uns einen Gefallen zu tun, sondern das ist ureigenstes Interesse, damit junge Menschen eine Chance in der Ausbildung und im Beruf haben. (Starker Beifall)

Der DGB und die Einzelgewerkschaften mischen sich ein. Das passt vielen nicht. Wir leben aber in einer pluralistischen Gesellschaft. Und daher wird es einen Interessenausgleich geben müssen. Dafür sind politische Gremien zuständig; dafür sind gesellschaftliche Konsense notwendig. Aber ohne das Artikulieren von Interessen – in dem Falle von Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wenn es nicht der DGB und die Einzelgewerkschaften tun würden, dann würde es keiner tun. Deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften, starke Einzelgewerkschaften und einen starken DGB. (Lebhafter Beifall)

Der Bundespräsident hat zu Recht darauf hingewiesen, was heute im Rahmen von Globalisierung alles passiert oder wozu Globalisierung auch oft benutzt wird. Ich sage einmal: Das Vernichten von Arbeitsplätzen, das unmenschliche Umgehen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ja den Gewinn der Unternehmen erarbeitet haben, ist nicht per se Globalisierung. Und wenn es so wäre, dann bräuchten wir eine Globalisierung der sozialen Gerechtigkeit nicht nur bei uns, sondern auf der ganzen Welt, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Berlin und die ganze Region Berlin-Brandenburg haben in den letzten 15 Jahren strukturelle Umwandlungen durchgemacht, wie man sie sich gar nicht vorstellen kann. Allein in Berlin haben wir Anfang der 90er-Jahre noch 300.000 industrielle Arbeitsplätze gehabt. Heute sind es gerade mal noch 97.000. Und tagtäglich kämpfen Menschen in dieser Stadt für den Erhalt ihres Arbeitsplatzes; und sie sehen nicht ein, dass sie ausgemustert werden.

Unsere Solidarität gilt selbstverständlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die gekämpft haben – für sich, aber auch für zukünftige Generationen –, dass es Arbeitsplätze gibt. In Berlin waren es jüngst Samsung, JVC. Und zurzeit streiken immer noch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei CNH oder ehemals Orenstein & Koppel. Ihnen gilt unsere Solidarität. Sie kämpfen nicht nur für sich, sondern für unsere Gesellschaft und für Arbeitsplätze in unserer Gesellschaft. (Starker Beifall)

Es ist schon merkwürdig, dass Unternehmen, die Gewinne machen, abgewickelt werden sollen, weil woanders Fehlentscheidungen getroffen worden sind. Und auch dazu einen Hinweis: Oft wird gesagt, das Problem unserer Wirtschaft liege daran, dass es in der bundesrepublikanischen Gesellschaftsordnung Mitbestimmungsrechte oder Kündigungsschutzrechte gebe. Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Deutschland hat noch kein Unternehmen Pleite gemacht, weil es Mitbestimmung gab oder weil es den Kündigungsschutz gab. (Anhaltender starker Beifall)

Soziale Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit dürfen keine Einbahnstraße sein. Wir brauchen starke Gewerkschaften. Ich bin außerordentlich dankbar, dass die IG Metall in Berlin mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort gemeinsam nach Lösungen gesucht hat, was Unternehmensleitungen versäumt haben, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Perspektive zu bieten. Hoffentlich gelingt es auch bei CNH, dass wir diese Lösung finden.

Ich habe sehr oft erlebt, dass Gewerkschaften vor Ort ihren Beitrag mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet haben. Dabei ging es nicht um das Weihnachtsgeld, dabei ging es nicht um das Urlaubsgeld, sondern man hat auf zwei, drei Monatsgehälter verzichtet, um einen Arbeitsplatz zu erhalten und um das Unternehmen zu retten. Gewerkschaften, wie gesagt, beteiligen sich konstruktiv daran, es zu erreichen. Deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften.

Hände weg von Kündigungsschutzregelungen! Sie brauchen wir für die soziale Sicherheit und für die soziale Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall)

Wir können es nicht hinnehmen, dass wir stolz sind auf unser duales Ausbildungssystem, wenn es nicht funktioniert, wenn der Staat mit staatlichen Programmen, mit schulischen Programmen das wettmachen muss, was Unternehmen nicht mehr schaffen, nämlich selber in Ausbildung zu investieren. Schön, dass wir gesetzliche

Maßnahmen verhindert haben. Ein Jahr lang hat der Pakt getragen, und es sind mehr Ausbildungsplätze von der Wirtschaft zur Verfügung gestellt worden. Aber im nächsten Jahr war es schon wieder weg. Das können wir nicht tolerieren, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Auch das sollte nicht gesetzlich geregelt werden. Aber es sollte gesellschaftlich geächtet werden gerade bei den großen Unternehmen, die sagen: Das interessiert uns nicht; die Marktlage ist so, dass ich jederzeit eine gut ausgebildete Mitarbeiterin, einen gut ausgebildeten Mitarbeiter kriege. Es ist ein eigenes Interesse für Unternehmen, zu investieren in Bildung, in Ausbildung und in Partnerschaft auch mit Hochschulen – und nicht nur etwas, was man für andere tut, sondern ureigenstes Interesse der deutschen Wirtschaft, in Ausbildung zu investieren. Und dieses müssen wir einfordern – tagtäglich, bis es gelungen ist. (Lebhafter Beifall)

Von Politikern wird immer erwartet, dass sie Visionen haben. Manchmal nennt man es auch Träume. Ich habe immer ein Bild vor Augen. Und das erlebt man ja leider fast täglich. Ich denke an die Bilanzkonferenzen von großen DAX-geführten Unternehmen, die doch wie folgt ablaufen: Wir haben unseren Umsatz um 5 Milliarden Euro gesteigert – toll, sind wir gut –, wir haben den Gewinn um 2 Milliarden Euro gesteigert – auch toll –, und wir bauen 3.000 Arbeitsplätze ab! Das ist die Realität. Mein Traum wäre, dass man einmal sagt: 5 Milliarden Mehrumsatz, 2 Milliarden Mehrgewinn, und unsere Aktionäre bekommen nicht 15 Prozent Rendite, sondern nur 10 Prozent. Für 5 Prozent investieren wir in die Zukunft, in neue Produkte, in Ausbildung, in Forschung und in Technologie. (Starker Beifall) Manchmal werden ja Träume wahr. Wir werden daran arbeiten. Ich bin sicher, dass der DGB und die Einzelgewerkschaften auch daran arbeiten, dieses gesellschaftliche Bewusstsein zu schaffen. Das geht auch mit Globalisierung.

Außerdem muss soziale Gerechtigkeit da sein. Dafür ist die Politik auch verantwortlich. Selbstverständlich muss bei Steuerfragen die soziale Balance geschaffen werden. Deshalb verstehe ich die Debatte über die so genannte Reichensteuer nicht. Sie mag ja symbolisch sein, weil man nur ein paar hundert Millionen mehr einnimmt, aber sie ist auch elementar für ein Gerechtigkeitsempfinden von Millionen von Menschen, die sagen: Diejenigen, die stärkere Schultern haben, müssen auch stärkere Lasten tragen. Es ist eine solidarische Auseinandersetzung, wie Steuergerechtigkeit hergestellt wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Zur Gerechtigkeit gehört auch, dass in einer reichen Industrienation Menschen, die den ganzen Tag hart arbeiten, nach Hause kommen und sagen können: Ich kann mich und meine Familie ernähren. Wenn das in dieser reichen Industrienation nicht mehr gewährleistet ist, dann ist etwas faul in unserem Staat, und dann kommen wir nicht umhin, über Mindestlöhne zu diskutieren, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Sonst haben wir einen sozialen Sprengstoff, der uns allen um die Ohren fliegt. Deshalb müssen nicht nur die Gewerkschaften, sondern alle Gruppierungen in unserer Gesellschaft dazu einen Beitrag leisten.

Neben den Problemen in der Arbeitswelt müssen aber auch Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, sicher sein können, dass sie würdig alt werden können. Gott sei Dank werden wir alle älter. Wir wollen das aber in Würde tun, und wir wollen auch in Würde sterben können. Dazu gehört, dass wir die Pflege so regeln müssen, dass Menschen – und das sind heute nicht nur arme Menschen – es sich leisten können, in Würde zu altern. Es ist eine große Herausforderung für unsere Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit nicht nur zu propagieren, sondern sie zu leben und durchzuführen.

Der DGB ist ein starker Partner in diesem Diskussionsprozess. Der DGB und die Einzelgewerkschaften werden zu Recht ihre Stimme erheben, und ich hoffe, lieber Michael Sommer, dass auch von diesem 18. Bundeskongress viele Signale aus-

gehen werden. Ihr werdet gehört werden, und das ist notwendig.

Herzlich willkommen also! Und noch ein Tipp: Das Programm ist tough, aber ich habe eine Bitte an die vielen Delegierten, die nicht aus Berlin oder Brandenburg kommen: Geben Sie Ihr Geld in Berlin aus; das schafft Arbeitsplätze! (Starker Beifall)

(erneuter Auftritt der Performancekünstler – Starker Beifall)

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Ich bedanke mich bei Dir, lieber Klaus Wowereit. Ich wusste gar nicht, dass Du Dich auch als DGB-Vorsitzender bewerben willst. Es war eine tolle Rede. (Beifall)
Wenn ich eine persönliche Bitte an Dich äußern darf: Bleib' bei Deinem Engagement für die Arbeitsplätze in Berlin. Das Gleiche gilt für Matthias Platzeck. Wir haben hier, in meiner Heimatstadt, eine ganz schwierige Situation. Wenn ich sehe, mit welchem Elan und auch mit welchem Mut die Menschen hier für den Erhalt industrieller Arbeitsplätze kämpfen, und wenn dann der Regierende Bürgermeister von Berlin sagt, wenn eine Firma wie die FIAT-Tochter CNH 70 Millionen Euro Subventionen kassiert hat und hier ihren Betrieb schließt, wollen wir auch die Subventionen zurück, dann ist das die richtige Position, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Besonders aber möchte ich mich bei Ihnen bedanken, Herr Bundespräsident. Ihre Rede war bemerkenswert. Ich glaube, dass Sie vielfach zitiert werden, und zwar auch deshalb, weil Sie an einigen Stellen sehr wohl den Finger in die Wunde gelegt haben. Sie haben deutlich gemacht – und ich werde das im Verlauf dieses Kongresses auch aufgreifen –, dass wir die Frage der Internationalisierung der Finanzmärkte und auch die Moral in der Wirtschaft zu unseren Themen machen müssen. Dafür bedanke ich mich bei Ihnen sehr herzlich, Herr Bundespräsident. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte! Hiermit ist die Eröffnungsveranstaltung geschlossen. Wir sehen uns um 15 Uhr hier im Saal pünktlich wieder. Herzlichen Dank. (Beifall)

(Unterbrechung des Kongresses: 12.58 Uhr)

•

(Fortsetzung des Kongresses: 15.00 Uhr)

Totenehrung

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, liebe Delegierte! Wir setzen den Kongress fort.

Ich bitte Euch, beziehungsweise Sie, sich von den Sitzen zu erheben. (Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Sie haben sich mit ihrer Arbeit und ihrem persönlichen Engagement um die deutsche Gewerkschaftsbewegung verdient gemacht. Stellvertretend für alle möchte ich hier nennen:

Karl Hauenschild, von 1969 bis 1982 Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, verstorben am 28. Februar 2006 im Alter von 86 Jahren.

Günter Volkmar, von 1976 bis 1980 zweiter Vorsitzender der Gewerkschaft HBV, bis 1988 Vorsitzender der HBV, verstorben am 22. Februar 2006 im Alter von 82 Jahren.

Ursula Wolfring, von 1978 bis 1983 stellvertretende Landesbezirksvorsitzende des DGB Bayern, verstorben am 17. Februar 2006 im Alter von 79 Jahren.

Erich Frister, von 1968 bis 1981 Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, verstorben am 30. Oktober 2005 im Alter von 78 Jahren.

Günter Döding, von 1978 bis 1989 1. Vorsitzender der Gewerkschaft NGG, verstorben am 8. August 2005 im Alter von 74 Jahren.

Kurt van Haaren, von 1982 bis 2001 Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft, verstorben am 13. Juli 2005 im Alter von 66 Jahren.

Heinz Kluncker, von 1964 bis 1982 Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, verstorben am 21. April 2005 im Alter von 80 Jahren.

Martin Heiss, von 1972 bis 1980 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, verstorben am 8. März 2005 im Alter von 82 Jahren.

Hans Büttner, von 1982 bis 1989 DGB-Kreisvorsitzender in Ingolstadt, verstorben am 18. September 2004 im Alter von 59 Jahren.

Max Nagel, von 1985 bis zu seinem Tod am 20. März 2004 Kreis- beziehungsweise Regionsvorsitzender des DGB in Mannheim. Er wurde 54 Jahre alt.

Georg Drescher, von 1970 bis 1984 DGB-Vorsitzender des Landesbezirks Niedersachsen/Bremen, verstorben am 17. Februar 2003 im Alter von 82 Jahren.

Wilhelm Rothe, von 1969 bis 1978 Vorsitzender des DGB Bayern, verstorben am 22. Januar 2003 im Alter von 87 Jahren.

Maria Weber, von 1956 bis 1982 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, ab 1972 stellvertretende Vorsitzende des DGB, verstorben am 25. Juni 2002 im Alter von 83 Jahren.

Karl Schwab, von 1969 bis 1975 DGB-Landesbezirksvorsitzender Baden-Württemberg, von 1974 bis 1982 Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes. Verstorben am 25. Juni 2003 im Alter von 82 Jahren.

An dieser Stelle möchte ich auch an den früheren Bundespräsidenten Johannes Rau erinnern, der am 27. Januar 2006 im Alter von 75 Jahren von uns gegangen ist. Er war ein verlässlicher Freund der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Lasst uns allen in Stille gedenken. Wir werden sie und ihre Arbeit nicht vergessen.

Ich bedanke mich bei Euch. (Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir kommen nun zur Konstituierung des Kongresses.

Die Antragsberatungskommission ist nach Paragraf 7 Ziffer 9 der DGB-Satzung vom Bundesvorstand in seiner Sitzung am 7. Februar 2006 aus den Reihen der Delegierten gewählt worden. Es handelt sich um Dietmar Schäfers, IG BAU, Edeltraud Glänzer, IG BCE, Ulrich Freese, IG BCE, Marianne Demmer, GEW, Berthold Huber, IG Metall, Wolfgang Rhode, IG Metall, Michaela Rosenberger, NGG, Bernhard Witthaut, GdP, Uta Trusch, TRANSNET, Uwe Foullong, ver.di. Ihr findet die Namen in den Beratungsunterlagen auf blauem Papier unter der Registernummer 4.

Zu den nächsten Punkten der Konstituierung wird der Vorsitzende der Antragsberatungskommission, Kollege Berthold Huber, die Empfehlungen der Antragsberatungskommission vortragen. Berthold, ich bitte Dich, hochzukommen und das Wort zu ergreifen. - Ist Berthold im Saal? - Da es sich um eine wichtige Formalie handelt, warte ich einen kleinen Moment. - Wenn nicht, hat Berthold auch Stellvertreterinnen beziehungsweise Stellvertreter, die aber den Sprechzettel nicht haben.

Ich versuche jetzt mal, zu improvisieren, spreche den Text von Berthold Huber.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Gäste! Zu den Aufgaben der Antragsberatungskommission gehört es nicht nur, Beschlussempfehlungen zu den Anträgen zu erarbeiten und auszusprechen. Sie, die Kommission, bereitet auch Vorschläge für die Konstituierung des Kongresses vor. Unsere Vorschläge sind Euch mit den gesamten Kongressunterlagen rechtzeitig zugesandt worden.

Als erstes rufe ich die Tagesordnung auf. Ihr findet sie in den Beratungsunterlagen im ersten Teil auf blauem Papier mit der Registernummer 1. Sie enthält sieben Punkte. Ihr habt sie sicherlich alle zur Kenntnis genommen. Deshalb möchte an dieser Stelle darauf verzichten, sie vorzulesen.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme dieser Tagesordnung. Nun steht hier im Text von Berthold Huber: Jetzt antwortet Michael Sommer. Und dann geht es weiter: Wünscht zu dieser Tagesordnung jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Damit kann ich davon ausgehen, dass diese Tagesordnung so von Euch akzeptiert wird. Sie ist beschlossen.

Zur Beratung der Geschäfts- und Wahlordnung gebe ich jetzt das Wort an Berthold Huber. (Beifall)

Berthold Huber, Vorsitzender der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir gehen über zur Geschäfts- und Wahlordnung. Ihr findet sie nach der Tagesordnung auf der nächsten Seite in Euren Beratungsunterlagen unter Registernummer 2. Gegenüber dem 17. Ordentlichen DGB-Bundeskongress wurde die Geschäftsordnung in folgenden Punkten verändert:

Die Redezeit beträgt für jede Rednerin und jeden Redner bis zu zehn Minuten. Hinzugefügt wurden also die zwei Worte „bis zu“.

Bei Ziffer 8 – Anträge – wurde eine Änderung hinsichtlich der Anzahl der Unterschriften bei Abänderungsanträgen vorgenommen. Ihr könnt das in Euren Unterlagen verfolgen. Es sollen zehn Unterschriften genügen, wenn es einen entsprechenden Beschluss gibt, der vom DGB-Bundesvorstand oder einer Mitgliedsorganisation eingereicht wurde. Ihr könnt das in Ziffer 8 der Geschäfts- und Wahlordnung sehen. Dort sind die Voraussetzungen erläutert.

Ziffer 10 – Wahlen – wurde insofern geändert, dass als abgegebene Stimmen bei der Wahl der drei weiteren Vorstandsmitglieder die Stimmzettel gelten, die mit höchstens drei Stimmen gekennzeichnet sind. Die Voraussetzung des letzten

Bundeskongresses, dass mindestens zwei Namen gekennzeichnet sein müssen, ist weggefallen. (Vereinzelt Beifall)

In Ziffer 8 findet Ihr auch unseren Vorschlag, dass Initiativanträge und Abänderungsanträge bis Montag, dem 22. Mai 2006, um 18 Uhr hier beim Präsidium eingereicht sein müssen. Der 22. Mai ist heute. Das sieht auf den ersten Blick etwas knapp aus. Wir sind uns aber sicher, dass die Anträge von Euch schon im Vorfeld bearbeitet worden sind. Für das Sammeln der Stützunterschriften müsste die Zeit reichen. Im Übrigen kann die Antragsberatungskommission Euch Unterstützung beim Schreiben der Anträge anbieten. Ich bitte Euch, falls Ihr diese Unterstützung braucht, Euch an die Antragsberatungskommission zu wenden.

Die Antragsberatungskommission wird heute noch die eingereichten Initiativ- und Abänderungsanträge sichten, sie beraten und mit Beschlussempfehlungen versehen.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt die Annahme der Geschäfts- und Wahlordnung in der Euch vorliegenden Form.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Danke, Berthold. Berthold Huber hat noch einmal auf einige wichtige Punkte aufmerksam gemacht. Gibt es eine Wortmeldung zur vorgelegten Geschäfts- und Wahlordnung? – Ich sehe keine Wortmeldung; das ist also nicht der Fall. Dann gehe ich davon aus, dass Ihr mit der vorgeschlagenen Geschäfts- und Wahlordnung einverstanden seid. Sie ist dann in der von der Antragsberatungskommission empfohlenen Form beschlossen.

Nach der Geschäfts- und Wahlordnung, die wir soeben beschlossen haben, hat der Kongress die Antragsberatungskommission zu bestätigen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Dies ist nicht der Fall. Damit ist die Antragsberatungskommission bestätigt.

Ich übergebe zur Wahl des Präsidiums an Berthold Huber.

Berthold Huber, Vorsitzender der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen nun zur Wahl des Präsidiums.

Ihr könnt unseren Vorschlag unter der Registernummer 3 abgedruckt sehen. Es handelt sich um die beziehungsweise den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die beziehungsweise den Stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, weiter um den Kollegen Dieter Scholz, Vorsitzender des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg, weiter um die Kolleginnen und Kollegen Sinischa Horvat von der IG BCE, Anne Jenter von der Gewerkschaft GEW, Wolf Jürgen Röder von der IG Metall, Ralf Damde von der Gewerkschaft TRANSNET, Sabine Lange von ver.di.

Das ist unser Vorschlag. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen, dass sie sich für die Leitung des Kongresses zur Verfügung gestellt haben. Die Antragsberatungskommission bittet den Kongress um Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Danke, Berthold. Gibt es zum Vorschlag von Berthold Huber und der Antragsberatungskommission für die Zusammensetzung des Präsidiums andere Vorschläge? – Auch das ist nicht der Fall. Der Vorschlag ist damit angenommen.

Berthold, Du hast weiter das Wort.

Berthold Huber, Vorsitzender der Antragsberatungskommission

Nach der Ziffer 3 der soeben beschlossenen Geschäfts- und Wahlordnung ist eine Mandats- und Wahlprüfungskommission zu wählen, die aus elf Delegierten – männlich und weiblich - besteht. Den Vorschlag der Antragsberatungskommission findet Ihr in den Beratungsunterlagen unter der Registernummer 5. Es gibt jetzt drei Änderungen. Ich trage deshalb den Vorschlag noch einmal insgesamt vor.

Es sind Roland Kern von der IG BAU, Andrea Pichottka von der IG BCE, Petra Kronen von der IG BCE, Petra Grundmann von der Gewerkschaft GEW, Klaus-Dieter Salewski von der IG Metall, Bruno Neumann gleichfalls von der IG Metall, Kerstin Philipp von der GdP, Petra Gangl von TRANSNET, Birgit Tragsdorf von ver.di und Klaus Wefelmeier, ebenfalls von ver.di.

Die Antragsberatungskommission empfiehlt Euch, die unter der Registernummer 5 aufgeführten Kolleginnen und Kollegen, die von mir ergänzt worden sind, zu wählen.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Kolleginnen und Kollegen! Gibt es Einwände gegen den Vorschlag der Antragsberatungskommission? (Zuruf von Franz-Josef Möllenberg) Weil Ihr den Kollegen Franz-Josef Möllenberg nicht verstehen konntet, versuche ich mal, das zu wiederholen. Franz-Josef sagte, der Kollege Frank Block von der NGG sei nicht genannt worden. Er soll aber Mitglied der Kommission sein. Wir tragen das hiermit nach?

Berthold Huber, Vorsitzender der Antragsberatungskommission

Ja, okay!

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Alles klar, danke. Gibt es weitere Einwände gegen den Vorschlag der Antragsberatungskommission? – Das ist nicht der Fall. Somit ist auch die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission gewählt.

Wir haben damit die Tagesordnungspunkte 1 und 2 erledigt. Ich schlage vor, dass wir jetzt eine 15-minütige Pause machen – aber auch nicht länger -, damit sich das Präsidium und andere konstituieren können. Herzlichen Dank.

(Unterbrechung: 15.18 Uhr)

•

(Fortsetzung des Kongresses: 15.32 Uhr)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch das Präsidium begrüßt Euch ganz herzlich. Wir bedanken uns für das Vertrauen und hoffen, dass wir gemeinsam einen guten Bundeskongress schaffen. Ich habe die Ehre, Euch durch diesen Nachmittag zu führen, nach unserer internen Arbeitsaufteilung unseren Nachmittag des Rückblicks auf vier Jahre Arbeit im DGB.

Vorab möchte ich aber – ich glaube, ich kann das auch in Eurem Namen tun – den Organisatorinnen und Organisatoren für die gelungene Auftaktveranstaltung danken und ihnen gratulieren. (Beifall)

Wir haben differenzierte Worte des Bundespräsidenten gehört, an die wir, glaube ich, ganz gut anknüpfen können – ein deutlicher Kontrast zu den anderen Ansprachen, die wir auch schon gehört haben. Und wir haben einen kämpferischen Regierenden Bürgermeister erlebt, der im Überschwang gleich mal Berlin mit Brandenburg vereinigt hat.

Auf uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Delegierten, schaut die Mitgliedschaft – und nicht nur sie: Ihr entnehmt der heutigen Presseschau, mit wie viel journalistischer Akribie wir beobachtet und kommentiert werden. Es geht um unsere weitere Arbeit. Wir sollen wegweisende Beschlüsse fassen, erhellende Debatten führen. Und ich möchte gleich am Beginn auch sagen: Die Würde des Menschen sollte auch unter uns bei etwaigen Kontroversen unser gemeinsames Maß sein für den Umgang miteinander. (Zustimmung)

Aber genug der Vorrede, liebe Kolleginnen und Kollegen. Lasst uns ans Werk gehen!

Bevor wir in den Punkt 3 unserer Tagesordnung eintreten, bitte ich noch um Verständnis für einige organisatorische Hinweise: Wie immer der übliche Hinweis, Handys abzuschalten. Wer unbedingt mit der Welt in Verbindung bleiben muss, bitte, es gibt auch ein Programm „Lautlos“.

Die Raucherinnen und Raucher werden gebeten, nur außerhalb des Plenarsaals zu rauchen; wahrscheinlich gibt es deswegen auch keine Aschenbecher auf den Tischen.

Ich möchte auch noch einmal das betonen, was Berthold Huber schon gesagt hat: Initiativ- und Änderungsanträge bitte bis heute um 18 Uhr beim Präsidium einreichen.

Wir haben heute Abend ein großes Fest vor uns. Die Busabfahrt ist für 19 Uhr geplant. Das engt unseren Zeitrahmen für die Beratungen heute etwas ein. Details am Schluss des Tages.

Nun aber zum Geschäftsbericht des Vorstands. In der Reihenfolge werden berichten: Michael Sommer, Ursula Engelen-Kefer, Ingrid Sehrbrock und Dietmar Hexel. Heinz Putzhammer ist ja leider aufgrund schwerer Krankheit verhindert. Ich glaube, wir sollten ihm von hier aus einen herzlichen Genesungswunsch senden. (Beifall) Sein Bericht soll in schriftlicher Fassung ausgeteilt werden, und die mündlichen Ergänzungen werden vorgetragen, praktisch in den Geschäftsbericht eingearbeitet, bei Michael Sommer für den Bereich Finanzen, bei Ursula Engelen-Kefer für die Tarifpolitik, bei Ingrid Sehrbrock für Handwerk und beim Dietmar für Struktur- und Wirtschaftspolitik.

So viel zu den Vorbemerkungen. Jetzt möchte ich Michael Sommer bitten, seinen Geschäftsbericht abzugeben. – Michael, Du hast das Wort.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Delegierte! Der Satz ist so platt wie wahr: Wir leben in schnelllebigen Zeiten, Zeiten, in denen rasend viel passiert, gerade auch Dinge, mit denen man wirklich nicht rechnen konnte. Oder hätten Ihr vor vier Jahren gedacht, dass wir in der vergangenen Amtsperiode zwei Bundestagswahlen haben würden? Manches, was wir erlebt haben, geriet schnell in Vergessenheit. Anderes wird verklärt.

Es gehört zu den guten Traditionen der deutschen Gewerkschaften, am Beginn eines Gewerkschaftskongresses zurückzublicken und Rechenschaft abzulegen. Es ist auch gut, dass wir dies verbinden mit einer Debatte um die künftige Orientierung. Was wir in den vergangenen vier Jahren gemeinsam geleistet und erlebt haben, könnt Ihr im schriftlichen Geschäftsbericht auf 239 Seiten mit allen Anlagen nachlesen.

Meine Aufgabe und die Aufgabe meiner Kolleginnen und Kollegen aus dem Geschäftsführenden Bundesvorstand wird es nun sein, die Schlaglichter zu benennen und die Fragen zu beantworten: Was war uns wichtig? Was haben wir erreicht und was nicht? Worauf können wir aufbauen? Was müssen wir in Zukunft anders machen?

Kolleginnen und Kollegen! Vor vier Jahren, im Mai 2002, hatten wir noch gehofft, gemeinsam mit der rot-grünen Bundesregierung das Grundübel der Massenarbeitslosigkeit mit Erfolg bekämpfen zu können. Mehr noch: Wir wollten den sozialen Konsens der Gesellschaft erneuern, ja sogar mehr Gerechtigkeit verwirklichen. Fast euphorisch erklärten wir, wir wollten unser Land sozial gerecht modernisieren.

Die gesellschaftliche Realität ist eine andere: Die Arbeitslosigkeit liegt immer noch um die Rekordmarke von fünf Millionen. Trotz neuer Regierung und dem beginnenden Aufschwung ändert sich daran wenig.

Jeder weiß: Dieses Land wartet darauf, dass es spürbar besser wird. Das ist übrigens nicht nur unsere Messlatte, sondern auch die Messlatte der Bürgerinnen und Bürger an die Arbeit der Großen Koalition. In punkto sozialer Gerechtigkeit ist die gesellschaftliche Realität in den vergangenen vier Jahren auch nicht besser geworden. Die sozialen Sicherungssysteme sind heute weniger zukunftsfest denn je. Das Los der Langzeitarbeitslosen hat sich mit Hartz I bis IV nicht verbessert. Im Gegenteil! Die Politik des Förderns und des Forderns ist gescheitert, und sie ist verloren. Mit dem Fordern sind sie fix, und beim Fördern können sie nix. So muss man das leider zusammenfassen. (Zustimmung)

Kolleginnen und Kollegen! Wir fragen: Wo sind eigentlich all die Arbeitsplätze, in die sich die Leute zügig vermitteln lassen sollen? Das ist die eine Seite der gesellschaftlichen Realität, zu der auch die Zukunftssorgen von Millionen, die Hoffnungslosigkeit Hunderttausender Jugendlicher, die Angst vor dem sozialen Absturz von Menschen gehören, die heute noch Arbeit haben. Im deutlichen Kontrast dazu steht die Bilanz der meisten deutschen Unternehmen. Die vergangenen vier Jahre liefen für sie prächtig; sie gehören zu den erfolgreichsten der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Verstehen wir uns recht: Niemand hat etwas dagegen, dass es den deutschen Unternehmen gut geht, schon gar nicht ihre Beschäftigten. Aber es ist und bleibt eine Schande, dass dieser wirtschaftliche Erfolg an den meisten Menschen unseres Landes spurlos vorbeigegangen ist, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Mehr noch: Sie verdienen prächtig, und trotzdem mären und jammern sie und kriegen den Hals nicht voll. Wie oft haben wir es in den vergangenen Jahren gehört: Die Löhne sollen immer weiter herunter, und dafür wollen sie immer weniger in unser Gemeinwesen investieren. Unternehmenssteuern sind in dieser Welt von

Übel, und die Beiträge der Arbeitgeber zur Krankenkasse erst recht.

Doch wir sollten uns vor plumpen Verallgemeinerungen hüten: Es gibt durchaus Unternehmer, die wissen, dass aus Eigentum auch eine soziale Verpflichtung erwächst.

Aber immer mehr scheint das Leitbild des ehrbaren Kaufmanns durch das Zerrbild des renditegierigen Managers ersetzt zu werden. Ich halte das für fatal für die weitere Entwicklung unseres Landes.

Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den vergangenen vier Jahren dagegegngehalten. Wir waren nicht immer erfolgreich, aber wir sollten unser Licht auch nicht unter den Scheffel stellen. Ich erinnere daran, dass es uns gelungen ist, gegen härteste Widerstände die Tarifautonomie zu verteidigen. Die Gewerkschaften haben in schwieriger Zeit Tarifverträge mit Arbeitgebern abgeschlossen und dafür gekämpft, dass jeder von seiner Hände Arbeit auch leben kann. Wir haben in vielfachen Auseinandersetzungen auf der betrieblichen und gesellschaftlichen Ebene dafür gestritten, dass Arbeitsplätze gesichert und Standorte erhalten bleiben. Wir haben Flexibilität und Standfestigkeit zugleich bewiesen und haben gezeigt, dass es dort, wo mit der Tarifautonomie verantwortungsvoll umgegangen wird, tatsächlich besser werden kann, sei es in Sachen Qualifizierung oder mit Branchenlösungen zur Sicherung und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen. Der DGB hat dabei seine verbindende Funktion konsequent wahrgenommen, und er wird auch künftig die Solidarität organisieren, wie er es auch getan hat bis hinein in die vergangene Woche beim Arbeitskampf des öffentlichen Dienstes der Länder.

Kolleginnen und Kollegen! Lasst mich noch einmal zurückkommen auf unser Verhältnis zur anderen Seite, den Verbänden der Arbeitgeber, der Industrie, des Handwerks und des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Noch 2002 bis hin zum Februar 2003 hat es vielfältige Bemühungen gegeben, das „Bündnis für Arbeit“ mit neuem Leben zu erfüllen, ja sogar es zu institutionalisieren. Dieser Versuch musste scheitern, weil sich die Radikalen im Arbeitgeberlager durchgesetzt hatten. Sie wollten das „Bündnis für Arbeit“ zur Show-Bühne degradieren und waren nicht bereit, auch nur eine einzige konkrete Verabredung für mehr Beschäftigung oder mehr Ausbildungsplätze zu treffen.

Heute, mit dem Abstand von drei Jahren, will ich dazu feststellen: Das „Bündnis für Arbeit“ ist tot. Und mit ihm auch der Versuch, über eine korporatistische Dreierbeziehung von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Regierung Probleme erfolgreich zu lösen. Natürlich gibt es noch Kontakte und Gespräche zwischen dem DGB und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft. Diese wird es auch weiterhin geben. In Einzelfragen können wir uns sogar verständigen: von der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerdienstleistungen bis hinein in Detailfragen der beruflichen Bildung. Aber solange die Radikalen im Wirtschaftslager den Ton angeben, wird es darüber nicht hinausgehen. Niemand kann von uns erwarten, dass wir zusammenarbeiten, vertrauensvoll sogar, mit Präsidenten, die die Lehrlingsgehälter um ein Drittel kürzen wollen. Niemand kann von uns erwarten, dass wir mit einem Präsidenten zusammenarbeiten, der die flächendeckende Einführung von staatlichen Lohnsubventionen fordert und zugleich verlangt, dass die Patienten künftig für jeden Arztbesuch fünf Euro zahlen, während sie ihren eigenen Krankenkassenbeitrag einfrieren wollen. Mit solchen Menschen kann man zwar sprechen, aber eine Zusammenarbeit mit ihnen ist kaum möglich. Ich sage das ausdrücklich. (Lebhafter Beifall)

Dass Gerhard Schröder im Februar 2003 dieses Bündnis endgültig beerdigte, war also nur konsequent.

Kolleginnen und Kollegen! Konsequenter war er auch in seiner Friedenspolitik. Es ist und bleibt das historische Verdienst des Bundeskanzlers Gerhard Schröder,

Deutschland aus dem fatalen Krieg im Irak herausgehalten zu haben. Und auch wir haben uns aktiv als Teil der weltweiten Friedensbewegung an den Massendemonstrationen und den vielen Mahnwachen gegen den Krieg beteiligt.

Nicht alle Massendemonstrationen haben Gerhard Schröder allerdings wirklich beeindruckt. Ich denke da an die Auseinandersetzung um die Agenda 2010, genauer gesagt, an die so genannten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen. Auch heute noch bin ich davon überzeugt: Der Kurs der Agenda 2010 war und bleibt falsch, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Das hat jedoch nichts daran geändert, dass Rot-Grün versucht hat, unsere Proteste auszusitzen. Und die damalige Opposition hat so getan, als ob sie uns nicht wahrnehmen müsste. Auch unsere Alternativen wollte man nicht hören. Hinzu kam noch, dass wir uns inhaltlich zwar weitgehend einig waren in der Beurteilung dieses Teils der Agenda 2010, aber nicht immer im gemeinsamen Vorgehen.

Dennoch: Am 3. April 2004 haben über eine halbe Million Menschen in Berlin, Stuttgart und Köln die Regierenden zur Umkehr aufgerufen. Gehört wurden sie nicht, genauso wenig wie viele Demonstrationen der Betroffenen. Auch aus unserem Arbeitnehmerbegehren und den Wahlniederlagen von Niedersachsen bis Nordrhein-Westfalen wurden nicht die richtigen Schlüsse gezogen.

Resümierend will ich feststellen: Die Quittung haben beide bekommen bei der vorgezogenen Bundestagswahl am 18. September 2005. Rot-Grün hat die Mehrheit nicht behalten, und die Union hat sie nicht bekommen.

Anzumerken bleibt, dass wir uns gerade wegen der heftigen Diskussion über das richtige Vorgehen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik darauf verständigt haben, uns inhaltlich in die politischen Auseinandersetzungen einzubringen und strikter denn je unsere parteipolitische Unabhängigkeit zu wahren. Das haben wir im Wahlkampf so gehalten, und das war auch gut so.

Wir haben Tarifautonomie und Mitbestimmung eingeklagt und gesichert. Darüber hinaus haben wir unsere Politikfähigkeit hin zu den beiden großen Volksparteien, aber auch zur Opposition wirklich verbessert. Ich füge allerdings mahnend hinzu: Das heißt natürlich noch lange nicht, dass wir mit unseren Anliegen durch sind. Im Gegenteil.

Von der Rente mit 67 bis zum erfolglosen Ausbildungspakt bleiben die Konflikte bestehen. Aber es gibt viele politische Felder, auf denen wir Fortschritte erzielen konnten. Als Beispiel nenne ich ausdrücklich das Vorhaben der Großen Koalition, den Niedriglohnsektor neu zu ordnen. Aber ich füge hinzu: Wir sind noch lange nicht durch, und nicht jedes Signal ist gut.

Uns geht es bei der Neuordnung des Niedriglohnsektors darum, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, die Ausdehnung des Entsendegesetzes auf alle Branchen sicherzustellen und die Einschränkung prekärer Beschäftigung zu erreichen, beispielsweise Minijobs. Wir werden jedenfalls weiter gegen Armutslöhne und die Vernichtung sozialversicherter Arbeit kämpfen, Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall) Hier sind sowohl die Kanzlerin als auch der Vizekanzler gefordert. Das wird eines der zentralen Themen der politischen Auseinandersetzung dieses Jahres bleiben.

Dass Gewerkschaften und Regierung durchaus erfolgreich zusammenarbeiten können, hat die Auseinandersetzung um die europäische Dienstleistungsrichtlinie bewiesen. Doch vertun wir uns nicht. Von nichts kommt nichts. *Wir*, die Gewerkschaften, waren es, die in einem zwei Jahre andauernden Konflikt um die Bolkestein-Richtlinie Druck gemacht haben.

Ich erinnere beispielhaft an die großen europäischen Demonstrationen in Brüssel, Berlin und Straßburg. Am Ende stand ein Beschluss des Europäischen Parla-

ments, der weitgehend unsere Forderungen und Anliegen aufnahm. Aus dem Verlauf des Konfliktes können wir übrigens manches lernen:

Erstens. Wir können auch europäische Themen politisieren. Das hat ja mancher von uns nicht für möglich gehalten.

Zweitens. Unsere Kolleginnen und Kollegen erreichen wir vor allem dann, wenn wir zeigen, wie schändlich im modernen Ellenbogenkapitalismus mit arbeitenden Menschen umgegangen wird, von den Fleischern bis zu den Fliesenlegern.

Drittens. Wir tun gut daran, eine breite Bündnispolitik zu betreiben und sowohl die parlamentarischen Kräfte als auch die Kirchen, Sozial- und Umweltverbände, ja, auch das Handwerk einzubinden. Mir jedenfalls hat es gefallen, dass unsere Demonstration im Februar dieses Jahres in Berlin unterstützt wurde von Rot, Grün und Schwarz, vom Handwerk, von Umwelt- und Sozialverbänden bis hin zu sozialen Bewegungen, Kolleginnen und Kollegen.

Zu einem Rückblick gehört natürlich auch die Familienpolitik. In aller Bescheidenheit sage ich: Wir sind nicht ganz schuldlos daran, dass das Elterngeld in das Wahlprogramm der SPD aufgenommen wurde und nun von der Großen Koalition eingeführt wird.

Auch in den lokalen Bündnissen für Familien werden wir uns weiter engagieren. Auf unserer Habenseite steht auch, dass es gelungen ist, die Leiharbeit aus der Schmuddelecke herauszuholen, vernünftige Arbeitsbedingungen gesetzlich gesichert zu haben und sie tarifpolitisch zu gestalten.

Auch den Umbau der Bundesagentur für Arbeit haben wir konstruktiv begleitet. Es war richtig, den Arbeitgebern nicht das Feld zu überlassen. Das gilt auch für die Arbeitsmarktpolitik genauso wie für die generelle Debatte über eine vernünftige Wirtschaftspolitik.

Ich will ausdrücklich daran erinnern, dass wir angetreten sind, die Meinungsführerschaft der Kapitaleseite zu brechen. Dieses Bollwerk hat erste Risse. Ich denke da an die aktuelle Diskussion über einen gesetzlichen Mindestlohn. So weit waren wir übrigens in der weltpolitischen Debatte im Kampf gegen die Durchführung politisch noch nie. Und an die inzwischen doch wieder weit verbreitete Einsicht will ich auch erinnern, dass man von seiner Arbeit menschenwürdig leben können muss.

Wenn aber Gesamtmetall weiterhin Millionen für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bereitstellt, dann ist dies ein klarer Hinweis darauf, dass die Kapitaleseite ihre Meinungsführerschaft in der Publizistik, der Politik und der Wissenschaft ausbauen will und dass sie bereit ist, dafür zu zahlen. Noch schwimmen viele Wissenschaftler und Journalisten auf der gleichen neokonservativen Welle. Wer da an Zufälle glaubt, hat sich mit den Aktivitäten der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und vergleichbaren Veranstaltungen nicht wirklich auseinandergesetzt. Aber auch hier gilt: Wer gar nicht erst versucht, dem etwas entgegenzusetzen, der hat schon kapituliert. Wir aber werden niemals kapitulieren.

Auch deshalb werden wir die Renaissance der makroökonomischen Debatte mit allen Kräften unterstützen und die Rückkehr von wirtschaftlicher Vernunft und Logik fördern. Ich freue mich ausdrücklich darüber, dass die Hans-Böckler-Stiftung diesen Prozess nun aktiv begleitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein wichtiger Teil unserer Arbeit ist und bleibt die internationale Gewerkschaftspolitik. Ich freue mich, dass Guy Ryder, der Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, Gelegenheit haben wird, auf diesem Kongress uns über den Stand der Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationalen zu informieren. Ich will von mir aus nur anmerken, dass der DGB diesen Prozess maßgeblich unterstützt hat und weiter unterstützen wird. Denn ich bin zutiefst davon überzeugt: Wir brauchen eine starke gewerk-

schaftliche Stimme, um die Diskussion mit der ILO, der Welthandelsorganisation, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds zum Beispiel zur weltweiten Achtung der Kernarbeitsnormen erfolgreich abschließen zu können.

Nicht zuletzt steht auch vor uns die Aufgabe, die internationalen Finanzmärkte sozial zu regulieren. Auch dafür brauchen wir eine schlagkräftige internationale Gewerkschaftsbewegung.

Und was für die Welt gilt, gilt für Europa natürlich auch. Wir haben uns im europäischen Gewerkschaftsbund engagiert. Wir sind präsent in Brüssel und in Straßburg; wir arbeiten erfolgreich im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss mit. Dennoch bleibe ich dabei: Wir müssen die europapolitische Arbeit des DGB und der DGB-Gewerkschaften noch wesentlich verbessern, konzentrieren und ausbauen. Das ist eine meiner wichtigsten Erkenntnisse der vergangenen vier Jahre. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Wir werden noch viel auf diesem Kongress über die Trendwende reden. Und ich sage Euch: Wir brauchen die Trendwende gerade auch in der Mitgliederentwicklung. Da gibt es nichts zu beschönigen. Im Saldo haben wir Jahr für Jahr Hunderttausende von Mitgliedern verloren. Die Gründe sind vielfach diskutiert. Natürlich ist ein Hauptgrund die Massenarbeitslosigkeit. Aber ist es nicht auch so, dass in weiten Bereichen in den vergangenen Jahrzehnten das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer aktiven Mitgliederwerbung geschwunden ist? Ist es nicht auch so, dass ein Streit untereinander eher abschreckend auf Nichtmitglieder wirkt? Ich bin froh, dass wir uns gemeinsam vorgenommen haben, die Trendwende in der Mitgliederentwicklung zu schaffen. Ihr wisst, das ist ein gemeinsames Projekt der Gewerkschaften und des DGB.

Es hat zwei Komponenten: Zum einen wollen wir uns technisch besser vernetzen, mit einem Arbeitsklima-Index die Gesellschaft fortlaufend über die Entwicklung der Arbeitswelt informieren und neue Wege finden, um die Menschen von uns und der Notwendigkeit, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, zu überzeugen. Zum anderen kann Mitgliederwerbung natürlich nicht von oben verordnet werden. Gefordert sind wir alle.

Und dass wir Erfolge erzielen können, nicht zuletzt mit einer mitgliedernahen Tarif- und Betriebspolitik, beweisen viele Werbeerfolge der Gewerkschaften oder auch unsere guten Ergebnisse bei der Werbung junger Menschen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich bei Wahlergebnissen bin, muss ich hinzufügen: und natürlich auch die guten Wahlergebnisse bei den Betriebsratswahlen. Eine schlechte Mitgliederentwicklung hat ja mehrere fatale Konsequenzen. Zum einen verbessern wir so nicht unsere Durchsetzungsfähigkeit in der politischen Debatte, um das einmal dezent auszudrücken. Man könnte es auch verschärft sagen. Und zum anderen gibt es natürlich auch finanzielle Folgen. In den vergangenen Jahren musste der DGB mit jeweils drei Prozent geringeren Einnahmen auskommen. Das kann man zwei, drei Jahre verkraften. Aber irgendwann geht es an die Substanz.

Ich kenne ja die hehren Ansprüche vom Erhalt der Flächendeckung bis hin zum Auflegen neuer Projekte. Doch ich will es ganz deutlich sagen: Wir können uns vieles davon abschnüren, wenn es nicht gelingt, den Trend in der Mitgliederentwicklung zu drehen. Ich sage das deshalb so eindringlich, weil ich glaube, dass wir die Diskussion nicht sozusagen auf zwei Ebenen führen können. Die eine Ebene spiegelt berechnete Ansprüche wider, und auf der anderen Ebene reden wir über ökonomische Zwänge.

Um es ganz deutlich zu sagen: Ja, auch ich will Flächendeckung. Ich will handlungsfähige DGB-Regionen. Mein Leitbild eines Gewerkschaftssekretärs ist nicht das eines Berufskraftfahrers mit gewerkschaftlicher Nebentätigkeit. Ich will hand-

lungsfähige Bezirke, die Präsenz des DGB bei jeder Landesregierung. Und natürlich müssen wir die Präsenz vor Ort erhalten und die Erreichbarkeit für die Mitglieder verbessern. Aber – ich wiederhole es bewusst –: Das geht nur dann, wenn wir uns am Riemen reißen und wirklich die Trendwende schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr wisst, dass Heinz Putzhammer schwer erkrankt ist. Er kann an unserem Kongress nicht teilnehmen. Mit wirklich bewundernswerter Kraft kämpft Heinz gegen seine tückische Krankheit. Er ist auf dem Weg der Besserung, und wir hoffen mit ihm, dass er diesen Kampf gewinnt. – Heinz, wir wünschen Dir alles Gute! (Starker Beifall)

Heinz Putzhammer hat uns, wie das Präsidium schon gesagt hat, an seiner Stelle über die Arbeit des Vorstandsbereiches in der vergangenen Kongressperiode zu berichten. Dass ein schriftlicher Bericht vorliegt, haben wir genannt – ebenso wer Heinz auf welchen Feldern vertreten hat.

Ich habe Heinz in der Finanzpolitik des DGB vertreten und sie im vergangenen Jahr mitverantwortet. Deswegen will ich in Vertretung über drei Punkte berichten. Erstens. Es geht um die Umstrukturierung der Beteiligungsgesellschaft der Gewerkschaften der BGAG. Wir haben unsere Strategie, uns von unseren Unternehmens- und Finanzbeteiligungen zu trennen, weitgehend umgesetzt. Wir hatten diesen Prozess mit der Veräußerung der Anteile an der BfG-Bank an die SEB Bank begonnen und ihn in 2002 und 2003 mit dem Verkauf der Anteile an der DiBa an die niederländische ING Bank fortgesetzt.

Die aktuell schwierige Situation in der Bankenbranche, vor allem bei der Allgemeinen Hypothekbank Rheinboden AHBR AG, an der die BGAG zu 50 Prozent beteiligt war, hatte uns Ende des Jahres 2004 bestärkt, diese eingeschlagene Strategie zu beschleunigen.

Mit dem Verkauf der BGAG-Anteile am BHW-Konzern im Oktober, mit dem Verkauf der BauBeCon im November und dem Verkauf der AHBR haben wir den überwiegenden Teil der Umstrukturierungen der BGAG zu einem guten Ende gebracht.

Ich will übrigens auch sagen: Wir haben personelle Konsequenzen ziehen müssen und die für die Misere verantwortlichen Vorstände entlassen. Wir hatten erkannt, dass wir aufgrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen zukünftig nicht mehr in der Lage sein würden, unsere Beteiligungen erfolgreich weiterzuführen. Nicht zuletzt unsere Beiträge zum Sanierungskonzept bei der AHBR haben uns dies schmerzlich vor Augen geführt.

Wir haben das Problem gelöst, und zwar nicht zulasten Dritter, sondern so, dass die Verbindlichkeiten der BGAG abgebaut werden konnten und unsere Interessen als Gesellschafter gewahrt blieben.

Zum zweiten: Der Kongress hat uns im Jahr 2002 beauftragt, alles zu unternehmen, um unsere Gewerkschaftshäuser zu modernisieren und sie zu einer attraktiven Anlaufstelle für unsere Kolleginnen und Kollegen zu machen. Diesen Auftrag umzusetzen, war und bleibt Aufgabe der Vermögens- und Treuhandgesellschaft des DGB. Im Klartext: Von 95 Immobilien im Bestand der VTG erfüllen inzwischen 42 Häuser, also fast die Hälfte, den vom Kongress geforderten Standard. Das zeigt: Es ist manches geleistet worden, aber es wird noch eine Periode brauchen, um alle Häuser vernünftig umzugestalten. Daneben können 28 moderne Häuser, die im Besitz der Mitgliedsgewerkschaften sind, ebenfalls von allen Gewerkschaften gemeinsam genutzt werden.

Neben dem bereits eingeleiteten Umbau der Gewerkschaftshäuser hat die VTG drei Pilotprojekte aufgelegt, in denen neben der baulichen Sanierung die Voraussetzungen für eine organisatorische Änderung der Arbeitsabläufe geschaffen wer-

den. Es handelt sich um die Gewerkschaftshäuser in Kassel, Gießen und Düsseldorf. Dort geht es im Wesentlichen um die gemeinsame Nutzung von zentralen Einrichtungen durch alle Gewerkschaften, die in dem jeweiligen Haus vertreten sind. Außerdem hat die VTG einen Leitfaden entwickelt, der den Gewerkschaften vor Ort helfen soll, moderne Konzeptionen für die Nutzung ihres Hauses zu entwickeln und umzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum dritten. Über die Finanzsituation des DGB gibt der schriftliche Geschäftsbericht ausführlich Auskunft. Ich will grundsätzlich feststellen, dass trotz der finanziell angespannten Lage unsere Finanzen geordnet sind und wir jederzeit in der Lage waren und sind, unsere Aufgaben zu erfüllen. Dafür danke ich Heinz Putzhammer, Norbert Haak, der Haushaltskommission des Bundesvorstands mit Franz-Josef Möllenberg an der Spitze, unserem Finanzausschuss und der Revisionskommission. (Beifall)

Zum Schluss: Dank sagen will ich auch den Kolleginnen und Kollegen meines Vorstandsbereichs, die in den vergangenen vier Jahren eine sehr gute Arbeit geleistet haben. Ich hebe bewusst keinen von ihnen heraus, weil jeder und jede auf seine oder ihre Art mir geholfen hat. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesvorstandsverwaltung. Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen aus dem Geschäftsführenden Bundesvorstand für die kollegiale Zusammenarbeit. Wir wissen, es waren harte Zeiten, aber erst in schweren Zeiten sieht man, wie wichtig Kollegialität und Solidarität auch und gerade in der Führung sind.

Vor allem aber möchte ich unseren Mitgliedern, also den acht Gewerkschaften im DGB, für ihren Zusammenhalt in ihrem Bund danken. Gemeinsam haben wir das Schiff der Gewerkschaften in rauer See auf richtigem Kurs gehalten. Es ist richtig, dass wir debattieren über den richtigen Weg, dass wir auch manchmal streiten. Es gibt eben unterschiedliche Interessen und unterschiedliche Auffassungen. Nie aber haben wir die gemeinsame Basis, die uns eint, in Frage gestellt, nämlich Solidarität und das Streben, die Würde des arbeitenden Menschen zu schützen. Wir sind die Schutzmacht der kleinen Leute, und das werden wir auch bleiben. Dies auch deshalb, weil Millionen zu uns stehen und weil Hunderttausende sich aktiv engagieren in ihren Gewerkschaften, aber auch im DGB. Ohne dieses ehrenamtliche Engagement, Kolleginnen und Kollegen, wären wir nichts. Deshalb gilt der Dank dieses Kongresses den Frauen und Männern, die Tag für Tag in praktischem Tun für die Idee der freien Gewerkschaftsbewegung eintreten. – Ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Michael, vielen Dank. – Als Nächste hat das Wort die Kollegin Ursula Engelen-Kefer für die mündliche Ergänzung des Geschäftsberichts. – Bitte schön, Ursula.

Dr. Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Die Bilanz in unserer Tarif- und Sozialpolitik hat, wie das so im richtigen Leben zugeht, Licht und Schatten. Da ich Heinz Putzhammer in der Tarifpolitik vertreten muss, möchte ich zuallererst meinen Respekt und meine Anerkennung für Eure Leistungen in der Tarifpolitik ausdrücken. Ich weiß, wie Ihr gekämpft habt. Wo wir konnten, haben wir versucht, Euch zu unterstützen. Ich darf nur zwei besondere Ergebnisse hervorheben. Einmal den Tarifabschluss in der Metallindustrie. Da ist es endlich gelungen, den Kollegen mehr Geld ins Portemonnaie zu bringen, aber auch soziale Innovationen zu erreichen durch mehr Weiterbildung und auch eine bessere Altersvorsorge. Und ich möchte auch

meinen Respekt und meine Anerkennung gegenüber den Gewerkschaften ver.di, GdP und GEW ausdrücken, die in lange währenden Arbeitskämpfen ein schieres Wunder erreicht haben, nämlich einen Tarifvertrag in den Ländern, und die ebenfalls eine generelle Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden zu verhindern wussten. Das ist ein wichtiges Ergebnis. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Deshalb unser Respekt, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir wissen doch alle: Es ist noch nicht lange her, da wurden wir Gewerkschaften plötzlich zum Sündenbock erklärt, als Tarif- und Sozialkartell beschimpft, als Arbeitslosenindustrie verleumdet und schließlich als Plage verunglimpft. Doch wir haben uns nicht klein kriegen lassen, weder in der Tarifpolitik und in den Betrieben, noch im Kampf um die Zukunft unseres Sozialstaats. Auch hier möchte mich zuallererst ganz besonders bei Euch bedanken. 35.000 Betriebs- und Personalräte haben in unserer Initiative „Es läuft nur mit Tarifvertrag“ gekämpft, damit gesetzliche Öffnungsklauseln vermieden wurden. Und wir haben das geschafft. Wir haben den Durchmarsch der Neoliberalen verhindert. Wir sind Gestaltungsmacht und Gegenmacht, und das werden und wollen wir auch bleiben. (Beifall)

Doch auch wenn der Ton inzwischen wieder ruhiger geworden ist: Täuschen wir uns nicht. Die neoliberalen Demagogen in Form der Miegels oder Sinns sind weiter unterwegs – auf Samtpfoten in den Talkshows, getarnt durch wohlklingende Institutionen und massiv gesponsert aus Teilen der Wirtschaft. Wir dürfen ihren so simplen wie falschen Parolen nicht auf den Leim gehen. Ihr erlebt es doch tagtäglich in den Betrieben und Verwaltungen. Der Druck auf Löhne, Arbeitszeiten, Weihnachts- und Urlaubsgeld nimmt zu. Wir im DGB müssen dafür sorgen, dass das, was Ihr in der Tarif- und Betriebspolitik mühsam erkämpft, nicht durch den Abbau von Sozialleistungen und Arbeitnehmerrechten wieder zunichte gemacht wird. (Beifall)

Wir müssen auch deshalb, Kolleginnen und Kollegen, dafür sorgen, dass unser Sozialstaat und die soziale Sicherung gerechter finanziert werden und für die Kolleginnen und Kollegen bezahlbar bleiben. Ich habe Schwierigkeiten, Kolleginnen und Kollegen, wenn gerade die Fragen um die Finanzierung der sozialen Sicherung immer auf die Lohnnebenkosten reduziert sind. Wer finanziert denn die sozialen Sicherungssysteme? Das sind doch wir mit unseren Beiträgen und nicht nur die Unternehmen mit den so genannten Lohnnebenkosten. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wer wünscht nicht, dass die Sozialbeiträge sinken und damit mehr netto im Portemonnaie übrig bleibt? Doch was haben wir davon, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer infolge von Sozialkürzungen immer mehr aus der eigenen Tasche berappen müssen? Wir dürfen einer solchen Milchmädchenrechnung der Privatisierer nicht auf den Leim gehen. Da bleibt nicht mehr netto übrig. Das ist ein riesiges Verlustgeschäft, und die Solidarität geht verloren. Wir wollen die solidarische Finanzierung der sozialen Sicherung erhalten, und wir wollen sie stärken. (Beifall)

Dabei müssen wir dafür sorgen, dass auch die Unternehmen, vor allem die großen Kapitalgesellschaften, die Top-Manager, die Millionäre und die reichen Erben ihren Beitrag dazu leisten. Nur dann wird es eine Lösung geben für eine gerechte Finanzierung der sozialen Sicherung. (Beifall)

In keinem Politikfeld gab es in den letzten Jahren so viele Reformen wie in der Arbeitsmarktpolitik. Wir haben in mühseligster Kleinarbeit mitgeholfen, dass die Beschäftigten in den Arbeitsagenturen effizienter arbeiten können und die Vermittlung gestärkt wird. Es ist uns gelungen, die Dauer der Arbeitslosigkeit und die Kosten dafür zu reduzieren. Aber eines bleibt richtig und wahr: Auch die beste Vermittlung kann keine Arbeitsplätze aus dem Hut zaubern, und deshalb bleibt nach wie

vor richtig: Wenn wir einen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten wollen, brauchen wir eine aktive Beschäftigungspolitik. Und daran müssen wir auch die Große Koalition messen. (Beifall)

Hartz IV sollte als Wunderwaffe gegen Arbeitslosigkeit eingesetzt werden. Was wurde uns nicht alles versprochen: Passgenaue Vermittlung, Betreuung aus einer Hand, weniger Bürokratie und weniger Verschiebebahnhöfe.

Das Ergebnis ist ernüchternd: Viel Chaos, mehr Bürokratie und neue finanzielle Verschiebebahnhöfe – und die Langzeitarbeitslosen bleiben auf der Strecke. Fördern und fordern, das ist bisher nur eine Fassade für Sozialabbau, Zumutungen und Schikanen für Arbeitslose.

Fördern kommt nicht in Gang. Man muss sich das einmal vorstellen: 2005, in einem Jahr steigender und sich verfestigender Langzeitarbeitslosigkeit, sind drei Milliarden Euro, die für aktive Arbeitsförderung zur Verfügung standen, leider nicht abgeflossen. Deshalb ist es so wichtig, dass unsere Vorstellungen für eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik endlich in die Tat umgesetzt werden. Daran arbeiten wir. Wir haben sehr klare Vorstellungen für eine nachhaltige Qualifizierung. Die haben wir mit Euch gemeinsam erarbeitet für eine betriebsnahe Qualifizierung, damit diejenigen, die an Weiterbildung teilgenommen haben, danach auch eine qualifikationsgerechte Beschäftigung finden.

Es ist unerträglich, dass die Weiterbildung im Zuge der Sparmaßnahmen inzwischen um zwei Drittel eingeschränkt worden ist. Damit wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Diese Politik müssen wir wieder umdrehen. Das können wir nur gemeinsam. Wir setzen uns dafür ein. (Beifall)

Ebenfalls ist es unerträglich, dass in den Job-Centern das Einzige, was an Fördern für Langzeitarbeitslose übrig geblieben ist, die massenhafte Zuweisung in Ein-Euro-Jobs ist. 630.000 Eintritte allein im Jahr 2005 in derartige Arbeitsverhältnisse. Wir wissen inzwischen, und zwar durch Eure Erfahrungen in den Regionen, in den Betrieben, vor allem aber in den Verwaltungen, dass hiermit massenhaft Arbeitsplätze abgebaut, ersetzt werden. Da haben wir mit Zitronen gehandelt. Wir wollen neue Arbeitsverhältnisse, nicht einen Abbau regulärer Arbeit durch derartige Ein-Euro-Jobs. (Leichter Beifall)

Deshalb haben wir sehr klare Vorschläge entwickelt und sind auch dabei, überall wo wir können, in den Selbstverwaltungen der Arbeitsagenturen, im Verwaltungsrat, in den Regionen gegenüber der Politik deutlich zu machen, wo unsere Alternativen liegen. Die werden nämlich per Gesetz vorgesehen. Wir brauchen dazu gar keine Änderung der Gesetze. Wir brauchen auch nicht neues Geld. Das Geld ist bei den Job-Centern mit annähernd sieben Milliarden Euro! Aber wir brauchen den Willen der Politik, hierzu endlich mittel- und längerfristige Beschäftigungsprojekte zu machen mit vernünftigen gesellschaftlichen Aufgaben, mit tariflicher oder ortsüblicher Entlohnung und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Das sind wir den jungen und den älteren Arbeitslosen, vor allem denjenigen, die nicht in den ersten Arbeitsmarkt hineinkommen können, schuldig. Daran müssen wir weiterarbeiten. Wir sind dabei, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Deshalb sollten wir jetzt nicht von Optimierung von Hartz IV sprechen. Eine Optimierung brauchen wir nicht. Wir brauchen eine Generalüberholung. Eine solche Generalüberholung kann aber nicht sein, dass noch mehr Druck auf Arbeitslose ausgeübt wird. Wir haben ja schon die Vorschläge von Spitzenpolitikern der Großen Koalition, die ALG-II-Leistungen weiter zu streichen. Das ist keine Lösung, denn das trifft alle gleichermaßen. Ich finde es nicht mehr vermittelbar, dass die Arbeitslosen, die vorher jahrzehntelang hart gearbeitet haben, die Steuern und Sozialversicherung bezahlt haben, in Zukunft nach einem Jahr irgendwo in der Sozialhilfe landen und den Offenbarungseid leisten müssen. Dann sollen denen

auch noch die ALG-II-Leistungen gekürzt werden. Das halte ich nicht für eine richtige Politik. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Trotz vieler Arbeit ist es uns nicht gelungen, eine vernünftige Regelung der Zumutbarkeit zu erreichen. Wir waren so weit! Im Bundestag haben wir es wieder hinbekommen. Zumutbar sollte nur Arbeit für Langzeitarbeitslose sein, wenn tarifliche und ortsübliche Löhne gezahlt werden. Ihr wisst alle, was passiert ist. In der denkwürdigen Nacht des Vermittlungsausschusses ist auch dies wieder gekippt worden. Heute müssen Langzeitarbeitslose alle Tätigkeiten annehmen, bis zur Sittenwidrigkeit. Deshalb müssen wir alles tun, um hier eine Haltelinie nach unten durch einen Mindestlohn einzuziehen. Daran müssen wir arbeiten. Das müssen wir gemeinsam hinkriegen. (Beifall)

Ich habe auch in Vertretung von Heinz Putzhammer und in Abstimmung mit ihm versucht, in den Gewerkschaften ein gemeinsames Konzept für Mindestlöhne hinzukriegen. Ich glaube, wir können ganz froh sein, dass es uns zumindest gelungen ist, eine breite Mehrheit zu finden. Eine breite Mehrheit für eine Kombination von tariflichen und gesetzlichen Mindestlöhnen. Natürlich ist bei uns mit einer gut ausgebauten, gut funktionierenden Tarifautonomie darauf zu achten, dass die Tarifautonomie erhalten bleibt.

Da, wo wir können, müssen wir Mindestlöhne tariflich aushandeln. Wir brauchen deshalb eine Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, damit wir zu einer erleichterten Allgemeinverbindlichkeit unserer tariflichen Ergebnisse kommen können und die BdA uns dabei nicht ständig blockieren kann. Deshalb ist unsere gemeinsame Forderung an die Politik eine Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche. Daran müssen wir arbeiten. Es wird in Kürze hoffentlich einen Tarifabschluss geben für die Zeitarbeit, und zwar für Mindestlöhne in der Zeitarbeit, weil inzwischen auch die Zeitarbeitsverbände Angst haben vor der Schmutzkonkurrenz und vor den Dumpinglöhnen.

Ich wäre froh, wenn es uns gemeinsam gelingen würde, diesen Abschluss zu Ende zu bringen und dann sicherzustellen, dass diese Mindestlöhne für Zeitarbeiter als allgemeinverbindlich erklärt werden. (Beifall)

Schließlich wissen wir, und das wird immer deutlicher: Niedriglöhne gibt es inzwischen in Deutschland zuhauf, nicht nur im Osten, sondern auch in vielen Bereichen des Westens. Wir brauchen keine Niedriglohnsektoren. Die haben wir mehr als genug. Wir brauchen auch keine flächendeckenden Kombilöhne, denn dies ist ein Fass ohne Boden und würde die Niedriglohnsektoren noch mehr ausweiten.

Aber wir brauchen auch für die Bereiche, in denen es uns nicht gelingen kann, tarifliche Mindestlöhne zu vereinbaren, oder in denen tarifliche Mindestlöhne unter einem Mindestniveau liegen, einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, und der darf 7,50 Euro nicht unterschreiten. Dafür sollten wir gemeinsam kämpfen. (Beifall)

Wir haben Euch hierfür einen entsprechenden Initiativantrag vorgelegt. Ich wäre dankbar, wenn Ihr uns grünes Licht geben könntet für Weiterarbeit. Natürlich müssen wir sehen, so weit wie möglich alle gemeinsam zu agieren und möglichst viele zusammenzuhalten, denn nur wenn wir alle gemeinsam auftreten, sind wir stark. Aber gerade unsere Kolleginnen und Kollegen im Niedrig- und Niedrigstlohnsektor würden kein Verständnis dafür haben, wenn wir die Chancen, die sich jetzt in der Politik auftun zu einem gesetzlichen Niedriglohn, ohne Ergebnisse verstreichen lassen. Deshalb bitte ich Euch um Eure Unterstützung. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Wir haben endlich den Erfolg, dass es demnächst ein Gleichbehandlungsgesetz geben soll und damit vier Richtlinien der EU in Gesetzgebung umgesetzt werden sollen; teilweise schon mit Strafen belegt, weil die Zeit der Umsetzung überschritten ist.

Wir haben lange daran mit Euch gearbeitet, wir haben viele Detailvorschläge erarbeitet und in die Politik eingebracht. Und es ist wichtig, dass wir jetzt den Kernbestandteil der Arbeitnehmerrechte gegen Diskriminierung auch erhalten. Das Getöse der Ministerpräsidenten macht mich etwas stutzig. Wir müssen zusammenstehen und sicherstellen, dass das Klagerecht, das wir erreichen konnten für Gewerkschaften und Betriebsräte, nicht wieder verwässert wird.

Wir wissen doch alle: Wenn einzelne Arbeitnehmer auftreten und persönlich klagen müssen gegen Diskriminierungen, werden sie das nicht tun, weil sie Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Deshalb muss es möglich sein, dass Gewerkschaften und Betriebsräte für die Kolleginnen und Kollegen dieses Klagerecht auch entsprechend übernehmen. Das kann unter anderem auch ein Stückchen mehr in Richtung Gleichstellung sein. Deshalb bitte ich auch hier um Eure tatkräftige Unterstützung. (Beifall)

Michael Sommer hat schon das Elterngeld erwähnt. Wir haben hierzu gemeinsam in den Gewerkschaften detaillierte Vorarbeiten geleistet, gemeinsam als Frauen in den Gewerkschaften nach skandinavischem Vorbild. Ich finde, das ist ein richtiger Weg. Aber wir sollten auch von hier aus einen Appell an die Bundesregierung richten, an die Politik: Es darf nicht so sein, dass im Endeffekt die AL-II-Empfänger, die nach dem Erziehungsgeld weniger als bisher bekommen, die Zeche dafür bezahlen, dass die Besserverdienenden mehr bekommen. Deshalb muss das Gesetz in diesem Punkt korrigiert werden. (Beifall)

Familienpolitik, Michael Sommer hat es eben erwähnt. Ich möchte nur um eines bitten: nicht um neue Ehrlichkeit, sondern um eine echte Ehrlichkeit. Ich kann diese Krokodilstränen schon nicht mehr sehen, dass wir zu wenig Kinder haben. Woran liegt das denn, Kolleginnen und Kollegen? - Natürlich liegt das auch an den Kinderbetreuungseinrichtungen, die wir brauchen. Da ist viel getan worden, aber da muss noch mehr getan werden. Aber wie ist das denn, wenn jungen Menschen der Einstieg in die Arbeit verwehrt wird, wenn sie in Arbeitslosigkeit gedrückt werden? Die Generation Praktika, die Generation Leiharbeit – glaubt Ihr denn, dass solche jungen Menschen die Verantwortung für Familie und Kinder übernehmen können und sollen? Deshalb ist die beste Familienpolitik eine Politik für Arbeit, gerade auch für junge Menschen, und zwar für Arbeit, die auch anständig und ausreichend abgesichert ist. Dann darf man auch nicht den Kündigungsschutz für junge Menschen weiter kaputtmachen, Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Wir sind im 21. Jahrhundert, und noch immer ist der Verfassungsartikel zur Gleichstellung von Männern und Frauen nicht in die Realität umgesetzt. Ein Drittel weniger Einkommen, schlechtere Aufstiegschancen, weniger Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung. Deshalb, denke ich, muss Familienpolitik ergänzt werden durch eine wirksame Gleichstellungspolitik. Und deshalb müssen wir der Politik deutlich machen: Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz nicht nur für den öffentlichen Dienst. Das haben wir durchgesetzt. Wir brauchen auch ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft. Daran müssen wir weiter arbeiten, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wenige Bemerkungen möchte ich noch zu den Systemen der sozialen Sicherung machen. Wir haben hier ein Riesenproblem. Uns wird ständig vorgehalten: Ihr mit Eurer sozialen Sicherung seid die ewigen Beton- oder Zementköpfe. Die sind doch sowieso am Rande des Konkurses. Dann wird immer wieder auf die Demographie und auf die Globalisierung verwiesen. Kolleginnen und Kollegen! Wir dürfen diesen Argumenten nicht auf den Leim gehen. Natürlich müssen sich die sozialen Sicherungssysteme anpassen. Wir tun doch nichts anderes in den Selbstverwaltungen der Kranken- und Rentenversicherungen, in unserer politischen Arbeit gegenüber dem Gesetzgeber, als die soziale Sicherung im Krankheitsfall und im Alter, bei

Arbeitsunfällen und bei Arbeitslosigkeit an die veränderten Bedingungen anzupassen. Die wäre doch gar nicht mehr da, wenn wir nicht laufend Anpassungen mitmachen würden, um den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen.

Aber das, was jetzt ansteht, sind hausgemachte Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. 6,4 Millionen Minijobs, 630.000 Eintritte in Ein-Euro-Jobs, 300.000 Ich-AGs, das heißt doch nichts anderes als einen Verlust von Milliardenbeträgen bei den Einnahmen zur sozialen Sicherung. Das ist hausgemacht, Kolleginnen und Kollegen, und deshalb kann es auch hausgemacht wieder revidiert und verändert werden. Daran müssen wir weiter arbeiten, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Deshalb habe ich, haben wir - da war Klaus Wieseberg genauso beteiligt wie ich - in der Rürup-Kommission daran gearbeitet, durchzusetzen, dass wir wirkliche Reformen hinkriegen. Es ist uns nach den Ergebnissen der Rürup-Kommission leider nicht gelungen.

Das Ergebnis sind Kopfpauschalen in der Krankenversicherung und die Rente mit 67. Ich glaube aber doch, dass sich unsere Arbeit gelohnt hat, in der Rürup-Kommission, außerhalb der Rürup-Kommission und auch danach. Ich glaube, wir haben in der Öffentlichkeit den so genannten Mainstream dieser neoliberalen Gedanken drehen können. Wir haben inzwischen eine Mehrheit für unseren Vorschlag erreichen können, nämlich für den Vorschlag einer Bürgerversicherung in der Krankenversicherung. Wir haben in den Gewerkschaften hart darum gerungen, eine gemeinsame Linie hinzukriegen. Wir haben mehr Solidarität durch mehr Beitragszahler, mehr Solidarität durch die Einbeziehung von Kapitalerträgen in die Finanzierung und auch mehr Solidarität durch eine vernünftige Zusammenarbeit zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung geschafft. Das ist unsere Marschrichtung, mit der wir in die jetzige Auseinandersetzung um die Gesundheitsreform gehen. Deshalb können wir nicht akzeptieren, dass uns von den beiden Parteien der Großen Koalition ein Modell à la Kauder vorgelegt wird. Weder Kopfpauschalen noch Mini-Kopfpauschalen, noch ein allgemeiner Gesundheitsfonds, noch ein Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge sind irgendeine Perspektive für die Zukunft. Das ist der Marsch in den Sozialhilfestaat. Wir wollen aber die Zukunftsfähigkeit der Gesundheitspolitik und unseres Sozialstaates, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Auch bei der Rente, glaube ich, war es gut - dafür stehe ich ja auch persönlich; lange Zeit bin ich häufig angeprangert worden -, dass ich mich so hinter die solidarische umlagefinanzierte Rente gestellt habe. Heute bin ich recht froh darüber, und ich hoffe, recht viele mit mir. Ich kann das auch aus den vielen Briefen und Schreiben erkennen, die ich von unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bekomme. Es ist gut so, dass wir erreicht haben, dass zumindest bei der gesetzlichen Rentenversicherung auch in den nächsten Jahrzehnten ein bestimmtes Mindestniveau nicht unterschritten werden darf. Das haben wir gemeinsam als Gewerkschaften in das so genannte Reformgesetz von 2002 mit eingebracht.

Wir haben jetzt erreichen können, dass gesetzlich festgeschrieben wird, dass Rentenleistungen nicht reduziert werden dürfen. Die hätten doch schon längst gesenkt werden müssen, wegen der Ein-Euro-Jobs, wegen der Minijobs, wegen der Ich-AGs. Das haben wir zumindest verhindern können.

Aber ich glaube, die Schmerzgrenze nach unten ist inzwischen überschritten. Wir können nicht akzeptieren, dass das Rentenniveau und die Rentenleistungen weiter gesenkt werden durch die Rente mit 67, durch einen wie auch immer gearteten Nachholfaktor, sondern wir müssen dafür sorgen, dass das gesetzliche Rentenniveau aufrecht erhalten bleibt. Es muss sichergestellt werden, dass auch für die zukünftigen Generationen die gesetzliche Rente deutlich über der Sozialhilfe oder Grundsicherung liegt. Denn ansonsten haben wir keine Legitimation dafür,

Zwangsbeiträge für die gesetzliche Rentenversicherung erheben zu können. Das wird durch unser Grundgesetz und den Eigentumsschutz der Sozialversicherungsbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung geschützt, und das sollten wir auch entsprechend nutzen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Diese Vorstellungen müssen wir in die Praxis umsetzen, in die Politik einbringen. Wir haben dafür ein „Netzwerk für eine gerechte Rente“ gegründet. Wir sind dabei, entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Erste Aktionen sollen Mitte Juni stattfinden.

Ich glaube, Kolleginnen und Kollegen, es ist uns gelungen, die Stimmung auch für die Sozialpolitik ein wenig zu verbessern. Aber eines weiß ich auch klar: Gute Stimmung allein reicht nicht aus. Es kommt jetzt darauf an, dass wir mit allen verfügbaren Mitteln die Interessen unserer Mitglieder auch durchsetzen, auch und gerade gegenüber der Großen Koalition.

Unsere Vorstellungen zu all diesen Baustellen, die ich eben genannt habe, liegen bis ins Detail und mit Aktionsvorschlägen versehen auf dem Tisch. Deshalb, denke ich, müssen wir als DGB und Mitgliedsgewerkschaften unsere Kräfte bündeln. Machen wir aus dem Stimmungsumschwung eine echte Trendwende. Ich bin davon überzeugt, das ist auch eine gute Werbung für mehr Mitglieder, und dafür stehe ich, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Liebe Ursula, vielen Dank für Deinen bemerkenswerten mündlichen Geschäftsbericht.

Ich rufe auf die Kollegin Ingrid Sehrbrock. - Ingrid, Du hast das Wort.

Ingrid Sehrbrock, Mitglied des DGB-Bundesvorstands

Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, meine Damen und Herren! In den letzten Monaten war ich im Auftrag der Gewerkschaften zweimal in Indien. Ich habe dort mit der Bauarbeiterin Jeeviben und ihrer Familie drei Tage in einem Slum unterm löchrigen Wellblechdach gelebt. Ich bin mit ihr auch auf einer ungesicherten Baustelle gewesen und habe dort mit ihr gearbeitet. Ihr Alltag beginnt um 6 Uhr. Zwischen 8 und 18 Uhr schleppt sie Steine, transportiert Sand, mischt Mörtel, mauert. Abends kocht sie, macht den Haushalt, und ab 22 Uhr arbeitet sie für ihre Gewerkschaft SEWA. Das hat mich tief beeindruckt.

In Indien arbeiten 93 Prozent der Beschäftigten ohne Arbeitsvertrag und ohne jegliche soziale Absicherung. Krankheit, Unfall und Tod reißen die Familien in schwere Notlagen. Die Gewerkschaft SEWA organisiert ausschließlich Frauen aus dem so genannten informellen Sektor: Straßenhändlerinnen, Zigarettdreherinnen und eben auch Bauarbeiterinnen. Sie verhandelt mit Arbeitgebern, um wenigstens den Mindestlohn durchzusetzen. Mitglieder können sich bei SEWA für Krankheit und Alter absichern, aber das geschieht meist auf sehr niedrigem Niveau, weil sie auch nur niedrige Beiträge zahlen können. Und SEWA qualifiziert die Mitglieder, meist Analphabetinnen, persönlich, beruflich und für die Gewerkschaftsarbeit.

Die Delegation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), die im April in diesem Jahr in Indien bei SEWA war – und ich war dabei –, hat ein beeindruckend klares Votum für die Aufnahme von SEWA in den Bund ausgesprochen. Darüber freue ich mich, auch darüber, dass Namrata Bali, die Generalsekretärin von SEWA, heute auf unserem Kongress dabei ist. – Herzlich willkommen, Namrata. A very hearty welcome here to you! (Beifall)

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen und Arbeiter im informellen Sektor Indiens sind extrem unsicher. Aber auch bei uns, Kolleginnen und Kollegen,

breitet sich unsichere, prekäre Beschäftigung aus.

Wenn ich etwas aus Indien mitgebracht habe – und ich habe Mehreres aus Indien mitgebracht; wir können nämlich von SEWA einiges lernen –, dann insbesondere die Idee, dass der DGB und die Gewerkschaften sich stärker mit prekärer Beschäftigung befassen müssen. Vielleicht sollten wir überhaupt „unsichere Beschäftigung“ sagen. Ich denke, wir müssen uns stärker vernetzen, Strategien gemeinsam entwickeln und an einem Strang ziehen. Das ist in dieser Frage zwingend angesagt.

Denn, Kolleginnen und Kollegen, unsichere Beschäftigung ist auch in Deutschland kein Übergangsphänomen, das bei guter wirtschaftlicher Lage wieder verschwindet. Man muss sich nur die Arbeit auf Baustellen anschauen: Minijobs, Scheinselbstständigkeit in vielfältiger Form, Leiharbeit, Ich-AG – und seit neuestem die Praktikantenkarriere junger Menschen.

Praktika sind nämlich nicht mehr die Ausnahme. Die DGB-Jugend hat festgestellt, dass es oft in zwei Jahren vier, fünf und sechs Praktika hintereinander sind, und die sind unbezahlt oder schlecht bezahlt. Solche Praktikanten sitzen in Verlagen, in Werbeagenturen oder Architekturbüros, selbst in großen Unternehmen wie Bosch und VW. Ich finde, das ist ein Skandal. (Zustimmung)

Kolleginnen und Kollegen! Diese Praxis ist europaweit verbreitet. Deshalb haben wir am 1. April einen europäischen Aktionstag gegen die Ausbeutung von Praktikanten gemacht, und zwar außer in Deutschland auch in Italien, in Frankreich, in Belgien und in Österreich, wo es nämlich ähnliche Entwicklungen gibt.

Unternehmen ersetzen reguläre Arbeitsplätze durch Praktikanten und brechen damit auch das Recht. Gemeinsam mit den Betroffenen und mit dem Verein „Fair Work“ gehen wir gegen diese Praxis vor. Mit unserer Online-Checkliste zur Bewertung von Unternehmen stellen wir diejenigen an den Pranger, die Missbrauch betreiben. Und, Kolleginnen und Kollegen, das wirkt. Aber es reicht natürlich nicht. Hier ist die Politik gefragt. Ich denke, das sind wir den jungen Menschen, die eine gute Ausbildung haben, schuldig.

Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Ende 2002 das Projekt „students at work“ gestartet. Denn mehr als 60 Prozent der Studierenden jobben. Aber wir haben auch festgestellt, dass sie in aller Regel keine Ahnung haben, welche Rechte sie eigentlich haben, wie es mit der Lohnfortzahlung ist, wie es mit der Krankenversicherung ist, was sie machen, wenn sie gekündigt werden. Viele sind ja auf das Geld angewiesen und stehen plötzlich ohne Geld da. Da ist es hilfreich, denke ich, wenn die Gewerkschaften, wenn die DGB-Jugend Beratung anbieten. Das nehmen sehr, sehr viele in Anspruch, und sie merken, dass es sich lohnt, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Es sind im Übrigen Tausende auf diese Weise Mitglied bei uns geworden.

Seit 2003 ist auch „Dr. Azubi“ im Web. Das ist inzwischen eine zentrale Anlaufstelle für Auszubildende. Wir haben ein Forum geschaffen, wo Auszubildende sich austauschen können und kompetente Hilfe und Beratung erhalten. Gleichzeitig lotst natürlich der DGB bei spezifischen Problemen zur richtigen Ansprechpartnerin und zum richtigen Ansprechpartner der zuständigen Gewerkschaft. Sie kriegen immer mehr Rückmeldungen auch über diese Website. Es lohnt sich übrigens, einmal darauf zu gehen, unter „www.dr-azubi“ nachzulesen, was junge Leute aus der Ausbildung, aus ihren Betrieben schreiben. Kolleginnen und Kollegen! Es stehen einem oft die Haare zu Berge. Wir kriegen viele Rückmeldungen nach dem Motto: Gut, dass es „Dr. Azubi“ gibt!

Wir helfen, wenn Azubis gemobbt werden, wenn sie nicht angemessen bezahlt werden, wenn sie Ärger mit dem Chef haben. Die Ausbildungswelt, Kolleginnen und Kollegen, ist ganz und gar nicht in Ordnung. Das mag in großen Betrieben anders sein, aber in den Klein- und Mittelbetrieben und den vielen Branchen, gera-

de im Bereich Nahrung und Genussmittel, im Hotel- und Gaststättenbereich beispielsweise ist es ein großes Problem. Häufig sind dort auch keine Betriebsräte, und die jungen Leute wenden sich dann Hilfe suchend an uns und sagen: „Wir wissen nicht mehr weiter; Ihr müsst uns jetzt helfen.“

Wir haben im Übrigen einen Teil der Fälle in unserem „Schwarzbuch Ausbildung 2005“ dokumentiert, und wir haben, glaube ich, damit wirklich aufgerüttelt. Das zeigt jedenfalls das Echo.

An dieser Stelle will ich mich auch einmal ausdrücklich bei der DGB-Jugend bedanken, denn sie hat dort ganze Arbeit geleistet. Dafür ganz, ganz herzlichen Dank! (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Auch die Qualität der beruflichen Bildung muss auf den Prüfstand. Es kann doch nicht sein, dass wir Bildungsstandards für Vorschulen, für Schulen, für Universitäten einfordern, aber bei der beruflichen Bildung tun wir das nicht. Deshalb werden wir die Qualität der Ausbildung in den Berufsbildungsausschüssen zum Thema machen, auch wenn die Kammern sich noch heftig wehren. Wir werden in dieser Frage nicht nachgeben, denn es geht auch darum, dass junge Menschen mit einer guten Ausbildung gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Kolleginnen und Kollegen! 25 Prozent Abbrecher sind einfach zu viel. Dagegen muss man etwas tun. (Zustimmung)

Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass Vorurteile über Beamtinnen und Beamte auch in unseren Reihen durchaus gepflegt werden. Aber wenn in 18 Tagen die Fußballweltmeisterschaft beginnt, werden es die Kolleginnen und Kollegen der Polizeien der Länder und des Bundes sein, sämtlich Beamtinnen und Beamte, die dafür sorgen, dass die WM ein Fußballfest wird. Feuerwehrleute werden viele von uns nicht ein einziges Mal in ihrem Leben in Anspruch nehmen. Aber wenn ein Unglück, gar der Katastrophenfall eintritt, sind wir dann nicht alle verdammt froh, dass die Feuerwehr schnell zur Stelle ist und professionell arbeitet und Leben rettet?

Und dann die Lehrerinnen und Lehrer. Oft wird die ganze Berufsgruppe diffamiert und mit ihr die unzähligen Kolleginnen und Kollegen, die sich engagieren und sich unverdrossen für ihre Schülerinnen und Schüler stark machen mit Theater-AGs, Schulorchestern, sozialen Projekten oder mit ganz persönlicher Hilfe.

Über eine halbe Million Beamtinnen und Beamte sind bei uns organisiert. Sie gehören zu den treuesten Mitgliedern und sie dürfen zu Recht erwarten, dass wir sie gut vertreten. Deshalb war ihre Vertretung auch einer meiner Schwerpunkte. Ich will einige Beispiele nennen:

Noch immer kann der Gesetzgeber bequem per Gesetz und Verordnung Entgelte und Arbeitszeiten für Beamte diktieren. Da sind kein Verhandlungsrecht und schon gar kein Streikrecht in Sicht. Aber verlasst Euch darauf: Was in anderen europäischen Ländern geht – und in unseren Nachbarländern geht insoweit vieles –, kann in Deutschland nicht ausgeschlossen sein. Auf der Grundlage der von Deutschland unterzeichneten ILO-Richtlinien werden wir weiter für echte Verhandlungsrechte und für das Streikrecht der Beamtinnen und Beamten kämpfen. (Beifall)

Niemand hat etwas dagegen, dass Gesetzgebungsverfahren vereinfacht werden und dass Bürokratie abgebaut wird. Was sich aber die großkoalitionären Föderalismusexperten ausgedacht haben, ist schwer verdauliche Kost. Besoldung und Versorgung der Beamten, also deren Löhne und Alterssicherung, sollen die Länder zukünftig jedes für sich regeln. Das bedeutet 17 Besoldungsregelungen und 17 Versorgungsregelungen. Anfang der 70-er Jahre wurde diese Kleinstaaterei beendet, und jetzt soll sie wiederkommen.

DGB und Gewerkschaften haben am 10. Mai auf der Theodor-Heuss-Brücke, die

Rheinland-Pfalz mit Hessen verbindet, gegen dieses Föderalismus-Konzept protestiert. Kolleginnen und Kollegen haben Zollhäuschen errichtet und Schlagbäume aufgebaut, um zu zeigen, dass die Föderalismusreform ohne Not Grenzen errichten wird, wo Gott sei Dank heute keine mehr sind. Diese Reform wird den Besoldungswettbewerb anheizen, das Beamtenrecht zersplittern, den Personalwechsel erschweren und Bürokratie auf- statt abbauen. Deshalb sagen wir dazu nein. (Beifall)
Es gibt aber auch Lichtblicke. Der Bund will endlich einen Versorgungsfonds für Beamtinnen und Beamte einrichten. Der Gesetzentwurf ist gerade auf den Tisch gelegt worden. Warum der so wichtig ist? Weil die Länder und der Bund die Pensionen bisher aus dem laufenden Etat bezahlen müssen, also praktisch keine Rücklagen bilden. Wir haben dies seit langem gefordert. In Rheinland-Pfalz ist es längst gängige Praxis. Auch Nordrhein-Westfalen hat das Thema jetzt auf seiner Agenda. Das durchzusetzen, Kolleginnen und Kollegen, war zäh und langwierig. Aber wir sind auch ein bisschen stolz, dass uns dies endlich gelungen ist.

Beim Bundesinnenminister haben wir dafür gesorgt, dass der Gesundheitsschutz auf die Tagesordnung kommt. Der Krankenstand in der Bundesverwaltung ist hoch, und es werden längst nicht alle Möglichkeiten eines verbesserten Gesundheitsschutzes ausgeschöpft. Mit Minister Schäuble habe ich deshalb kürzlich verabredet, ein gemeinsames Projekt des DGB und des BMI zum Gesundheitsmanagement zu beginnen. Auch da hat sich das Bohren dicker Bretter ausgezahlt.

Kolleginnen und Kollegen! Nach einem schwierigen Jahr 2004 sind die Ruhrfestspiele, die gerade laufen, wieder im Aufwind. In diesem Jahr – die Ruhrfestspiele werden 60 – ist der Kartenverkauf auf Rekordhöhe gestiegen. Das Publikum konnte nicht nur zurückgewonnen werden, sondern, wie eine Zeitung schrieb, das Publikum hat auch immer noch einen mitgebracht. Deshalb ist der Kartenverkauf so hoch wie nie zuvor. Der Anteil der Jungen hat sich verdoppelt, und unsere Mitglieder sind seit 2005 die stärkste Besuchergruppe.

Kolleginnen und Kollegen! Wenn ganze Ensembles bereit sind, zu Sonderkonditionen für die Ruhrfestspiele zu spielen, oder wenn Künstler wie Otto Sander sich anbieten, in Sonntagsmatinees Shakespeare und Beckett zu lesen oder zu erläutern – und das haben sie getan, als es uns nicht so gut ging –, dann zeigt dies: Die Ruhrfestspiele haben viel persönliches Engagement mobilisiert.

Wer in letzter Zeit dort war, hat es sicherlich selber beobachten können: Wenn in den Pausen Großmütter, Enkel und Väter im Ruhrfestspielhaus im Roten Salon, im Café Jugendwahn oder in den Sitzkörben im Foyer die Beine baumeln lassen, dann wissen wir, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Ruhrfestspiele wieder für sich entdeckt haben. Da sind wir mit Frank Hoffmann auf einem guten Weg. Und das soll auch so bleiben. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Kulturelles und gesellschaftliches Engagement gehören für mich zusammen. Deshalb hat die DGB-Jugend im letzten Jahr den Bandwettbewerb „Gib dir eine Stimme“ ins Leben gerufen. Wir haben damit Bands ermuntert, politische Fragen aufzugreifen. Viele hatten sich beworben. Gewonnen hat eine Berliner Hip-Hop-Band „Verbale Interpretation“. Dieser Wettbewerb geht weiter, denn wir brauchen auch in der Musik Stimmen für Demokratie und Menschenrechte. Deshalb freue ich mich, dass wir diesen Wettbewerb weiterführen können. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Als ich im Jahr 2000 beim DGB begann, waren die bildungspolitisch Interessierten eine verschworene Gemeinschaft. Ihre Themen wurden in immer gleichen Zirkeln diskutiert. Aber auf der politischen Agenda standen sie doch ziemlich weit unten.

Internationale Vergleichsstudien wie zum Beispiel Pisa oder der jüngste Hilferuf aus der Rütli-Schule haben die Öffentlichkeit aufhorchen lassen. Heute bestätigen

uns Medien, Politik und Wirtschaft unisono, wie wichtig und richtig es war, dass wir hartnäckig geblieben sind bei Themen wie der Ausbildungsplatzlücke, der mangelnden Chancengleichheit, der fehlenden Integration von Zuwanderern.

Ich war vorletzte Woche in einem Autohaus in Brandenburg. Das bildet seit vielen Jahren aus. Es ist dafür bekannt, dass es auch solchen jungen Menschen eine Chance gibt, die nicht die brilliantesten Zeugnisse haben. Und es ist auch dafür bekannt, dass so gut wie alle Azubis die Prüfung schaffen, auch diejenigen mit schlechten Voraussetzungen, weil man dort ausbildungsbegleitende Hilfen in Anspruch nimmt.

Ein junger Mann, der dort jetzt im zweiten Lehrjahr als Einzelhandelskaufmann lernt, hat uns eine Geschichte erzählt. Nach über 200 Bewerbungen republikweit – auch nach Bayern und Baden-Württemberg – fand er schließlich doch in Brandenburg einen Ausbildungsplatz. Man will das ja oft nicht glauben, dass junge Menschen 200 Bewerbungen und mehr schreiben und trotzdem keine Stelle finden. Aber es ist die Wahrheit. Die Wahrheit ist auch: Das Selbstvertrauen dieser jungen Leute geht im Laufe der Zeit gegen Null. Sie können nur ein müdes Lächeln aufsetzen, wenn sie am Ende eines Vermittlungsjahres hören, dass alle Jugendlichen versorgt sind – so heißt das ja – bis auf 25.000, zu denen dann ausgerechnet sie gehören.

Dabei ist unser duales Bildungssystem immer noch da stark, wo andere europäische Systeme schwächeln: beim Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt. Da haben es schulische Systeme sehr viel schwerer. Dort dauert es in der Regel sieben Jahre, bis jemand in der Arbeitswelt Fuß gefasst hat. Das funktioniert bei uns besser.

Aber ein bildungspolitischer Standortvorteil wird aus unserem dualen System nur, wenn junge Menschen überhaupt eine Chance auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz haben. Hier aber hapert es gewaltig. Die Ausbildungsplatzangebote der Wirtschaft – wir haben es heute schon einmal gehört – sind seit Jahren trotz Ausbildungspakt rückläufig. In den vergangenen sechs Jahren – ich will nur eine einzige Zahl nennen – sind rund 200.000 Ausbildungsplätze verloren gegangen.

Deutlicher, Kolleginnen und Kollegen, kann nicht zum Ausdruck kommen, dass der Ausbildungspakt gescheitert ist.

Wir haben es oft genug erlebt: Selbstverpflichtungen sind etwas für die Gutwilligen. Sie machen das ja auch. Aber wir brauchen etwas für die Verweigerer. Wir brauchen verbindliche Regelungen: tarifvertragliche Regelungen, Branchenregelungen oder eine gesetzliche Umlage. Darin lassen wir uns nicht beirren.

Ich habe mich übrigens gefreut, dass im aktuellen Verhandlungspaket von ver.di für die Banken eine Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze um drei Prozent vorgesehen ist. Ich kann nur hoffen, dass das auch gelingt. (Beifall)

Dass rund zehn Prozent eines Altersjahrgangs die Schule ohne Abschluss verlassen, ist und bleibt ein gesellschaftlicher Skandal. Die Chancen für junge Menschen aus sozial benachteiligten Schichten, aus Familien mit einem Einwanderungshintergrund vor allem, sind noch schlechter. Sprachkompetenzen werden nach wie vor nur unzureichend gefördert. Und, Kolleginnen und Kollegen: Wer nicht lesen kann, kann auch nicht „googeln“.

Wir wollen eine gute Schule für alle. Für mich gehören hierzu: frühe Förderung, Ganztagsunterricht, sozialpädagogische Begleitung, leistungsgemischte Lerngruppen, kein frühes Aussortieren, kleinere Klassen, Teamteaching und bessere Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer. (Leichter Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, ich bin eine Verfechterin der Ganztagsschule. Ganztagsschulen eröffnen gerade denjenigen Chancen, die von zuhause wenig Unter-

stützung erhalten. Sie machen neue pädagogische Konzepte möglich; sie lassen Schülern und Lehrern mehr Zeit, Dinge selbst zu erarbeiten und den Nachmittag sinnvoll zu gestalten. Kinder individuell zu fördern: Hier ist es möglich.

Kolleginnen und Kollegen! Das leidige Thema Studiengebühren wird jetzt konkret. Einige Länder haben die Katze aus dem Sack gelassen. Dass die Hochschulen mehr Geld brauchen, um Forschung und Lehre zu verbessern, um sich auch mehr um die Studierenden zu kümmern, ist ja unbestritten. Für die Studierenden kostet das Studium heute aber schon im Schnitt rund 40.000 Euro. Schulden im fünfstelligen Bereich – darauf kann man wetten – werden viele junge Menschen vom Studium abhalten. Das wäre aber ganz fatal; denn wir brauchen mehr Studierende.

Wer aber junge Menschen nicht vom Studium abschrecken will, muss sich etwas anderes einfallen lassen. Ich denke, wir sollten mit der Politik über nutzungsbezogene Studienkonten reden, die mit dem modernen System der Credit Points verbunden werden können. Sie können auch dann den ganz individuellen Bedürfnissen der Studierenden gerecht werden, etwa wenn sie nebenbei jobben, in den „ASt'en“ aktiv sind oder sich um Kinder kümmern müssen. Darüber, finde ich, müssen wir in Kürze mit den Kultusministern ins Gespräch kommen.

Auch in der Bildungspolitik droht durch die Föderalismusreform eine neue Kleinstaaterei; denn so etwas wie das Ganztagschulprogramm der rot-grünen Bundesregierung, das ja bei allen Schwächen doch Impulse gesetzt hat, wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Der Bund darf nämlich dann zwar für die Hochschulen zahlen, aber mitreden darf er nicht mehr. In vielen Gesprächen haben wir auch das thematisiert. Ich gehe jedoch davon aus, dass die Parlamentarier in dieser Frage noch am beweglichsten sind, unseren Argumenten gegenüber offen sind und noch Änderungen beschließen.

Kolleginnen und Kollegen! Von meinem Kollegen Heinz Putzhammer habe ich vertretungsweise die Zuständigkeit für den Handwerksbereich übernommen. 2003 haben wir neue Leitlinien für die DGB-Handwerksarbeit beschlossen; denn mit den Vizepräsidenten der Handwerkskammern, die von uns gestellt werden, haben wir eine Chance, überbetrieblich Wirtschafts- und Strukturpolitik zu gestalten. Und dieses Instrument müssen wir weiter nutzen.

Auch in unserem Projekt „Beratungsoffensive im Handwerk“ – kurz: BoHa – kooperieren wir gut mit den Handwerkskammern. Wir wollen mit BoHa Lehrlingswarte und Ausbildungsberater der Kammern so qualifizieren, dass sie Auszubildende und Beschäftigte im Handwerk beraten können. Dies ist ja gerade für Klein- und Mittelbetriebe, die keine Personalabteilungen und keine Planungskompetenzen haben, wichtig. Handwerk und DGB ziehen hier an einem Strang.

In der Weiterbildung hat es in den letzten Jahren zu viel Rhetorik am Sonntag und zu wenig gute Praxis an den Werktagen gegeben. Wir wollten immer auch den Weiterbildungsdschungel lichten. Niemand sollte die Katze im Sack kaufen müssen. Deshalb waren uns Transparenz wichtig, klare Qualitätskriterien für Inhalte und Lehrangebote. Aber noch immer gilt: Die am besten Qualifizierten erhalten die besten Angebote, und sie zahlen oft nichts dafür. Migranten, Geringqualifizierte, Frauen und ältere Arbeitnehmer sind häufig die Gekniffenen. Hier Gerechtigkeit und Chancengleichheit durch Weiterbildungsansprüche für alle herzustellen, steht schon lange in unserem Forderungskatalog.

Ich freue mich deshalb, dass es uns gelungen ist, die Weiterbildung in der Koalitionsvereinbarung zu verankern. Darin steht: „Wir wollen mittelfristig die Weiterbildung zur vierten Säule des Bildungssystems machen und mit bundeseinheitlichen Rahmenbedingungen eine Weiterbildung mit System etablieren.“ Kolleginnen und Kollegen! Wenn das in dieser Legislaturperiode gelingt, dann ist das ein riesengroßer Schritt nach vorn. (Leichter Beifall)

Bundesbildungsministerin Schavan hat kürzlich Wissenschaftler in einen Innovationskreis Weiterbildung berufen. Jedoch: Diejenigen, die am nächsten dran sind – und das sind nun mal die Sozialpartner –, die sind nicht drin. Aber sie müssen ohne Zweifel eingebunden sein. Deshalb habe ich die Ministerin ausdrücklich aufgefordert, uns einzubeziehen; denn in aller Regel werden dort wichtige Weichenstellungen verabredet.

Mit dem Motto unseres Kongresses, „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“, wollen wir Mut machen, gegen den Strom zu schwimmen. Es geht uns um die Würde des Jugendlichen, dem signalisiert wird, dass man ihn nicht gebrauchen kann. Es geht uns um die Würde des Hochschulabsolventen, dessen hohe Motivation gnadenlos ausgebeutet wird. Es geht uns um die Würde der Mittvierzigerin, die nicht damit fertig werden kann, dass sie auf dem Abstellgleis enden soll. Und es geht uns um die Würde des Justizbeamten, der für eine Politik haftbar gemacht wird, die er nicht zu verantworten hat.

Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, dass die Politik Globalisierung noch wie eine Naturkatastrophe behandelt. Es wird Zeit, dass die Bundesregierung ihre Gestaltungsspielräume nutzt und den Primat der Politik zurückgewinnt.

Der Aufstieg von Indien zur bedeutenden Wirtschaftsmacht in Asien ist ein Beispiel für die zwei Gesichter der Globalisierung: die Hochglanzseite für die Gewinner – das sind die gut qualifizierten indischen Mittel- und Oberschichtler, für die sich alle Chancen auftun – und die schäbige Seite der Globalisierung für Menschen, die im 21. Jahrhundert als Tagelöhner, Straßenhändler, Bauarbeiterinnen und Landarbeiterinnen nicht einmal den Mindestlohn verdienen.

Den neoliberalen Wettbewerbsfetischisten im Betrieb, in der Politik und in den Medien ins Stammbuch: Flexibilisierung und Deregulierung sind keine Patentrezepte für alles und jedes. Das gilt ganz konkret für die Lockerung des Kündigungsschutzes, für gesetzlich verordnete betriebliche Bündnisse, für tariffreie Zonen und Löhne, die ins Bodenlose fallen, für soziale Netze, deren Maschen so groß sind, dass die meisten durchfallen.

Kolleginnen und Kollegen! Gerade in einer globalisierten Wirtschaft, wo ein knallharter Wettbewerb herrscht, sind die Gewerkschaften Hüterinnen der sozialen Gerechtigkeit, und Gerechtigkeit braucht Regeln, national und international. Auch dafür will ich mich einsetzen. – Ich danke Euch. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank. – Es folgt Dietmar Hexel. Dietmar, Du hast das Wort.

Dietmar Hexel, Mitglied des DGB-Bundesvorstands

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Nach fast eineinhalb Stunden Reden sehnt man sich eigentlich nach einer Pause und nicht nach einer weiteren Rede. (Beifall) Aber ich muss Eure Aufmerksamkeit noch etwas strapazieren – ich hoffe, nicht zu lange.

Zunächst etwas zu dem Bereich, den ich für Heinz Putzhammer stellvertretend ein Dreivierteljahr mit übernommen habe. Es geht um die Themen Struktur- und Energiepolitik und die Themen Wirtschafts- und Steuerpolitik. Das Meiste, was zu erledigen war, hat Heinz in disziplinierter Weise von zuhause aus gesteuert. Er hat ein sehr eingespieltes Team.

Technologieförderung, Industrie- und Innovationspolitik liegen Heinz sehr am Herzen und mir auch. Für uns gilt: Innovationen werden von Menschen gemacht, nicht von Technik. Man kann Innovationen nicht erzwingen. Sie sind vielmehr Ergebnis von Ideenreichtum, von Forschung und Wissenschaft, von Bildung und Weiterbil-

dung, letztlich von dem schöpferischen Elan der Beschäftigten. Heinz hat Recht: Wenn wir dazu beitragen wollen, dass unsere Wirtschaft vorne bleibt, müssen wir die Mitbestimmung als Treiber für Innovationen nutzen und Tarifverträge fördern, die Weiterbildung und Qualifizierung zum Ziel haben. „Besser statt billiger eben“. Solche Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen sind eine starke Innovation, die die Gewerkschaften einbringen.

Anders ist es bei vielen Unternehmen: Während die Gewinne der DAX-Unternehmen 2005 um 30,6 Prozent stiegen, ist die Investitionsquote im letzten Jahr noch weiter gesunken. Klaus Wowereit hat heute Morgen bereits darauf hingewiesen. Es kann doch nicht sein, dass die Gewinne zum größten Teil den Reichtum der Shareholder und Manager mehren und Investitionen und Innovationen auf der Strecke bleiben! Wir können doch nicht von einer Geldproduktion, sondern nur von erstklassigen Gütern und Dienstleistungen leben!

Einen Erfolg haben wir als DGB im Rahmen der staatlichen Industriepolitik erreicht: Beim Vertrag der Großen Koalition ist es gelungen, eine Aufstockung der Fördermittel für energetische Gebäudesanierung und den Export von innovativen Umwelttechniken auf 6 Milliarden Euro bis 2009 zu bewirken. Deutschland kann bei diesen und bei anderen Technologien weltweit führend werden, auch bei der Synthese von Treibstoffen aus Biomasse oder Kohle. Solche Innovationen kommen den Arbeitsplätzen zugute, nicht nur der Umwelt.

Ich bin überzeugt, in der nächsten Dekade wird es um drei zentrale Felder gehen, die über das Wachstum entscheiden, die es treiben oder senken werden: Bildung, Gesundheit und Energiepolitik.

Im Vorfeld des Energiegipfels, der eher einem Maulwurfhügel glich, haben wir versucht, mit dem BDI eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Bis auf die Kernenergie ist uns das auch fast gelungen. Hier bleiben wir dabei: Kernenergie ist Hightech, aber leider keine sichere Zukunftsenergie. Bezahlbare Energie wird nur möglich sein, wenn auf drastische Energieeinsparung, auf deutlich bessere Wirkungsgrade und auf regenerative Energien gesetzt wird, ebenso auf neue Antriebstechniken und dezentrale Energieerzeugung. Natürlich betrachten wir unsere heimische Kohle nicht als Energieträger von gestern, im Gegenteil. Sie birgt beträchtliches Innovationspotential, doch wir müssen behutsam mit ihr umgehen. Auch sie ist endlich.

Zur Wirtschafts- und Steuerpolitik: Weder die zerstörerische Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes hat etwas gebracht, noch die vielen Steuerergeschenke an die Unternehmer, noch die sensationell niedrige Steuerquote von inzwischen unter 21 Prozent und schon gar nicht geringe Lohnzuwächse. Ohne einen grundlegenden Wechsel in der Wirtschaftspolitik wird sich das nicht ändern. Wie man es besser machen kann, zeigen die skandinavischen Staaten. Mit einer Abgabenquote von 50 Prozent beweisen sie, dass man in einer globalisierten Welt auch als Nationalstaat durchaus handlungsfähig bleibt und die Wirtschafts- und Steuerpolitik sozial gestalten kann.

Zur geplanten Steuererhöhung haben wir uns rechtzeitig kritisch zu Wort gemeldet. Es stimmt: Der Staat, die Gemeinschaft, braucht mehr Einnahmen, wenn wir Bildung, Gesundheit und Sicherheit solide finanzieren wollen. Trotzdem kritisieren wir die Mehrwertsteuererhöhung. Erfolgt sie auf einen Schlag, wird sie die Konjunktur wahrscheinlich bremsen. Vor allen Dingen belastet sie die Mehrheit der Bevölkerung und lähmt damit den Konsum. Anders wäre unsere Haltung, wenn das Geld in Bildung und Gesundheit investiert würde. Das würde Arbeitsplätze schaffen.

Ich persönlich bin auch sehr skeptisch, ob die geplante Absenkung der angeblichen Lohnnebenkosten – es sind ja meistens auch Teile der Tarifverträge – Arbeitsplätze schafft. Arbeitsplätze entstehen letztlich nur, wenn es Innovationen und

Käufer für Produkte gibt und eben nicht, wenn eine Handwerkerstunde etwa um 22 Cent billiger wird.

Auch die geplante Senkung der Unternehmenssteuern ist nicht durchdacht. Schon einmal hat eine Bundesregierung gehofft, die Unternehmer würden wieder Steuern zahlen, wenn man sie senkt. Das Ergebnis kennen wir: ein gigantisches Haushaltsloch! Zum gesamten Steueraufkommen tragen die Arbeitnehmer mit ihrer Lohn- und Einkommensteuer mit mehr als einem Drittel bei. Die Unternehmen sind mit der Körperschaftsteuer dagegen nur noch mit ganzen 3,6 Prozent beim Steuerhaushalt dabei. Und die Lebenswirklichkeit zeigt: Die DAX-Unternehmen zahlen real nur zwischen 10 und 20 Prozent und nicht 25 Prozent Körperschaftsteuer.

Wie soll eigentlich das Steueraufkommen durch die Unternehmen neutral bleiben, wenn die nominale Körperschaftsteuer gesenkt wird? Ich höre immer: Bemessungsgrundlagen ändern. Schön. Aber niemand sagt, wie das genau gehen soll, und deswegen sage ich: Glaube und Hoffnung bringen die Unternehmen nicht zum Steuern zahlen. Da helfen nur klare Gesetze ohne Schlupflöcher! (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe Heinz bei diesen Themen sehr gern vertreten. Ich habe mit ihm vier Jahre im Vorstand ausgezeichnet zusammengearbeitet und viel von ihm gelernt. Er ist ein nüchterner Denker und von präziser Argumentation. Ich schätze seine Geradlinigkeit und sein Wissen. Es ist schade, dass er heute nicht hier sein kann. Ich wünsche ihm von ganzem Herzen Genesung. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nun zu mir. Turnaround, Trendwende, Zukunft der Gewerkschaften und Wiederbelebung der Mitbestimmungsidee – das sind die Themen, die mich in letzter Zeit umgetrieben haben. Unsere Initiative „Trendwende“ stellt sich den geänderten Anforderungen eines rasanten gesellschaftlichen Wandels. Die Botschaft der Initiative lautet: Wir wollen besser werden - und wir haben das Potential dazu.

Ich will gleich offen sagen: In der Diskussion um die Trendwende schwingt oft die leise Frage mit: „Welchen Wert hat der DGB für uns, für mich? Brauchen wir ihn noch? Und wenn ja, wofür?“ Ich setze meine ganze Kraft im DGB und bei der Koordination der Projekte der Trendwende dafür ein, diese Fragen positiv zu beantworten.

Im Geschäftsführenden Vorstand verantworte ich neben Mitbestimmung und Rechtspolitik vorrangig die Arbeitsbereiche, die eher nach innen wirken: Personal, Organisationspolitik, die Beziehungen der Gewerkschaften, die internen Kommunikationssysteme, die DGB-Bildungsarbeit und den DGB-Rechtsschutz. In all diesen Bereichen geht es stets darum, die Potentiale und Talente, die in den Menschen vorhanden sind, zu wecken und zu stärken. Alles, was wir in der letzten Periode erreicht haben, sind Ergebnisse aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinen Abteilungen, beim DGB-Bildungswerk, bei der DGB-Rechtsschutz-GmbH und in den Bezirken und Regionen. Für dieses Engagement sage ich ihnen allen ein sehr herzliches Dankeschön!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der DGB und seine Gewerkschaften sind ein ganz starker Verbund. Keine andere politische Organisation, kein Verband in Europa hat nur annähernd ein solches Netz an Kompetenzen und flächendeckender Repräsentanz. Wir sind als Gewerkschaften an über 300 Orten mit hauptamtlichen Büros vertreten und insgesamt mit mehreren tausend Hauptamtlichen vor Ort. Hinzu kommen mindestens 300.000 ehrenamtliche Funktionäre in den Betrieben und Verwaltungen. Sie sind die Basis, die unsere Arbeit täglich trägt, und diese Stärke kommt auch uns bei der Trendwende sehr zugute.

Mit dieser Initiative „Trendwende“ haben wir inzwischen die technische Kommunikation zwischen den Gewerkschaften verbessert. In diesem Jahr sind wir mit einer

gewerkschaftsübergreifenden Website gestartet. Eine gewerkschaftsübergreifende Aktionsplattform, die uns zukünftig bei Demonstrationen, Aktionen und Streiks unterstützen wird, ist aktuell im Entstehen und geht noch in diesem Sommer ins Netz.

Auch die anderen fünf Projekte der Trendwende haben im letzten Dreivierteljahr begonnen und arbeiten mit sehr gutem Erfolg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gewerkschaften müssen da sein, wo die Menschen sind. Die Einzelgewerkschaften in Betrieb und Verwaltungen, der DGB eher am Wohnort und in den Schulen. Manchmal vielleicht auch auf den Bahnhöfen und auf den Plätzen. Seit 2003 haben wir für über 100 örtliche und regionale Vorhaben über eine Million Euro investiert – zusätzlich zu den vorhandenen Haushaltsmitteln. Die meisten dieser ehrenamtlich realisierten Projekte waren sehr erfolgreich. Jetzt haben wir begonnen, Best-Practice-Beispiele für alle Regionen fruchtbar zu machen. Es ist eine echte „DGB-Baustelle“. Bitte schaut sie Euch in unserer Ausstellung im Foyer an.

Ein gelungenes Beispiel sind die Betriebsratsnetzwerke. Ein weiteres Beispiel ist die Vorfeldarbeit an Schulen und Hochschulen. Hier hat die Abteilung Jugend Pionierarbeit geleistet. Hochschulen sind ein wichtiges Feld für die Trendwende, denn bis zu 40 Prozent der Berufsanfänger kommen inzwischen aus einer Fachhochschule oder Uni direkt in den Betrieb.

Eine wichtige Stütze der ehrenamtlichen Arbeit sind unsere Seniorinnen und Senioren. Ihr Merkmal ist Verlässlichkeit und Erfahrung. Mit ihrem Engagement leisten sie einen wichtigen Beitrag für unsere Arbeit vor Ort. Nicht nur deshalb haben wir die Koordination der Seniorenpolitik verstärkt.

Ein gravierendes gesellschaftliches Problem bewegt uns in allen Regionen besonders und Euch sicher auch. Viele unserer jüngeren und älteren Mitglieder sind arbeitslos und oft mutlos, obwohl sie große Talente haben. Was können wir also selber dazu beitragen, dass diese Kolleginnen und Kollegen nicht länger resignieren und wieder mit Stolz, mit Selbstbewusstsein am gesellschaftlichen Leben teilnehmen?

Ich fände es eine gute Vision, wenn in den DGB-Regionen eine neue Form gesellschaftlicher Arbeit, eine „Gemeinsinn-Arbeit“ entstehen würde und wir als Gewerkschaften dafür der Motor sind. Junge und Ältere können gemeinsam etwas sinnvoll gestalten. Für solche Experimente gibt es bei der Bundesagentur glücklicherweise genügend Geld. Was fehlt, sind wirksame Konzepte! Wir können sie liefern. Ich wünsche mir, dass in der Trendwende und in den DGB-Regionen auch solche Pilotprojekte entstehen.

Unsere eigene Weiterentwicklung des DGB wollen wir in Pilotregionen erproben. Dafür haben wir in diesem Jahr Voraussetzungen geschaffen. Rechtzeitig zum nächsten Kongress werden wir zeigen, dass es geht, dass die Arbeit der Regionen einen wichtigen Wert für die Gewerkschaften hat.

Das ist auch der Grund, warum der Bundesvorstand diesem Kongress vorschlägt, jetzt keine strukturellen Einschnitte in die Satzung vorzunehmen. Alternativ soll nach Wegen und Modellen gesucht werden, wie die Arbeit der Regionen und Ehrenamtlichen noch besser entwickelt, noch besser gestärkt werden kann. Die vorgeschlagene neue Abfolge der Konferenzen gibt uns dafür ein Jahr mehr Zeit.

Nun zum Rechtsschutz. Der Rechtsschutz ist eine der wichtigsten Dienstleistungen des DGB. Für die Rechtsschutzfälle wenden wir mehr als 40 Prozent des DGB-Haushaltes auf. Ich bin dem neuen Aufsichtsratsvorsitzenden der DGB-Rechtsschutz GmbH, Wolfgang Apitzsch, sehr dankbar, dass er intensiv dazu beiträgt, den Rechtsschutz weiterzuentwickeln und zu stärken.

Heute arbeiten rund 400 Juristinnen, Juristen, Rechtsschutzsekretäre und über 300 Verwaltungsangestellte in der Rechtsschutz GmbH für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder. Wir sind an 175 Standorten vertreten. Wo das nicht möglich ist, haben wir mobile Lösungen gefunden. Über 85 Prozent der Mitglieder, die den Rechtsschutz genutzt haben, sind damit sehr zufrieden, wie eine externe Evaluation zeigt. Den Rest müssen wir noch gewinnen!

Einnahmeverluste durch Mitgliederrückgänge haben den DGB-Rechtsschutz in den vergangenen Jahren in eine fast aussichtslose Situation gebracht. Als Folge hätten wir weitere Standorte schließen und Personal entlassen müssen. Das wäre phantasielos. Stattdessen haben wir einen neuen Weg beschritten, indem wir das Angebot und die Qualität gesteigert, die Präsenz gehalten und Personalkosten gesenkt haben.

Ich beglückwünsche alle Beschäftigten in der Rechtsschutz GmbH, die den Mut und das Engagement aufgebracht haben, im Dezember letzten Jahres eine eigene Rechtsanwalts GmbH zu gründen! Sie hilft uns, Kostensenkungen beim Rechtsschutz zu planen, die Qualität zu steigern und unsere Präsenz in der Fläche weitgehend zu erhalten.

Seit diesem Jahr läuft der Pilotversuch in neun Städten. Der Erfolg ist schon spürbar. Wichtig ist mir: Jedes Gewerkschaftsmitglied kann sich darauf verlassen, dass es weiterhin den besten und selbstverständlich einen kostenlosen Rechtsschutz erhält, solange es Gewerkschaftsmitglied ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit des DGB sind unsere hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen. Für diese 864 Männer und Frauen trage ich – wenn auch nicht alleine – die Verantwortung. Wir haben uns gemeinsam mit dem Gesamtbetriebsrat und den Betriebsräten des DGB auf den Weg gemacht, die Personalentwicklung zu stärken. Das gilt für Qualifizierung ebenso wie für Gesundheit und vor allen Dingen für Führungsthemen.

Besonders in Krisenzeiten ist Führung und Führbarkeit ein entscheidender Erfolgsfaktor. Für einen Regions- oder Bezirksvorsitzenden ist es nicht immer leicht, die Koordination von acht Gewerkschaften und starken Persönlichkeiten erfolgreich zu gestalten. Neue Seminare unterstützen und fördern diese Fähigkeiten.

Für die Nachwuchsausbildung unterhalten wir gemeinsam mit dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt die „Akademie der Arbeit“ in der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität. Der DGB bringt für diese AdA jährlich über 1,2 Millionen Euro auf. Bei unserer Kassenlage eine enorme Leistung. Das Land Hessen wollte seinen Beitrag auf Null reduzieren. Das konnten wir verhindern. Mindestens für die nächsten drei Jahre ist der Betrieb garantiert.

Durch die zusätzliche Integration in die Fachhochschule Frankfurt gelten ab diesem Jahr drei neue Aspekte:

Erstens: Das Curriculum ist völlig überarbeitet worden.

Zweitens: Der Abschluss an der AdA beinhaltet zugleich die fachgebundene Hochschulreife – auch nur mit Hauptschulabschluss! Und das ohne Studiengebühren!

Drittens: Bei einem Weiterstudium an der FH Frankfurt können Studienanteile der AdA angerechnet werden. Man spart also Zeit.

Unsere Akademie ist damit ein Zukunftsmodell.

Eine weitere Dienstleistung für unsere Mitglieder ist die gewerkschaftliche Bildungsarbeit, angeboten durch das DGB-Bildungswerk e.V. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist immer auch politische Bildung. Sie trägt zur Werturteils- und Persönlichkeitsbildung bei. Und sie fordert, die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und die öffentlichen Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen. So versteht das Bildungswerk seine ISO-zertifizierten Qualifizierungsangebote an

den vier Standorten in Düsseldorf, in Hattingen, in Hamburg-Sasel und in Niederpöcking. Jedes Jahr werden sie von Tausenden Betriebs- und Personalräten, Vertrauensleuten und Mitgliedern sehr gut angenommen.

Politische Bildungsarbeit muss auch praktische Folgen haben, nicht nur im Betrieb. Wenn italienische, wenn türkische, wenn deutsche Bürger mit dunkler Hautfarbe angegriffen und halb totgeschlagen werden, dann können wir das nicht kleinreden, auch nicht wegsehen, sondern wir müssen weiter aufklären, wir müssen handeln!

Um der alltäglichen Fremdenfeindlichkeit und dem Rassismus entgegenzutreten, ist das Bildungswerk im Bereich Migration mit 22 Beschäftigten und vielen Aktivitäten deshalb besonders stark engagiert. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei den laufenden Betriebsratswahlen 2006 ist es erstmals gelungen, einen gemeinsamen Auftritt aller Gewerkschaften zu organisieren. Ihr kennt die Plakate, die Internet-Auftritte, die gemeinsamen Aktionszeitungen. In den DGB-Regionen laufen 80 Projekte. Sie werden zu mehr Betriebsräten und mehr Gewerkschaftern in den Betriebsräten führen.

Die vorläufigen Wahlberichte zeigen eine eindeutige Erfolgstendenz:

Erstens: Mitbestimmung ist ein Erfolgsfaktor. Die Menschen in den Betrieben gehen im Vergleich zu politischen Wahlen massenweise zur Wahlurne. Die Wahlbeteiligung ist gestiegen.

Zweitens: Die Belegschaften setzen ihr Vertrauen in ihre gewerkschaftlichen Kandidatinnen und Kandidaten. Es ist großartig, dass die Zustimmung in den allermeisten Fällen gestiegen ist - trotz der vielen Kampagnen gegen die Mitbestimmung und gegen die angebliche Korruptiertheit von Betriebsräten.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, so ist er jetzt erbracht: Gewerkschaften sprechen nicht nur für ihre Mitglieder. Die große Mehrheit der Arbeitnehmer vertraut ihnen und ihren Kandidaten. Über 80 und 90 Prozent Zustimmung sind keine Seltenheit.

Viele, die diesen Erfolg bewirkt haben, sitzen hier im Saal. Ich gratuliere Euch recht herzlich zu diesen Wahlerfolgen und danke allen Vertrauensleuten und Betriebsräten für diese sehr gute Arbeit. (Beifall)

Man kann über Mitbestimmung nicht diskutieren, ohne auch das Ziel des Wirtschaftens und den Zweck von Unternehmen zu benennen. Der wirkliche Zweck eines Unternehmens besteht nicht in der Maximierung des Shareholder-Value, nicht im Gewinn. Er besteht darin, gute Produkte und Dienstleistungen hervorzu- bringen und zu vertreiben.

Es bleibt also wichtig, dem neoliberalen Mainstream ein besseres, ökonomisches Denken entgegen zu stellen. Ich freue mich deshalb besonders, dass wir in diesem Jahr ein „Netzwerk Unternehmenspolitik“ initiieren konnten. Hier haben sich anerkannte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mehrerer Disziplinen, aber überwiegend Betriebswirte, zusammengetan, um neue, praktische Perspektiven zu erarbeiten, insbesondere für die Aufsichts- und Betriebsratsarbeit.

Es ist doch bekannt: In der Praxis hat die Mitbestimmung keinerlei negative wirtschaftliche Auswirkungen, und sie schreckt auch keine Investoren ab, außer vielleicht die, die Gewerkschaften abschaffen und vielleicht sogar wieder Kinderarbeit zulassen wollen. Wenn Mitbestimmung solche Investoren vertreibt, dann ist das wunderbar. (Beifall)

Wer uns in den Aufsichtsräten auf ein Drittel reduzieren will oder gar ganz abschaffen will, der wird erleben, dass er keine Aufsichtsräte hat, sondern Streikräte bekommen wird.

Mitbestimmung ist jenseits der ökonomischen Erfolgsfaktoren vor allem ein entscheidendes Element der Zukunft, weil sie eng mit Demokratie, Freiheit, Respekt,

Eigenverantwortung und Kooperationsfähigkeit verbunden ist.

Ich bin zutiefst überzeugt: Eine auf Wissen basierende europäische Industrie-
gesellschaft wird nur erfolgreich sein, wenn die Menschen als Schöpfer der Werte
selber an den Entscheidungen und Ergebnissen der Unternehmen beteiligt sind.

Wir haben im letzten Dreivierteljahr die Bemühungen verstärkt, unsere Aufsichts-
ratsmitglieder auch in Unternehmensstrategien fit zu machen, zusammen mit der
Hans-Böckler-Stiftung und dem DGB-Bildungswerk.

Wir müssen auch in einem anderen Bereich, bei den Personalräten, aufpassen,
dass sie nicht durch die Föderalismusreform unter die Räder geraten. Einige Län-
der sind da schon unterwegs. Ich hoffe nach der Rede von Klaus Wowereit, dass
in Berlin alle Bemühungen eingestellt worden sind, sowohl die Aufsichtsratsmitbe-
stimmung wie die Personalratsarbeit in Berlin zu schwächen. (Beifall)

Zu unserer Verantwortung gehört auch, in den Aufsichtsräten die richtigen Ziele zu
setzen, richtige Personalentscheidungen zu treffen und die Vorstandsvergütungen
nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Meiner Meinung nach sind Beträge von
über zwei Millionen keine Leistungsvergütung, sondern nicht mehr vermittelbare
Statussymbole neuer Macht und durch das Geld anderer finanzierte Fürstentümer.
(Beifall) Ich nenne dies einen beginnenden Industrie- und Managerfeudalismus.

Mitbestimmung kann dieser Entwicklung entgegen wirken, weil sie den Gedanken
in sich trägt, nicht andere über sich entscheiden zu lassen, sondern das Schicksal
stärker in die eigenen Hände zu nehmen. Deshalb hat Mitbestimmung auch sehr
viel mit Freiheit zu tun. Mitbestimmung verkleinert oder legitimiert Herrschaft.
Denn: Unter einem Herrn - und ohne soziale Gerechtigkeit - ist der Mensch nicht
frei!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Schluss: Ohne uns Gewerkschaften wird das
Arbeits- und Lebensrisiko für die Mehrheit der Bevölkerung im Kapitalismus unkal-
kulierbar. Wir alle tragen das Potential in uns, die Gesellschaft zukünftig men-
schenwürdig zu gestalten. In Zeiten knapper Kassen und rückläufiger Mitglieder-
zahlen ist Ideenreichtum, Eigeninitiative und Querdenken gefragt. Es geht um die
Weiterentwicklung bewährter Dinge und um neue, attraktive Kampfziele. Vielleicht
kann echte Mitarbeiterbeteiligung ein solches Kampfziel werden. Wir überprüfen
dies im Moment kritisch, weil wir da unsere Erfahrungen haben. Aber immerhin:
Heute besitzen nur zehn Prozent aller Haushalte fast 50 Prozent unseres Volks-
vermögens. Was würde eigentlich passieren, wenn die Arbeitnehmer - sagen wir
mal in zehn Jahren; wir sind ja realistisch - zusätzlich zu ihrem Tarifeinkommen
zum Beispiel 20 Prozent der DAX-Werte besäßen? Möglicherweise sähe der Fi-
nanzkapitalismus dann anders aus.

Zurück zum Alltäglichen. Wir wollen im DGB und in den Gewerkschaften besser
werden. Ich bin sicher, wir schaffen das auch. Noch sind wir nicht so weit, dass alle
sagen: Es stimmt, der DGB ist gut, und er ist uns viel wert. Von allen, die für und
mit dem DGB arbeiten, muss jede und jeder den eigenen Wert kennen, sich selbst
schätzen und auf Wertschätzung bestehen. Zu oft wird auf die Gewerkschaften
und in den Gewerkschaften auf den DGB geschimpft. Abwertungen lähmen, führen
in die Defensive und zu Resignation. Ich weiß von mir: Wenn ich respektiert, wenn
ich geschätzt werde, wenn man mit mir hart, aber fair streitet, dann beflügelt mich
das, dann werde ich kraftvoll. Die Arbeit macht Spaß, und ich kann auch andere
gut unterstützen. Das gibt Mut und führt in die Offensive. Von diesen Dingen brau-
chen wir mehr. Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten. – Ein herzliches Glückauf!
(Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Dietmar, vielen Dank für Deine mündlichen Ergänzungen.

Kolleginnen und Kollegen! Zu einem ordentlichen Geschäftsbericht gehört auch ein Bericht über den Umgang mit den anvertrauten Beiträgen. Dazu hat das Wort Bertin Eichler, der Sprecher der Revisionskommission.

Bertin Eichler, Sprecher der Revisionskommission

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auf dem letzten Bundeskongress im Jahr 2002 wählten die Delegierten den Kollegen Klaus Südhofer von der IG BCE, den Kollegen Hans Joachim Wilms von der IG BAU sowie mich von der IG Metall in die Revisionskommission. Für den ausgeschiedenen Kollegen Südhofer wurde im Bundesausschuss am 16. März 2005 der Kollege Alfred Geisler von der IG BCE nachgewählt. Alfred Geisler wurde nach seiner Bestellung als Arbeitsdirektor im Bundesausschuss am 8. März verabschiedet, und als sein Nachfolger wurde der Kollege Werner Bischoff, ebenfalls von der IG BCE, gewählt. – So viel zur Zusammensetzung der Revisionskommission.

Zu den Inhalten: Wir haben in den Jahren 2002 bis 2006 insgesamt 16 Revisionen durchgeführt. Der in der Satzung vorgegebene Vierteljahresrhythmus wurde also eingehalten. Die Revision erstreckte sich auf die Bundeshauptkasse, auf den Solidaritätsfonds und auf die jeweiligen Kontenbewegungen. Hierbei wurden jeweils die Bankkonten, die Tageskasse sowie Stichproben der Buchungsbelege geprüft. Die Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte der VTG sowie die Jahresabschlüsse des DGB lagen uns ebenfalls vor, wurden geprüft und in Ordnung befunden. Sämtliche Prüfberichte wurden von den Wirtschaftsprüfern testiert, und sie hatten allesamt einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Zusätzlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir einige der großen Projekte des DGB geprüft. Dies waren zum Beispiel die Kommunikationskampagne, der Umzug des Bundesvorstands nach Berlin, die Projekte Expo 2000 und neuer Sozialkontrakt, der Bundeskongress 2002, die Aktivitäten des DGB zur Bundestagswahl 2001, zu den Betriebsratswahlen 2002, zum Europäischen Aktionstag im April 2004 und zu den Sozialwahlen 2005, die Beteiligung an der Demonstration des EGB in Laeken sowie das gewerkschaftliche Extranetz.

Insgesamt kann ich hier feststellen: Die Abrechnungen erfolgten ordnungsgemäß. Die jeweiligen vorgesehenen Budgets wurden eingehalten und konnten zum Teil sogar unterschritten werden. Darüber hinaus haben wir natürlich geprüft, ob einzelne Ausgabenposten durch Beschlüsse des Geschäftsführenden Bundesvorstands gedeckt waren.

Dem Bundesvorstand haben wir über jede Revision schriftlich berichtet. Ebenso erfolgte jeweils ein mündlicher Bericht an den Bundesausschuss. Das sieht die Satzung so vor. In beiden Gremien wurden unsere Berichte jeweils ohne Gegenstimmen zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zusammenfassend, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich feststellen: Die Buchhaltung war stets auf dem aktuellen Stand. Nachweise und Belege waren vorhanden, geordnet und nachvollziehbar. Die für unsere Prüfungen erforderlichen Unterlagen wurden uns jederzeit zur Verfügung gestellt. Es gab keinen Anlass zu Beanstandungen. Nachfragen von unserer Seite konnten stets kompetent und auch abschließend beantwortet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, dass sich der DGB wegen des Mitgliederrückgangs in den Gewerkschaften in einer angespannten finanziellen Lage befindet. Jahr für Jahr muss er mit weniger Geld auskommen. Um so wichtiger ist es, dass im Finanzbereich gut gearbeitet wird. Dafür danken wir den Kolleginnen und Kollegen der Finanzabteilung mit ihrem Leiter Norbert Haak.

Unser besonderer Dank gilt natürlich dem für Finanzen verantwortlichen Vor-

standsmitglied Heinz Putzhammer. Auch die Revisionskommission wünscht ihm gute Besserung und alles Gute.

Das war's. Schönen Dank fürs Zuhören. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Wir sind jetzt am Ende der Berichterstattung zu den Ergänzungen zum schriftlichen Geschäftsbericht. Ich möchte mich bei Euch herzlich bedanken für das Ausharren und die Disziplin und deswegen auch konsequenterweise jetzt eine Pause vorschlagen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass Wortmeldungen zur Aussprache über den Geschäftsbericht bei der Wortmeldestelle, von Euch aus gesehen links, von mir aus gesehen rechts, abgegeben werden können. Wir werden dann pünktlich in 15 Minuten die Aussprache eröffnen.

Wir haben als Zeithorizont wegen der Veranstaltung heute Abend für den ersten Teil der Diskussion 18.30 Uhr vorgesehen. Falls das nicht reicht, haben wir uns im Präsidium entschieden, nicht die Redezeit zu verkürzen, sondern morgen Vormittag die Diskussion fortzusetzen, falls das erforderlich ist. Wir möchten in dieser frühen Phase des Kongresses keinen Zeitdruck erzeugen.

In diesem Sinne allen eine schöne Pause. Und in 15 Minuten, also um 17.45 Uhr, wieder hier im Saal!

(Unterbrechung des Kongresses: 17.32 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 17.53 Uhr)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir in die Aussprache eintreten können, bitte ich den Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission ans Mikrofon; denn wir müssen noch den Bundesvorstand entlasten, und dazu brauchen wir eine Anerkennung der Mandate. Ich hoffe, wir sind jetzt so weit.

Bitte, Roland Kern hat das Wort.

Roland Kern, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im Auftrag der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission erstatte ich dem 18. ordentlichen Bundeskongress Bericht über die stimmberechtigten Delegierten.

In der Abteilung Veranstaltung und Innenservice hat es Mandatsprüfungskommissionsunterlagen gegeben, die zur Einsicht im Original vorlagen, ebenso EDV-Auswertungen beziehungsweise die bis heute, 15 Uhr, korrigierten und aktualisierten Änderungslisten. Die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission des 18. ordentlichen Bundeskongresses hat diese Unterlagen verglichen und festgestellt, dass die EDV-Daten mit den Mandats- und Meldeunterlagen übereinstimmen.

Zu den Daten im Einzelnen:

Von den Gewerkschaften wurden 400 Delegierte gemeldet. Davon nahmen zum Zeitpunkt der Prüfung um 15 Uhr 382 Delegierte ihr Mandat wahr. Die Feststellung der stimmberechtigten Mandate gilt für die gesamte Kongressdauer unabhängig von der jeweiligen Anwesenheit.

Die Verteilung der Delegiertenmandate auf die Gewerkschaften richtet sich nach der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, für die bis zum Stichtag Beiträge an den

DGB abgeführt wurden. Die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission geht in der nachfolgenden Übersicht von der Zahl der jetzt anwesenden Delegierten aus. Danach sieht die Zusammensetzung für diesen 18. ordentlichen Bundeskongress in alphabetischer Reihenfolge wie folgt aus:

IG Bauen-Agrar-Umwelt: 25 Mandate anwesend, davon 6 Frauen

IG BCE: 43 Mandate anwesend, davon 10 Frauen

GEW: 16 Mandate anwesend, davon 6 Frauen

IG Metall: 130 Mandate anwesend, davon 22 Frauen

NGG: 15 Mandate anwesend, davon 7 Frauen

GdP: 11 Mandate anwesend, davon 1 Frau

TRANSNET Gewerkschaft GdED: 16 Mandate anwesend, davon 5 Frauen

ver.di: 126 Mandate anwesend, davon 73 Frauen (Beifall)

Von den insgesamt 400 Mandaten sind 382 stimmberechtigte Delegierte anwesend, davon 130 Frauen; das sind 34,03 Prozent. Auf dem 17. ordentlichen Bundeskongress des DGB 2002 in Berlin waren es 34,4 Prozent. Auf dem 16. ordentlichen Bundeskongress 1998 in Düsseldorf waren es 28 Prozent und weitere vier Jahre davor 24,7 Prozent.

Die Altersstruktur der anwesenden Delegierten stellt sich bei diesem Kongress so dar:

bis 25 Jahre: 17 Delegierte (4,46 Prozent)

bis 30 Jahre: 21 Delegierte (5,51 Prozent)

31 bis 40 Jahre: 23 Delegierte (6,04 Prozent)

41 bis 50 Jahre: 107 Delegierte (28,08 Prozent)

51 bis 60 Jahre: 176 Delegierte (46,19 Prozent)

über 60 Jahre: 37 Delegierte (9,71 Prozent)

Jüngste Delegierte ist die Kollegin Anja Penßler-Beyer von der Gewerkschaft ver.di mit 21 Jahren. (Beifall)

Älteste Delegierte ist die Kollegin Anni Gondro von der Gewerkschaft ver.di mit 86 Jahren. (Starker Beifall)

Das Durchschnittsalter beträgt 51 Jahre, wobei ein Delegierter oder eine Delegierte keine Angaben zum Alter gemacht hat. (Heiterkeit)

Von den 382 Delegierten sind 340 Arbeitnehmerinnen beziehungsweise Arbeiter und Angestellte, 29 Beamtinnen beziehungsweise Beamte. Sieben Delegierte sind als Rentnerinnen beziehungsweise Rentner gemeldet, zwei Delegierte sind Studenten beziehungsweise Studentinnen, drei Delegierte sind freiberuflich tätig. Bei einem Delegierten gibt es keine Angaben zum Berufsstatus.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Aufgrund der von uns vorgenommenen Überprüfungen stellt die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission fest, dass alle Mandate gültig sind. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Roland, vielen Dank und auch vielen Dank an die Kommission dafür, dass sie den Bericht so pünktlich fertig gestellt hat.

Wir haben jetzt die Aufgabe, die erste Abstimmung durchzuführen. Dabei haben die Delegierten erstmalig Gelegenheit, Gebrauch von ihren Stimmkarten zu machen. Dabei geht es darum, die 382 stimmberechtigten Mandate anzuerkennen. Seid Ihr bereit? (Zustimmung)

Wer die Mandate anerkennen möchte, den bitte ich um seine Stimmkarte. – Ge-

genprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest: Die Mandate sind einstimmig anerkannt. Vielen Dank. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zur Aussprache. Dazu liegen derzeit vier Wortmeldungen vor. Als Erster hat das Wort der Kollege Horst Steiner von ver.di, Teilnehmernummer 317. – Kollege Steiner, Du hast das Wort.

Horst Steiner

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich mich bei dem Kollegen Hexel für seine netten und vor allen Dingen aufbauenden Worte über die Seniorenarbeit im Deutschen Gewerkschaftsbund recht herzlich bedanken.

Ich komme von der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Bei uns sind circa 400.000 Seniorinnen und Senioren organisiert. Und, Kolleginnen und Kollegen, in der Tat: Die Seniorinnen und Senioren fühlen sich keineswegs als fünftes Rad am Wagen der Gewerkschaftsbewegung. Nein, sie wollen ein integraler Bestandteil innerhalb der Gewerkschaft sein, und sie wollen aktiv mitwirken und mitgestalten sowie mitreden. Kolleginnen und Kollegen, unsere Seniorinnen und Senioren im DGB gehören noch lange nicht zum alten Eisen.

Lieber Kollege Hexel, deine Worte, die du heute über die Seniorenarbeit gesprochen hast, werden wir als Senioren auf jeden Fall aufgreifen, wenn es in den nächsten Tagen um die Antragsberatung für die Seniorinnen und Senioren geht; denn wir wollen gerne erreichen, dass die Seniorinnen und Senioren in der Sitzung des DGB auftauchen. Das ist ein uraltes Anliegen. Kollege Hexel, wir werden Dich beim Wort nehmen!

Kolleginnen und Kollegen! Die Tagungsleitung hat vorhin erklärt, dass auf diesem Kongress Grußworte gesprochen wurden und sich unter anderem das Grußwort des Bundespräsidenten wohltuend abgehoben habe. Nun, Grußworte stehen zwar nicht im direkten Zusammenhang zum Geschäftsbericht, aber doch in gewisser Hinsicht in einem kausalen Bezug dazu. Ich weiß nicht, wie es Euch gegangen ist, aber wenn der Bundespräsident vor diesem Kongress erklärt hat – so habe ich es zumindest aufgefasst –, wir als Gewerkschafter sollten in der Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeberlager Argumente sammeln, wir sollten uns sachlich, fachlich und gut fundiert der Herausforderung stellen, muss ich als Gewerkschafter sagen: Ich glaube, wir haben genug Argumente gesammelt und stichhaltige Argumente vorgetragen, wenn es darum ging, die Folgen der Altersarmut aufzuzeigen, wenn es darum ging, die Nullrunde der Renten kritisch darzustellen, die inzwischen eine Minusrunde geworden ist, wenn es darum ging, gegen den Wahnsinn der Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf das 67. Lebensjahr anzugehen.

Kolleginnen und Kollegen! Die Gewerkschaften im DGB und auch der DGB haben, glaube ich, sehr viele stichhaltige und gut fundierte Punkte in Bezug auf die Gesundheitsreform zusammengetragen. Zur Schiefelage des Sozialstaates liegt ein ganzer gewerkschaftlicher Argumentationskatalog vor, der sich mit Dumpinglöhnen und Jugendarbeitslosigkeit et cetera befasst. Ich meine, bei allem Respekt vor dem hohen Amt des Bundespräsidenten, in der Beziehung bräuchten wir keine Nachhilfe. (Beifall) Im Gegenteil, Kolleginnen und Kollegen: Der DGB und die Einzelgewerkschaften haben zu diesen Fragen ihre Hausaufgaben erfüllt.

Wenn man hier die Ausführungen von Michael Sommer und der Kollegin Engelen-Kefer genauer betrachtet, möchte ich sagen, sind wir in der Richtung ganz gut bestückt. Michael Sommer hat erklärt, das „Bündnis für Arbeit“ sei tot. Ich möchte die Behauptung anfügen, das „Bündnis für Arbeit“ oder der Konsens der Arbeitgeber mit den Gewerkschaften hatten eine lange Sterbephase. Sie setzte schon nach den 80-er Jahren ein.

Kolleginnen und Kollegen! Lasst mich noch eine Anmerkung machen. Ich meine, durch den Wegfall der DDR, durch den Niedergang der Sowjetunion und durch den Zerfall des Ostblockes breitet sich der Raubtierkapitalismus ungezügelt und rigoros aus, wobei die Menschen nur noch zu einem Kostenfaktor degradiert werden. (Leichter Beifall)

Wenn Kollege Hexel hier die Mitbestimmung ansprach, so bin ich der Meinung: In diesem Fall ist es mehr als notwendig, eine qualifizierte Mitbestimmung als Gegenpol zu schaffen.

Kolleginnen und Kollegen! Der Bundespräsident war über den Stundenlohn eines Arbeitnehmers in Höhe von 3,70 Euro schockiert. Ich muss sagen, es ist in dem Gebiet, aus dem ich komme, gang und gäbe geworden, dass man Arbeitnehmer mit vier Euro bezahlt. Das ist für uns Gewerkschafter eine Herausforderung; denn die einzige Möglichkeit, um diese, wie ich sagen möchte, schon menschenverachtende Art der Bezahlung von Arbeitnehmern zu verhindern, ist die Durchsetzung des Mindestlohns. (Beifall)

Die Gewerkschafter – ob sie aus der Jugendbewegung kommen, ob sie aktiv im Berufsleben stehen oder Seniorinnen und Senioren sind – sollten in einer geschlossenen Solidarität zusammenstehen, damit der Mindestlohn, der auch hier gefordert wird, auf jeden Fall durchgesetzt werden kann. Das muss unser vorrangiges gewerkschaftliches Ziel für die Zukunft sein. – Danke. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Kollege Steiner. – Ich gebe jetzt das Wort an Dr. Fritz Schirach von ver.di weiter, Delegiertennummer 367. – Bitte schön, Kollege Schirach.

Dr. Fritz Schirach

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste! Ich möchte zu zwei Punkten des Geschäftsberichts sprechen. Auf Seite 127 des Geschäftsberichts wird über den am 3. Februar 2004 beschlossenen Koordinierungskreis für Seniorenarbeit im DGB-Bundesvorstand und seine Aufgaben berichtet. Dietmar hat in seinem mündlichen Beitrag diese Koordinierung der Seniorenarbeit positiv erwähnt. In diesem Ausschuss sind nur hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen des DGB und der Einzelgewerkschaften vertreten. Die Senioren, die in unserem Land, wie es Horst eben dargestellt hat, durch Rentenminderung eine starke finanzielle Belastung in der Gesundheitsversorgung und Pflegeversicherung benachteiligt werden, kommen darin nicht vor.

Wir Seniorinnen und Senioren haben diesen Ausschuss immer als eine Alibiveranstaltung betrachtet. Die Seniorinnen und Senioren brauchen gegenüber dem DGB-Bundesvorstand eine Plattform, auf der sie ihre Interessen vertreten können. Wenn wir hier keine Satzungsänderung schaffen, was ich immer noch in der morgen oder übermorgen stattfindenden Beratung des Antrags S 005 des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg hoffe, so schlage ich vorsorglich vor, dass sich der DGB-Bundesvorsitzende mehrmals im Jahr mit den acht Vorsitzenden der Bundessenioren-ausschüsse der DGB-Gewerkschaften trifft und dort die zentral interessierenden Seniorenthemen beraten werden. Dazu brauchen wir noch nicht einmal eine Satzungsänderung. Es wäre auch ein guter Vorschlag, wenn sich der DGB zukünftig von oben nach unten organisieren will.

Zum anderen möchte ich zu den Seiten 206/207 in der Anlage zum Geschäftsbericht etwas sagen, zur Rentenanpassung Ost/West. Dort wird nur Polemik betrieben, obwohl der 17. Ordentliche Bundeskongress unseres DGB 2002 einen Stufenplan dazu beschlossen hatte. Es werden dort nur Begründungen zur Abwehr

des 2001 und 2003 vom ver.di-Bundesseniorenausschuss entwickelten Stufenplans zur Rentenanpassung wiedergegeben.

Inzwischen gibt es ja von ver.di ein neues Modell zur Rentenanpassung, das mittels eines Gerechtigkeitszuschlages aus Steuermitteln in einem zehnjährigen Stufenplan die Einheit Deutschlands im Rentenrecht nach 25 Jahren der Wiedervereinigung vollenden würde.

Ich hoffe natürlich, dass der Vorschlag nicht nur auf dem Papier stehen bleibt, sondern gemeinsam politisch umgesetzt wird. Dazu haben wir uns im Anschluss an den ver.di-Rentenkongress am 25. April in Berlin schon einmal mit mehreren DGB-Gewerkschaften und dem zuständigen politischen Sekretär des DGB-Bundesvorstands verständigt und weiterhin einen Workshop „Rentenangleichung Ost“ für den 17. Juli 2006 nach Berlin einberufen, wo wir weitere DGB-Gewerkschaften, aber auch die Sozialverbände, mit ins Boot holen möchten. – Ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Kollege Schirach, für Deine Ausführungen. – Es folgt jetzt der Kollege Otto König, IG Metall, Teilnehmernummer 100.

Otto König

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch immer wird in unserem Land in der sattsam bekannten Agenda-2010-Rhetorik der Eindruck erweckt, als lägen Millionen von Arbeitslosen in der Hängematte und man müsste sie nur mit entsprechenden schärferen Zumutbarkeitsregelungen drangsaliieren, damit sie die angeblich reichlich vorhandenen Jobs annehmen. Ursula Engelen-Kefer hatte Recht, als sie heute Nachmittag feststellte, dass mit den Hartz-IV-Gesetzen der rot-grünen Bundesregierung die Menschen nicht gefördert wurden. Nein, viele unserer langzeitarbeitslosen Kollegen – es sind unsere Kolleginnen und Kollegen, unsere Mitglieder – wurden in Armut abgedrängt. Aber damit nicht genug. Die Große Koalition unter Merkel und Müntefering legt nach. Allein bei Hartz IV sollen jährlich 4 Milliarden Euro eingespart werden. Gleichzeitig wird in den Reihen der Großen Koalition die Schmarotzerdebatte wieder losgetreten.

Tatsache ist: Natürlich kostet die Arbeitslosigkeit und bleiben die Kosten für die Arbeitslosigkeit hoch, solange sie nicht bekämpft wird. Aber daran sind nicht die Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV schuld. Das hat eine Bundesregierung zu verantworten, die eine verfehlte Wirtschaft- und Beschäftigungspolitik betreibt. An dieser Stelle war der Hinweis des Bundespräsidenten, die Lohnnebenkosten zu senken, vollkommen falsch. Das hilft uns nicht weiter. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Lasst mich auch das sagen: Ich halte es für eine Verhöhnung der Menschen in unserem Land, wenn – so zitiert ihn zumindest die „Süddeutsche Zeitung“ – der Finanzminister Peer Steinbrück auf dem Juso-Kongress erklärte, Hartz IV sei kein Programm des Sozialabbaus, sondern Hartz IV sei ein Programm des Sozialaufbaus. Kolleginnen und Kollegen! So kann man die Menschen in diesem Land wirklich nicht verhöhnern. (Leichter Beifall)

Von einer weiteren Senkung der Regelsätze ist die Rede. Diese Kampagne wird – das ist sehr bedenklich – jetzt auch noch von prominenten Vertretern des Roten Kreuzes, der Caritas und der Arbeiterwohlfahrt flankiert. Ich denke, da sollen jetzt Testballons gestartet werden. Da wird geschaut, ob man nicht noch weiter draufsatteln kann. Das kann man zurzeit bei Hartz IV beobachten, das war bei der Rente mit 67 schon so. Beim Kündigungsschutz und bei der Gesundheitsreform zeichnet sich Ähnliches ab.

Kolleginnen und Kollegen! Diese Strategie werden wir nicht allein dadurch vereiteln, dass wir den Regierungsvertretern unsere Missbilligung aussprechen. Da muss meines Erachtens mehr geschehen. Der DGB muss eine Informationskampagne vorbereiten, die noch vor der Sommerpause beginnt. Die Aktionswochen zur Gesundheitsreform sind hier angesprochen worden. Eine solche Kampagne muss eingeordnet werden. Wir brauchen ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen Sozialabbau und für unsere Alternativen. Es gilt, gemeinsam Aktivitäten zu organisieren, die geeignet sind, die Angriffe auf den Sozialstaat abzuwehren. Wir brauchen eine Kampagne pro Sozialstaat in diesem Land. (Vereinzelt Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Michael sprach heute Morgen in seiner Eröffnungsrede davon, dass der DGB die Stimme der lebendigen Arbeit ist. Wenn das so ist, dann lasst uns unsere Stimme draußen öffentlichkeitswirksam lautstark erheben – gegen die Rente mit 67, für den Erhalt des Kündigungsschutzes und für ein eindeutiges Ja zur Fortführung der Altersteilzeit.

Die Notwendigkeit für solche Aktivitäten ist offensichtlich. Sie sind auch möglich. Darum sollte dieser Kongress ein Signal setzen, damit wir nicht nur unsere Stimme erheben, sondern unsere Forderungen auch lautstark auf die Straße tragen, zum Beispiel in einer bundesweiten Kampagne im Herbst. – Ich danke. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Otto, vielen Dank für Deinen Beitrag. – Es spricht jetzt der Kollege Olaf Schwede vom DGB-Bundesjugendausschuss.

Olaf Schwede

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Sehrbrock hat vorhin schon ein paar ergänzende Worte zur Arbeit der Gewerkschaftsjugend gesagt. Ich möchte aber auch aus Sicht der DGB-Jugend noch ein paar ergänzende Worte zum Geschäftsbericht loswerden. Ergänzende Worte sind leider deswegen notwendig, weil es auch in diesem Geschäftsbericht wieder kein eigenes Kapitel für die DGB-Jugendarbeit gibt. Stattdessen finden sich in diesem Geschäftsbericht überall verstreute Anmerkungen, teilweise an den merkwürdigsten Stellen. Die politische Kampagne der DGB-Jugend zur Novellierung der Berufsbildung beispielsweise fällt unter den Tisch, die Jugendbildungsarbeit wird kurz dem DGB-Bildungswerk zugeschlagen, und wer die erfolgreichen Projekte der DGB-Jugend aus den vergangenen Jahren sucht, findet zumindest einige von ihnen auf Seite 151 des Geschäftsberichts, jedoch nicht in der Form eines eigenen Kapitels, sondern unter der aus meiner Sicht nicht sehr aussagekräftigen Überschrift „Neue Dienstleistungen im DGB“, gemeinsam übrigens mit den Angeboten „RentenPlus“, der Riesterrente für Beamte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Form der Darstellung ist unangemessen und wird der Arbeit der DGB-Jugend nicht gerecht. (Beifall) Wir erwarten, dass es zum nächsten Bundeskongress ein eigenes Kapitel „Jugend“ im Geschäftsbericht geben wird und die DGB-Jugend Gelegenheit bekommt, ihre Arbeit angemessen darzustellen. (Beifall) Dies wäre bei entsprechendem Raum auch diesmal möglich gewesen, und es hätte genug zu berichten gegeben.

Die DGB-Jugend blickt in den letzten vier Jahren auf einen sehr umfangreichen Modernisierungsprozess zurück. Wir haben die Arbeit der DGB-Jugend strikt an den Interessen der Jugendorganisationen der Mitgliedsgewerkschaften ausgerichtet, haben den Ansatz, stärker mitgliederbezogen zu arbeiten, konsequent durchgehalten und Projekte aufgelegt, die sich direkt an die potentiellen jugendlichen Mitglieder wenden. Dadurch haben wir eine ganze Menge Erfolge vorzuweisen.

Ich möchte nur einige Felder exemplarisch benennen, zum Beispiel die komplette Neustrukturierung und Neuausrichtung der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit, Hattingen als neue zentrale Bildungsstätte der DGB-Jugend und eine neue intensivere Jugendbildungsarbeit in enger Abstimmung mit den Angeboten der Jugendorganisationen der Gewerkschaften.

Die Neuordnung der Jugendkulturarbeit durch den Ausstieg aus dem „Jungen Forum“ wird deutlich an einem Fernsehspot zu „Dr. Azubi“, einem Band-Wettbewerb, einer Künstler-Datenbank, die als Service für die Einzelgewerkschaften und die Bezirke dient. Das Internet-Beratungsangebot „Dr. Azubi“ und das Schwarzbuch „Ausbildung“ sind hier exemplarisch schon erwähnt worden. Das Projekt „students at work“ mit seinem Internetangebot für Studierende und verschiedenen Campus Offices, die wir an mehreren Hochschulstandorten errichtet und weiter ausgebaut haben, machen deutlich, dass wir uns neuen Zielgruppen zuwenden. Der Projekttag „Demokratie und Mitbestimmung“ dient dazu, die Berufsschularbeit bundesweit zu vereinheitlichen und ein Leitprojekt mit klaren Qualitätsstandards zu finden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben aber nicht nur gute Projekte vorzuweisen, sondern wir haben in den letzten vier Jahren auch deutliche Fortschritte in unserer internen Diskussionskultur und in unserer inhaltlichen Arbeit gemacht.

Das Ganze spiegelt sich zum Beispiel auch in den Anträgen des Bundesjugendausschusses auf diesem Kongress wider. Wir haben unsere Lobby-Arbeit verbessert. Zum Beispiel kommt seit mehreren Jahren wieder der Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendringes aus unseren Reihen, Detlef Raabe. Wir geben einen regelmäßigen Info-Brief für Bundestagsabgeordnete heraus und führen nun auch einen eigenen parlamentarischen Abend für Bundestagsabgeordnete durch.

Kurz: Die DGB-Jugend hat sich sowohl zum politischen Arm ihrer Untergliederung als auch zum Service-Dienstleister entwickelt. Ich glaube, dass dieser Modernisierungsprozess vorbildlich und wegweisend ist für die gesamte Organisation. (Beifall)

Zum Schluss möchte ich – nicht nur, weil sich das gehört, sondern weil ich das für richtig finde – Personen danken, die maßgeblich an dieser Entwicklung mitgewirkt haben. Hier exemplarisch unserem Bundesjugendsekretär Christian Kühbauch, der hervorragende Arbeit geleistet hat. Er verdient unseren Respekt und unseren Dank. Wir danken aber auch den anderen Mitarbeitern der Abteilung Jugend, die als ein sehr gutes Team hervorragend zusammenarbeiten. - Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank für Deinen Beitrag. Es folgt jetzt die Kollegin Anne Hehl von ver.di, Delegiertennummer 294.

Anne Hehl

Mehr Respekt für einfache Arbeit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieser Aussage des Bundespräsidenten stimmen wir alle zu. Mehr Respekt für einfache Arbeit, schön und gut. Oder sollte ich sagen, schön und billig? Mehr Respekt für einfache Arbeit allein reicht nicht, Herr Köhler! Es geht vor allem um mehr Geld für einfache Arbeit! (Beifall)

Und diese einfache Arbeit ist oft genug sehr schwere Arbeit. Deshalb kein Lohn für einfache Arbeit unter 7,50 Euro in der Stunde. Deshalb Mindestlohn statt hoher Manager-Gehälter. Herr Köhler, wenn Sie es ernst meinen mit dem Respekt vor der einfachen Arbeit, dann setzen Sie, Herr Bundespräsident, sich dafür ein, dass es einen Mindestlohn von 7,50 Euro gibt, statt landauf, landab die Agenda 2010 zu loben, statt sich für die Fortsetzung neoliberaler Politik stark zu machen und statt

sich, wie zuletzt, für ein höheres Renteneintrittsalter einzusetzen. Heute haben Sie es beschönigt mit den Worten, das Erfahrungswissen Älterer länger zu nutzen. Wir wissen, was hinter den schönen Reden steckt. Sie sind sehr wenig konkret geworden. Auch keine Maßnahme gegen hohe Manager-Gehälter haben Sie vorgeschlagen. Wir wissen, dass wir mit Ihnen unsere Forderungen nicht durchsetzen. Deshalb machen wir uns stark für einen Mindestlohn. Danke. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Danke, Kollegin. Jetzt folgt die Kollegin Monika Brandl von ver.di, Teilnehmernummer 65.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, frage ich die Versammlung, ob wir die Rednerliste schließen können oder ob sich noch jemand zu Wort melden möchte. Ihr wisst, warum ich das frage. – Ich sehe keinen Diskussionsbedarf, auch keinen Widerspruch. Damit erkläre ich mit Eurem Einverständnis die Rednerliste für geschlossen. Kollegin Brandl, Du hast als Letzte das Wort.

Monika Brandl

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich spreche zu dem schriftlichen Geschäftsbericht, und zwar zu den Bereichen Zwangsarbeit, Arbeitsmarkt, Globalisierung und Gleichstellungspolitik.

Zur Zwangsarbeit gehört auch ein besonders schlimmer Bereich, nämlich die Zwangsprostitution. Hier sind wir ganz aktuell in der Presse, nämlich bei der Fußball-Weltmeisterschaft. Wir haben schon sehr viele Aktivitäten mit verschiedenen Gewerkschaften hier im Saal gemacht. Wir sollten möglichst weitermachen, wenn auch die FIFA die einzige ist, die anscheinend nicht versteht, worum es geht.

Wir sollten aber unsere Maßnahmen verstärken, damit diese Kolleginnen und Kollegen auch noch begreifen, wovon wir sprechen. Wir sollten hier, von diesem Kongress, noch einmal ein Zeichen setzen, dass wir uns gegen Zwangsprostitution wenden. Das wäre ganz wichtig. (Beifall)

Zum Thema Arbeitsmarkt. Im Geschäftsbericht sind die Nachteile von Minijobs, von nicht regelmäßiger Arbeit aufgezeigt. Hier sind überproportional wieder Frauen beschäftigt – ohne Sozialversicherung. Hier stimmt wieder genau der Spruch: Die Armut ist weiblich! Das trifft immer noch zu. Wir sagen: Weg mit den Minijobs. Sie unterstützen die Reduzierung der Vollbeschäftigung und sind keine Antwort auf Arbeitslosigkeit. Wir sprechen uns für Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde Arbeitszeit aus! (Beifall)

Zum Thema Globalisierung möchte ich auf das zurückgreifen, was Herr Köhler heute in seiner Rede im Zeichen der Globalisierung gesagt hat: Indische Call-Center beraten amerikanische Kunden. Bei dieser Aussage ist mir wieder ein Beitrag einer Kollegin aus Indien eingefallen. Auf der Uni-Weltfrauenkonferenz im letzten Jahr haben uns die Kolleginnen aus Indien erzählt, dass sie nicht die Gewinnerinnen der Arbeitsplatzverlagerungen von Deutschland nach Indien sind. Die Arbeitsbedingungen in dieser Branche sind absolut unmenschlich, berichteten uns die Kolleginnen. Die Frauen müssten 12 bis 14 Stunden in fensterlosen, nicht klimatisierten Räumen arbeiten, ohne jegliche Pausen. Sie können von dem Geld, das sie dafür erhalten, weder sich selbst noch gar ihre Familien, ihre Kinder ernähren.

Deshalb müssen wir uns als Gewerkschaften noch viel mehr und noch intensiver international vernetzen, denn nur gemeinsam werden wir eine Gegenposition zum weltweit agierenden Kapital erreichen. (Beifall)

Zum Thema Gleichstellungspolitik. Ursula, Du hast heute schon sehr viel gesagt.

Ich glaube, ich versuche erst gar nicht, Dich noch zu toppen. Aber in der Gleichstellungspolitik für die Privatwirtschaft müssen endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden, denn die Freiwilligkeit hat nichts gebracht.

Ein Beispiel aus dem Gender-Datenbericht der Bundesregierung belegt, dass die Schere zwischen Männern und Frauen im Arbeitsleben immer weiter und weiter auseinander klafft. So ging die Lohnschere zwischen vollbeschäftigten Männern und Frauen sogar noch weiter auseinander, statt sich zu schließen. Und so beträgt zum Beispiel der Anteil der Frauen in den höchstdotierten Professorinnen-Stellen immer noch nur 8,6 Prozent. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Das ist aber sogar noch viel, wenn man an die Führungspositionen in der Wirtschaft denkt. Da wird es noch weniger. Ein Skandal!

An diesem Beispiel wird für mich ganz deutlich, dass die Freiwilligkeit nichts genutzt hat. Wir brauchen verbindliche Regelungen. Wir brauchen quotierte Vorgaben. Wir als Gewerkschafterinnen haben gezeigt, dass wir mit Mindestquoten ein großes Stück weitergekommen sind. Also müssen wir auch hier in der privaten Wirtschaft verbindliche Regelungen schaffen. Die private Wirtschaft hatte lange genug Zeit, ihre Freiwilligkeit zu beweisen. Jetzt muss das Gesetz her! Basta! (Beifall)

Diese Überschriften aus dem Geschäftsbericht sind nur ein paar Überschriften. Ich habe sie genommen und mit Beispielen aus Frauensicht ergänzt. Ich habe hier versucht darzustellen, welche Auswirkungen eine Sache, ein Ding, eine Regelung auf Männer hat und welche auf Frauen,

Ich habe versucht, diesen Maßstab anzusetzen und den Fokus auf die Auswirkungen speziell auf Frauen gelegt. Das könnte auf jede Überschrift angewandt werden. Damit wird deutlich, dass alles und jedes Auswirkungen auf alles, auf Männer und Frauen hat, die Auswirkungen jedoch oft sehr unterschiedlich sind.

Auf dem letzten DGB-Kongress haben wir Anträge auf Umsetzung von Gender Mainstreaming angenommen. Bei den Erledigungsvermerken zu diesen Anträgen ist zu lesen, dass der DGB zum einen Schulungen zum Gender Mainstreaming durchführt und dass Gender Mainstreaming in der Betriebsvereinbarung Gleichstellung und in den Zielvereinbarungen zum Aufbau von Kandidatinnen verankert ist. Ich meine, das sind sehr gute Beispiele für die Umsetzung von Gender Mainstreaming.

In der alltäglichen Anwendung des Gender Mainstreaming können wir uns, meine ich, noch steigern, zum Beispiel in der Anwendung des Gender Mainstreaming bei Erstellung des schriftlichen Geschäftsberichts. Aus meiner Sicht gehört zum Prozess des Gender Mainstreaming die stetige Verbesserung. Um diese stetige Verbesserung nachvollziehen zu können, muss ich es auch ein Stück beobachten, auf Neudeutsch ein Controlling haben, und zwar ein Controlling, um zu sehen, ob und welche konkreten Realisierungselemente stattfinden, und auch, um zu sehen, was wir noch brauchen, um wieder einen Schritt weiter zu kommen.

Von daher, Michael, wäre aus meiner Sicht der nächste Schritt in diesem Bereich ein Controlling, um das nächste Mal wieder einen Schritt weiter zu sein. – Danke. (Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Kollegin Brandl, auch für die Einhaltung der Redezeit. Es war noch genügend Puffer da.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt noch zwei Aufgaben zu erfüllen, einmal die Antwort von Michael Sommer zu der Diskussion entgegen zu nehmen, und dann den Sprecher der Revisionskommission noch einmal zu Wort kommen

zu lassen. Dann müssen wir noch abstimmen, und dann haben wir es für heute geschafft. - Michael, Du hast das Wort.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns im Geschäftsführenden Bundesvorstand darauf geeinigt, dass ich insgesamt für die GBV-Mitglieder antworte. Ich will das auch gerne tun.

Horst Steiner, Deine Ausführungen zur Seniorenarbeit waren in zwei Punkten geteilt. Zum einen in das, was uns hier noch auf dem Kongress beschäftigen wird, nämlich die Satzungsdebatte. Ich glaube, dass wir die auch sehr ernsthaft führen müssen. Ich weiß allerdings auch aus vier Jahren Erfahrung und Diskussion im DGB zu dem Thema, dass es zwischen den Gewerkschaften sehr unterschiedliche Traditionen und damit auch Auffassungen dazu gibt. Wir müssen sehen, dass wir insgesamt den Bereich der Seniorenpolitik so gestalten, dass wir als Gewerkschaften attraktiv für Senioren bleiben. Denn ich sehe genau die Gefahr, die eintreten kann, dass sich dann, wenn wir das nicht tun, der eine oder andere abwendet und möglicherweise die Zuflucht bei anderen Organisationen sucht.

Aber ich will in aller Deutlichkeit sagen: Wir sollten die Satzungsdebatte führen und über die Satzungsdebatte hinaus miteinander in die Diskussion darüber kommen, wie wir tatsächlich die Koordinationsarbeit verbessern können.

Ich will dazu gleich noch etwas anmerken zu dem, was Fritz Schirach gesagt hat. Wenn es hilft, dass wir uns neben dem Koordinationskreis Seniorenarbeit regelmäßig zu Gesprächen mit den ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen aus den Mitgliedsgewerkschaften treffen, die dort die Verantwortung haben, so will ich diese Idee gerne aufgreifen. Ich stehe auch für Gespräche zur Verfügung. Denn ich halte gerade in einer älter werdenden Gesellschaft die Diskussion darüber, wie wir unsere Seniorenarbeit weiterentwickeln können, für wirklich wichtig. Das sollten wir jetzt einmal abseits dessen machen, dass wir in der Satzungsdebatte sicherlich die eine oder andere Kontroverse austragen werden.

Zweiter Punkt: Horst, Du hast das Grußwort des Bundespräsidenten angesprochen. Nun ist es natürlich für einen DGB-Vorsitzenden eine relativ schwierige Situation, das jetzt seinerseits zu kommentieren. Ich will allerdings sagen: Auch ich habe die Töne, auch die Zwischentöne, gehört. Ich empfehle allerdings jedem, morgen noch einmal die Rede in dem Tagungsprotokoll nachzulesen. Denn nach meiner Einschätzung unterschied sie sich in einigen Teilen wohlthuend von dem, was ich noch vor einem Jahr bei den Arbeitgebern gehört habe und wozu wir damals auch öffentlich Stellung genommen haben. Ich bitte einfach darum, sich das noch einmal genauer anzugucken. Ich habe auch die negativen Seiten gehört; das ist nicht mein Thema. Ich habe ja zwei Ohren, um zu hören, und ein Gehirn, um zu verarbeiten. Aber ich glaube schon, dass er an ein paar Stellen etwas deutlich gemacht hat, auf dem wir aufbauen können.

Dass er von sich aus das Thema Moral in der Wirtschaft aufgreift, sicherlich allgemein, und dass er von sich aus das Thema aufgreift, wie können wir die internationalen Organisationen so weit gestalten, dass wir wieder den Primat der Politik zurückgewinnen und nicht zum Spielball von Finanzkapital werden, das sind, meine ich, Gedankengänge gewesen, auf die man durchaus zurückgreifen kann. Ich will das auch gerne tun.

Ich will noch ein Zweites zu dem sagen, was Du angesprochen hast und was auch die verschiedenen ver.di-Kollegen, die hier geredet haben, angesprochen haben: Das ist das Thema Mindestlohn. Ich will ganz deutlich machen: Wir haben mit dem Einbringen des Initiativantrages des DGB-Bundesvorstands auf diesem Kongress

deutlich gemacht, dass wir glauben, dass der Weg hin zu einem gesetzlichen Mindestlohn zu Ende gegangen werden muss, und ich will morgen deutlich machen, noch in diesem Jahr. Wir müssen das Problem jetzt bei den Hörnern packen, und wir müssen endlich zu Lösungen kommen. Und wir sollten alles tun, unsere Gestaltungsmacht einzusetzen, um den Gesetzgeber letztlich in unserem Sinne positiv zu beeinflussen. Ich weiß, dass es im politischen Raum die eine oder andere – sagen wir mal – differenzierte Stellungnahme dazu gibt. Um so wichtiger ist, dass wir klar Position beziehen. Diese klare Position beschreiben wir in dem Antrag.

Ich will eindeutig sagen, dass wir bei alledem, was wir bearbeiten müssen, wissen müssen: Natürlich gibt es an dieser Stelle auch unterschiedliche Auffassungen im DGB. Das weiß ich. Aber ich meine, wir müssen uns durchringen, zu einer klaren Meinungsbildung dieses Kongresses zu kommen. Die wird dann Auftrag für uns in der weiteren politischen Debatte sein.

In dem Zusammenhang sei mir nur eine Anmerkung gestattet: Ich halte den gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro für ganz wichtig insofern, als dass wir nach unten eine Grenze einziehen, dass wir Stundenlöhne erreichen, die nicht darunter liegen. Denn alles andere sind Armutslöhne. Ich will ausdrücklich daran erinnern, dass diese 7,50 Euro moderat sind. Wir haben ja in Frankreich die Situation, dass die jetzt im Juli den Mindestlohn auf 8,15 Euro erhöhen werden, um nur mal ein Beispiel zu nennen.

Aber wir haben im Bereich von Niedriglöhnen noch mehr zu bearbeiten. Wir müssen uns um die Frage kümmern, wie wir den Missbrauch von Ein-Euro-Jobs eindämmen. Wir müssen uns um die Frage kümmern, wie wir weiterhin verhindern können, dass durch Minijobs reguläre Arbeit zerstört wird. Auch das war ein Diskussionsbeitrag.

Ich will Euch eines sagen: Ich glaube, wir tun gut daran, der amtierenden Bundeskanzlerin immer wieder deutlich zu machen: Frau Merkel, Sie haben den Wahlkampf mit der These geführt, es kann nicht sein, dass wir jeden Tag 1.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verlieren. Die Frau hat Recht, nur erwarte ich jetzt von ihr, dass sie endlich etwas dagegen tut, und zwar richtig. Es muss aufhören mit der Privilegierung dieser Art von Jobs. (Beifall)

Fritz Schirach habe ich, glaube ich, in weiten Bereichen schon geantwortet. Ich will nur noch eines zu der Angleichung von Ost- und Westrenten sagen. Ursula und die Kolleginnen und Kollegen, die mir ein paar Zettel geschrieben haben, sagen mir: Es gibt einen Stufenplan, den wir schrittweise verwirklichen wollen. Wir sind allerdings der Meinung, dass dieser Stufenplan aus Steuermitteln finanziert werden muss. Ich glaube, auf der Grundlage sollten wir weiterhin in der Diskussion bleiben. Im Übrigen wird das ein Thema für uns bleiben.

Otto König hat vieles von dem noch einmal angesprochen, was heute auch schon ausgesprochen worden ist, nämlich unsere Kritik an der Agenda 2010. Ich glaube, ich war dazu heute eindeutig, Ursula war eindeutig, die anderen Kolleginnen und Kollegen aus dem GBV auch. Wir wissen, dass die Agenda-2010-Politik letztendlich in weiten Bereichen nicht dazu führt, dass es in diesem Land besser wird, sondern dass es schlechter wird. Ich gestatte mir mal eine persönliche Anmerkung: Ich finde es nahezu eine Verhöhnung der Betroffenen, dass man sich erst ein Problem schafft mit den Bedarfsgemeinschaften, um anschließend auf die Bedarfsgemeinschaften einzuschlagen. Das geht nicht. So kann man mit Menschen nicht umgehen. Entweder sie haben Rechte, dann haben sie auch das Recht, dass sie der Sozialstaat, wenn man so will, so lange versorgt, bis dieser Mensch, Mann oder Frau, wieder arbeiten kann, oder sie haben sie nicht.

Gegen dieses Herumgedrehe, das da stattfindet, nur weil die Kassen leer sind und dies letztendlich immer auf dem Rücken der kleinen Leute und dann der ganz Ar-

men abgeladen wird, dagegen werden wir aufstehen. Ich glaube, das, was Ursula dazu in der Debatte gesagt hat, war doch eindeutig – und der Beifall dieses Kongresses ebenso, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Uns fallen da schon noch ein paar Alternativen ein, um auch das deutlich zu sagen.

Aber eines will ich auch sagen: Es geht dabei nicht nur um die Höhe, sondern ich glaube, dass wir unser Augenmerk auch darauf richten sollten – auch im Sinne von Veränderung –, was denn eigentlich Hartz IV an Strukturveränderung ausgemacht hat. Als die Agenda 2010 verkündet wurde und es hieß, wir gleichen jetzt die Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe an, da habe ich noch gedacht, es ginge da um die Höhe. Dass damit die Anrechnung von Vermögen von Partnern und und und erfolgte, das kam doch erst später – mit allen negativen Folgen. Ich glaube auch, dass wir uns mit auf diese Strukturen kaprizieren müssen, um deutlich zu sagen: Wir wollen den Weg in die andere Richtung. Und das beste Mittel gegen Hartz IV ist immer noch die Schaffung von Arbeitsplätzen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Was die Frage, Otto, einer Kampagne anbetrifft, will ich eindeutig sagen: Wir haben ja eine Informationskampagne zu den verschiedenen Bereichen vorbereitet. Sie ist in Arbeit, und wir müssen mit den Gewerkschaften dann insgesamt in Auswertung des Kongresses darüber reden, wie wir es zuspitzen und vorantreiben. Wir werden den Gedanken, den Du aufgeworfen hast, mit Sicherheit aufgreifen müssen. Denn ich glaube auch, dass es allein mit Worten nicht getan ist. Ich weise allerdings auch darauf hin, dass die Fülle der Probleme, die vor uns stehen, natürlich auch eine Konzentration der Kräfte erfordert, und zwar sowohl der Kräfte insgesamt als auch in der Frage, welche Themen wir angehen.

Ich bin in diesem Zusammenhang wirklich noch mal sehr gespannt, welche Botschaften die Bundeskanzlerin und der Vizekanzler in dieser Woche dem Kongress überbringen werden. Ich nehme an, dass zumindest die Leute, die sie auf diesen Termin vorbereiten, auch heute zuhören. Ich habe in Vorbereitungsgesprächen mit beiden auch deutlich gemacht, dass wir an unserer Kritik und an unserem Vorgehen gegen eine solche unsoziale Politik, von Rente bis 67 und bis zum Kündigungsschutz, natürlich festhalten werden. Da sollte sich niemand täuschen.

Zu Olaf Schwede ein Wort: Ich glaube, es war ganz sinnvoll, dass Du das Wort ergriffen hast, um deutlich zu machen, was unsere Gewerkschaftsjugend leistet. Ich glaube auch und will mich darum kümmern, dass wir wirklich zu einer geschlossenen Darstellung der Arbeit der Gewerkschaftsjugend auch in unseren Dokumenten kommen. Ich glaube, das ist notwendig. (Beifall) Nun weiß ich, dass es immer Schwierigkeiten gibt, solche Dinge semantisch und syntaktisch gegeneinander abzugrenzen. Und natürlich ist Gewerkschaftsarbeit auch integrierte Arbeit. Aber gerade weil wir ja wieder junge Menschen erreichen wollen, sollten wir alles dafür tun darzustellen, was wir für junge Menschen tun und was wir mit ihnen gemeinsam erreichen.

Zu Anne noch mal: Ich glaube, die notwendigen Aussagen zum Mindestlohn habe ich gemacht. Ich will nur eine Anmerkung machen: Ich bin heute Morgen stutzig geworden bei dem Begriff der „einfachen Arbeit“. Ich hatte mal eine Diskussion mit einer relativ bekannten Journalistin einer führenden Zeitung in Deutschland, die mich fragte: „Wo meinen Sie denn, könnte man Arbeit fördern.“ Darauf habe ich gesagt: „Na ja, zum Beispiel im Bereich von personenbezogenen Dienstleistungen.“ Dann sagte sie zu mir: „Sie meinen einfache Arbeit?“ Ich sagte: „Nein, ich meine Arbeit, die durchaus anstrengend ist, die durchaus auch Qualität erwarten lässt, die große physische und psychische Anstrengungen braucht und die auch Qualifikation erfordert.“

Ich halte zum Beispiel, um es mal ganz deutlich zu sagen, zwar die Bezahlung von

Altenpflegerinnen für wirklich skandalös, aber ich meine auch, dass das, was sie tun, mit einfacher Arbeit nichts zu tun hat, Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Weil auch Du noch mal das Thema Mindestlohn angesprochen hast, nur noch ein Wort. Ich glaube, wir sollten hier klar Position beziehen und dann ausschwärmen, um noch mehr Bündnispartner in der Politik zu finden, Menschen nachdenklich zu machen. Ich glaube, dass es mir – und anderen auch – in manchen Gesprächen auch mit führenden Politikern, die dann auf der völlig anderen Seite waren, gelungen ist, in dieses Thema Bewegung hinein zu bringen. Wir sollten den Schwung, den wir haben, jetzt nutzen, das Thema in diesem Jahr endlich zu lösen. Ich werde in aller Deutlichkeit sagen: Wir müssen es in diesem Jahr lösen. Jeder Monat länger, in dem diese Armutslöhne bezahlt werden, jeder Monat länger ist wirklich ein Angriff auf Menschenwürde, Kolleginnen und Kollegen, und deswegen müssen wir jetzt durchkommen. (Lebhafter Beifall)

Monika Brandl, ich sage Dir ausdrücklich zu, dass wir, das heißt: der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften, die Aktivitäten gegen Zwangsprostitution jetzt aktuell zur Fußballweltmeisterschaft und darüber hinaus aktiv begleiten werden. Du hast mit Deinen Ausführungen völlig Recht; ich brauche dem nichts hinzuzufügen.

Ich glaube auch, dass man dem, was Du zur Frage der Armut gesagt hast, auch dass Armut vielfach weiblich ist – wir sehen das ja insbesondere bei der Zersplitterung von Arbeit in Minijobs –, nur zustimmen kann.

Was die Frage der Globalisierung anbetrifft, hätte ich jetzt richtig Lust, lange darüber zu reden. Ich will das allerdings nicht tun, weil wir ja Guy Ryder diese Woche hier haben. Und Guy Ryder, der Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, wird hier ausführlich darüber sprechen, warum wir eine einheitliche Gewerkschaftsinternationale machen wollen, warum wir sie auch verwirklichen wollen, um daraus dann auch entsprechend Kraft zu schöpfen.

Dann geht es nicht nur um die Solidaritätsarbeit mit Menschen in der Dritten Welt – das auch –, sondern es geht auch darum, dass wir deutlich machen: Diese internationale Gewerkschaftsbewegung will den Prozess der Globalisierung sozial gestalten, und dazu werden wir auch einige Ideen einbringen müssen. Ich will das morgen tun, und ich bin mir sicher, Guy wird das auch tun, weil wir mittlerweile, gerade im IBFG, wirklich aus dem Stadium der, sage ich einmal, puren Resolutionstechnik herausgekommen sind und sehr konkrete Projekte machen. Ich selber bin der Vorsitzende des Lenkungsausschusses des IBFG, und ich weiß auch, in welche Projekte wir sehr konkret Geld hinein geben, um wirklich Solidarität zu organisieren.

Was die Frage der Gleichstellungspolitik anbetrifft, glaube ich, hast Du mit der Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft den Kongress hinter Dir. Wer sollte etwas dagegen haben! Denn das ist notwendig.

Ich will nur hinzufügen: Du hast ja Recht mit den Professorinnen, aber wenn ich das richtig sehe, haben wir beide ein Mandat in ein und demselben Aufsichtsrat, und dort wurden ja bislang die Frauen immer von der Arbeitnehmerseite gestellt. Wir sind jetzt immerhin schon so weit, dass wir eine einzige Frau auf der Anteilseignerbank haben. Mann, ist das ein Fortschritt! Wir müssen diese Sachen einfach einmal thematisieren, handhabbar machen, um zu sagen, wer sich denn wo ein-kapselt und wo sich dann entsprechende Eliten festsetzen und sich einen Dreck darum scheren, dass sie sonntags über Gleichstellung reden und montags anders handeln. Dort müssen wir konkret werden, Kolleginnen und Kollegen, dort müssen wir an die Punkte kommen, wo es konkret wird. Das sind die Schaltstellen in der Wirtschaft, das sind die Schaltstellen in den Verbänden, und das sind natürlich auch die Schaltstellen dort, wo öffentliche Ämter vergeben werden. Dort sieht es teilweise ein bisschen besser aus, aber eben auch nur teilweise.

Mit dem, was Du zum Gender Mainstreaming und zur Gleichstellung gesagt hast – wir kennen uns ja schon ein paar Monate –, bin ich schon streng gegendert. Und Du hast auch Recht, dass wir tatsächlich jeweils prüfen müssen, wenn man so will: als Controlling-Linie, welche Auswirkungen das auch jeweils auf die Geschlechter hat. Wir müssen sehen, dass wir die Gender-Arbeit auch in der Bundesverwaltung des DGB vorantreiben. Ich werde mich mit meinen Kolleginnen und Kollegen darum kümmern. Ich glaube allerdings auch, dass wir in den vergangenen Jahren durchaus Fortschritte erzielt haben.

Aber ihr wisst ja auch: Fortschritt ist eine Schnecke. Wir müssen also weiter arbeiten. – In diesem Sinne herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit. (Starker Beifall)

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Michael, vielen Dank für Deine Beantwortung der aufgeworfenen Fragen. Du hast ja gesagt, morgen im Grundsatzreferat kämen die vertiefenderen Aspekte hinzu.

Jetzt hat Bertin Eichler das Wort.

Bertin Eichler, Vorsitzender der Revisionskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es kurz machen: Ich stelle den Antrag, dem Bundesvorstand Entlastung zu erteilen.

Wolf Jürgen Röder, Vorsitzender des Kongresses

Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen. Ihr habt den Antrag vernommen. Wir kommen damit zur Abstimmung. Oder wird zu der Frage noch das Wort gewünscht? – Ich sehe keine Wortmeldung. Wir treten also in die Abstimmung ein.

Wer den Bundesvorstand für die Tätigkeit der letzten vier Jahre entlasten möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig. Wunderbar, Kolleginnen und Kollegen; vielen Dank. (Beifall)

Bevor jetzt alle aufbrechen, gestattet mir noch, Euch ein oder zwei Hinweise zu geben:

Nachdem es jetzt schon 18.50 Uhr ist, ist mit der Regie besprochen worden, dass die Busse zwar ab 19 Uhr fahren, aber nicht alle auf einmal. Das heißt, wer bis 19.30 Uhr vor den Eingang kommt, wird auch einen Platz im Bus finden. Die Busse fahren nach und nach. Es soll niemand stehen bleiben.

Dann bitte ich Euch, die Eintrittskarte mit dem schönen Motto „Nach dem Kongress ist vor dem Kongress“ bereit zu halten; denn das ist die Einlasskarte.

Da wir gerade bei Karten sind: Morgen steigt die Bedeutung des Markenbuches. Wir haben beim DGB-Bundeskongress ein Markenbuch mit Wahlmarken. Bitte, bringt das morgen zusammen mit Eurer Stimmkarte mit; denn morgen ist der Tag der Wahlen.

Ich wünsche uns allen einen wunderschönen Abend.

Unterlagen, die Ihr nicht mehr benötigt, könnt Ihr auf den Boden werfen. Dann wissen die Kolleginnen und Kollegen, die hier aufräumen, dass es sich bei diesen Unterlagen um Abfall handelt. Diejenigen, die das möchten, können ihre Unterlagen und die Taschen aber auch auf den Tischen stehen lassen; sie werden nicht berührt.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen noch einmal einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen Früh wieder.

(Ende des 1. Kongresstages: 18.51 Uhr)

Korrekturen zum Tagesprotokoll, die in der Endfassung berücksichtigt werden sollen, bitte jeweils bis mittags 12.00 Uhr am Infocounter abgeben.